

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Palau ratifiziert als erster Staat den UN-Ozeanvertrag

Die internationale Umweltschutzorganisation *Greenpeace* begrüßt den Schritt Palaus, als erstes Land der Welt den UN-Ozeanvertrag (*UN Ocean Treaty*) offiziell zu ratifizieren. Weitere Länder wie Chile und die Malediven stehen ebenfalls kurz vor der Ratifizierung des Vertrags.

Laut Laura Meller, Sprecherin von *Greenpeace*, hat Palau bereits eine Führungsrolle im Kampf gegen den Tiefseebergbau im Pazifischen Ozean eingenommen und setzt nun die Messlatte dafür, was es bedeutet, sich vehement für den Schutz der Ozeane einzusetzen.

„Wir sind begeistert, dass Palau den Ratifizierungsprozess anführt und zeigt, dass es möglich ist, den Weg für die Schaffung eines Netzwerks globaler Meeresschutzgebiete zu ebnen - auch im Pazifik“, sagte Ellie Hooper, *Greenpeace*-Aotearoa-Ozean-beauftragte.

Naturschützer*innen betrachten den wegweisenden Meeresschutzpakt als das bedeutendste multilaterale Umweltabkommen seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015.

Info: Neben den Möglichkeiten zur Einrichtung von Meeresschutzgebieten schafft das internationale Hochseeschutzabkommen Regeln für Umweltverträglichkeitsprüfungen. Durch die Prüfung neuer geplanter Meeresnutzungen sollen schädliche Auswirkungen vermieden werden. Das Abkommen regelt Zugang und die Nutzung zu marinen genetischen Ressourcen neu und führt einen Vorteilsausgleich für Entwicklungsländer ein. Gleichzeitig werden Länder des globalen Südens durch neue Finanzierungsinstrumente und die Stärkung ihrer Kapazitäten unterstützt, die Ziele des Abkommens umzusetzen.

Der im Juni 2023 angenommene und im September 2023 von 84 Ländern unterzeichnete Vertrag tritt erst in Kraft, wenn er von mindestens 60 Ländern ratifiziert wurde.

Bisher haben bereits 85 Länder das Abkommen unterzeichnet (*Artikel von Julia Ratzmann und Clara Groth. <https://www.bbc.com/news/science-environment-64839763>, Radio NZ Intern. 25.01.24, <https://goodmenproject.com/featured-content/palau-is-the-first-nation-to-ratify-treaty-to-protect-high-seas/>*)

Erster Bericht über wandernde Tierarten

Am 12. Februar 2024 wurde der erste Bericht über den Zustand der weltweit wandernden Tierarten (*State of the World's Migratory Species Report*) von der Konvention zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten (*Conservation of Migratory Species of Wild Animals*, CMS) bei der Eröffnung einer UN-Konferenz zum Schutz wild lebender Tiere (CMS COP14, *UN Wildlife Conservation Conference*) vorgestellt.

Der bahnbrechende Bericht des UN-Biodiversitätsabkommens CMS zeigt:

- Während es einigen unter CMS gelisteten wandernden Arten besser geht, verzeichnet fast die Hälfte (44%) einen Rückgang der Populationen.

- Mehr als jede fünfte (22%) der unter CMS gelisteten Arten ist vom Aussterben bedroht.

- Nahezu alle (97%) der in der CMS-Liste aufgeführten Fische sind vom Aussterben bedroht.

- Das Aussterberisiko für wandernde Arten nimmt weltweit zu, auch für solche, die nicht unter CMS gelistet sind.

- Die Hälfte (51%) der Biodiversitätsgebiete, die als wichtig für CMS-gelistete wandernde Tierarten identifiziert wurden, haben keinen Schutzstatus, und 58% der überwachten Gebiete, die als wichtig für CMS-gelistete Arten anerkannt wurden, sind einem nicht nachhaltigen, vom Menschen verursachten, Druck ausgesetzt.

- Die beiden größten Bedrohungen sowohl für die auf der CMS-Liste stehenden als auch für alle wandernden Arten sind die Überfischung und der Verlust des Lebensraums durch menschliche Aktivitäten.

- Drei von vier Arten, die auf der CMS-Liste stehen, sind von Lebensraumverlust, -verschlechterung und -fragmentierung betroffen, und

sieben von zehn Arten, die auf der CMS-Liste stehen, sind von Überfischung betroffen (einschließlich absichtlicher Entnahme und unbeabsichtigter Fänge).

- Klimawandel, Umweltverschmutzung und invasive Arten haben ebenfalls tiefgreifende Auswirkungen auf wandernde Arten.

- Weltweit sind 399 wandernde Arten, die vom Aussterben bedroht oder nahezu bedroht sind, derzeit nicht im CMS gelistet.

Bislang wurde noch nie eine umfassende Bewertung wandernder Arten durchgeführt. Der Bericht gibt einen globalen Überblick über den Erhaltungszustand und die Populations-trends wandernder Tiere, kombiniert mit den neuesten Informationen über ihre Hauptbedrohungen und erfolgreiche Maßnahmen zu ihrer Rettung.

In den letzten 30 Jahren sind 70 auf der CMS-Liste stehende wandernde Arten - darunter der Steppenadler, der Schmutzgeier und das Wildkamel - stärker gefährdet worden. Demgegenüber stehen nur 14 gelistete Arten, deren Erhaltungszustand sich verbessert hat - darunter Blau- und Buckelwale, Seeadler und Schwarzgesichtlöffler.

Der Bericht zeigt, dass fast 10.000 der weltweit wichtigsten Biodiversitätsgebiete für die auf der CMS-Liste stehenden wandernden Arten wichtig sind, dass aber mehr als die Hälfte (nach Fläche) nicht als Schutz- oder Erhaltungsgebiete ausgewiesen sind. 58% der überwachten Gebiete, die für Arten auf der CMS-Liste wichtig sind, sind durch menschliche Aktivitäten bedroht.

Besonders besorgniserregend ist, dass fast alle Fischarten, die auf der CMS-Liste stehen - darunter wandernde Haie, Rochen und Störe - vom Aussterben bedroht sind, da ihre Populationen seit den 1970er Jahren um 90% zurückgegangen sind.

Info: Der CMS-Bericht „*State of the World's Migratory Species*“ wurde von Wissenschaftler*innen des *World Conservation Monitoring Centre* (UNEP-WCMC) des UN-Umweltprogramms erstellt. Er stützt sich auf die weltweit zuverlässigsten Datensätze zu Arten und enthält Expertenbeiträge von Institutionen wie *BirdLife International*, der *Inter-*

national Union for Conservation of Nature (IUCN) und der Zoological Society of London (ZSL).

Das Hauptaugenmerk des Berichts liegt auf den 1.189 Tierarten, die von den CMS-Vertragsparteien als international schutzbedürftig anerkannt wurden und unter dem CMS gelistet sind, aber er enthält auch Analysen zu mehr als 3.000 weiteren wandernden Arten, die nicht unter das CMS fallen.

Unter dem Übereinkommen gelistete Arten sind solche, die in ihrem gesamten oder einem großen Teil ihres Verbreitungsgebiets vom Aussterben bedroht sind oder die koordinierte internationale Maßnahmen zur Verbesserung ihres Erhaltungsstatus benötigen.

Bei der Analyse der Bedrohungen für die Arten zeigt der Bericht, in welchem hohem Maße der Rückgang der wandernden Arten durch menschliche Aktivitäten verursacht wird.

Hier kann der Bericht kostenlos heruntergeladen werden:

<https://www.cms.int/en/publication/state-worlds-migratory-species>

(Pressemitteilung UN Department of Global Communications, 12.02.24)

Neue Meeresschutzgebiete

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat Mitte November 2023 die Ausweisung von mehr als 16.000 km² neuer Meeresschutzgebiete in der Provinz Neuirland bekanntgegeben. Dazu wurden zwei neue „*Marine Protected Areas*“ (MPA) in Küstennähe der Insel Neuirland als Schutzgebiete ausgewiesen. Hier stehen die stark bedrohten Haie, Rochen und Schildkröten ab sofort unter besonderem Schutz.

Das Projekt erstreckte sich über fast sieben Jahre und umfasste ein umfassendes Verfahren der freien, vorherigen und informierten Zustimmung. Die beiden neuen MPAs in Lovongai und Murat in der Provinz New Ireland wurden in einer umfassenden Partnerschaft zwischen indigenen Völkern, nationalen Regierungsbehörden und lokalen gemeinnützigen Organisationen wie der Wildlife Conservation Society (WCS), Ailan Awareness

Inc. und dem Lolieng Sustainable Programme entworfen und eingerichtet. Mehr als 9.000 Menschen aus über 100 verschiedenen Gemeinschaften hatten bei diesem Prozess ein Mitspracherecht, angefangen bei den Grenzen der Schutzgebiete bis hin zu den Verwaltungsregeln.

Mit den neuen MPAs wird der Schutz der Meere in einem der artenreichsten Länder der Welt mehr als verdreifacht.

Papua-Neuguinea ist einer der letzten Orte auf der Erde, an dem noch Populationen der stark bedrohten Sägefische vorkommen. Die beiden neuen MPA enthalten die ersten Vorschriften des Landes zum Schutz der Sägefische und ihrer Verwandten, der vom Aussterben bedrohten Nashornrochen, und sind damit auch die ersten MPAs der Welt mit spezifischen Maßnahmen zum Schutz der am stärksten bedrohten Hai- und Rochenarten.

In den kommenden Jahren besteht nach Ansicht der Behörde für Naturschutz und Umwelt (CEPA) von Papua-Neuguinea ein großes Potenzial, diese beiden MPAs zu verbinden oder zu erweitern, um ein immer größeres Gebiet abzudecken, einschließlich des „Morgado Square“ - ein Gebiet im Nordwesten von Neuirland, in dem bereits einige Beschränkungen gelten, um die Thunfischpopulationen zu kontrollieren. *(Pressemitteilung The Wildlife Conservation Society 12.11.23)*

Tourist entdeckt drei als ausgestorben geltende Arten

Der britische Tourist Michael Smith hat auf einer Reise nach Papua-Neuguinea im Juli 2022 drei von der Wissenschaft als „ausgestorben“ deklarierte Tierarten entdeckt. Smith erklärte, ein Einheimischer habe ihm von einem farbenfrohen Vogel, dem Louisiade-Pitta, erzählt. Der Louisiade-Pitta sieht einem Rotkehlchen ähnlich und ist laut der Vogelschutzorganisation BirdLife International in tropischen Tieflandwäldern auf einer einzigen neuguineischen Insel beheimatet. Sein Bestand ist wahrscheinlich aufgrund des Verlusts seines Lebensraums rückläufig. Zuletzt war der Vogel

1898 gesichtet worden. Smith bereiste die abgelegene Insel und konnte tatsächlich den Vogel fotografieren. Die Fotos überließ er Wissenschaftlern, die eindeutig den Louisiade-Pitta identifizierten. Dr. Ian Burfield, globaler Wissenschaftskoordinator bei *BirdLife International*, zeigte sich begeistert, galt der Vogel doch als nahezu ausgestorben.

Auf der gleichen Reise nach Papua-Neuguinea entdeckte Smith auch eine Opossum-Art, die als ausgestorben galt, die *Telefomin cuscus*. Bei einer Bergwanderung auf der Suche nach dieser Opossum-Art stieß Smith auf eine Gruppe von Menschen, die ein Opossum kochte und dann aß. Smith konnte Fotos der Schädel machen und diese vermessen. Nach seiner Rückkehr nach England ließ er sich von Wissenschaftlern bestätigen, dass es sich um die einst als ausgestorben geltende Art handelte. Trotz der Entdeckung, dass der *Telefomin cuscus* überlebt hat, bleibt er eine stark bedrohte Art. Biologen hatten geglaubt, dass er 1997 ausgestorben war, nachdem das El-Nino-Wetterphänomen zu heftigen Waldbränden geführt hatte, die seinen ursprünglichen Lebensraum zerstört hatten.

Die dritte Entdeckung, die Smith auf seinen Reisen in Papua-Neuguinea gemacht hatte, war das Wondiwoi-Baumkänguru. Bei einer früheren Reise im August 2018 war er auf das Wondiwoi gestoßen; das Tier war seit 1928 nicht mehr gesehen worden. Das Känguru ist nach wie vor stark gefährdet, laut dem World Wildlife Fund gibt es nur noch 50 Exemplare. Das einzige bekannte Exemplar wurde 1928 gefangen und steht heute ausgestopft im *Natural History Museum* in London.

Info: Michael Smith bezeichnet sich selbst nicht als Wissenschaftler, sondern als Tourist. Er hat an der Universität Oxford Zoologie studiert und ist dann im Bereich der medizinischen Kommunikation tätig geworden. In seinem Beruf macht er viele Computermodelle. Derzeit erstellt er Computermodelle von verschwundenen Arten und versucht herauszufinden, wo man am besten nach diesen suchen kann. Auf die Frage des britischen „*The Guardi-*

an“ nach seinen Plänen für die Zukunft antwortete er: „*As for the future, I don't know. I'm self-funded so I'm always short of cash*“.

(<https://www.thecooldown.com/outdoors/extinct-animal-species-encounter-papua-new-guinea-british-tourist/> 05.01.24,

<https://www.theguardian.com/environment/2024/jan/10/i-discovered-tree-kangaroo-only-seen-once-1928-aoe> 10.01.24)

Gesteinsproben vom melanesischen Grenzplateau

Ein Team von Ozeanographen, Geolog*innen und Geowissenschaftler*innen, die mit mehreren Institutionen in den USA und Deutschland verbunden sind, hat durch die Untersuchung von Gesteinen Details über das melanesische Grenzplateau erfahren.

Die Wissenschaftler*innen, die auch mit Institutionen in den USA und Deutschland zusammenarbeiten, unternahmen 2013 eine fünfwöchige Expedition in die Region des „*Melanesia Border Plateau*“, um Gesteinsproben vom Meeresboden in 600 Metern Tiefe zu sammeln. Im Labor stellten sie fest, dass viele der Gesteine durch vulkanische Aktivitäten aus dem Meeresboden gedrückt worden waren, so dass die Forscher*innen mehr über die Geschichte der Region erfahren konnten.

Das *Melanesian Border Plateau* ist eine 85.000 Quadratmeilen große Region auf dem Meeresboden im Pazifischen Ozean in der Nähe der Salomonen, die aus Seebergen, Bergrücken und vulkanischen Ausläufern besteht.

In ihrem aktuell neuen Projekt hat das Forschungsteam diese gesammelten Gesteinsproben jetzt untersucht und die Ergebnisse in der Zeitschrift „*Earth and Planetary Science Letters*“ veröffentlicht.

Die Forscher erfuhren mehr über die Geschichte der Region, die bis zu 120 Millionen Jahre zurückreicht. Sie identifizierten auch vier verschiedene Phasen des Vulkanismus in der Region, jede mit einer anderen Vorgeschichte, die zu den heute beobachteten Merkmalen geführt hat. Die Felsen zeigten, dass das Plateau vor etwa 120 Millionen

Jahren durch eine Flut basaltischer Lava entstand - das Ergebnis war die Bildung dessen, was heute als *Robbie-Rücken* bekannt ist. Sie zeigten auch, dass sich vor etwa 45 Millionen Jahren ein Seeberg bildete, als der Rurutu-Arago-Hotspot begann, durch den Meeresboden zu sickern.

Der alte Seamount war wahrscheinlich groß genug, um die Oberfläche zu durchbrechen. Im Laufe der Jahre erodierte er, so dass er nicht durchbrechen konnte. Doch vor etwa 13 Millionen Jahren bewegte sich der Seamount über einen anderen Hotspot, der den Seamount erneut aufbaute. Dies führte zur Bildung der heutigen Samoa-Inseln. Dann, vor etwa drei Millionen Jahren, führten tektonische Bewegungen zu Vulkanausbrüchen, die die Landschaft des Meeresbodens ein weiteres Mal veränderten.

Die Forscher*innen planen, ihre Arbeit fortzusetzen, um die Geschichte anderer geografischer Unterwassergebiete zu kartieren und die Wissensbasis über die Weltmeere zu erweitern. (<https://phys.org/news/2024-01-history-melanesian-border-plateau-revealed.html>)

PNG ermöglicht „Visa on arrival“ für Pazifikstaaten

Papua-Neuguinea weitet die Möglichkeit des *Visas on arrival* (VOA, Visum bei Einreise) auf Passinhaber*innen aus mikronesischen und polynesischen Staaten und Territorien aus, um seine Beziehungen zu den pazifischen Inselstaaten und den Ländern des Pazifikforums zu stärken, wie der *Chief Migration Officer*, Stanis Hulahau, kürzlich bekannt gab.

Ab sofort können Staatsangehörige von Amerikanisch-Samoa, den Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), Kiribati, den Marshall-Inseln, Nauru, Palau, Samoa, Tonga, Tuvalu und den französischen Gebieten Französisch-Polynesien (Tahiti), Wallis und Futuna sowie von Ländern und Gebieten mit neuseeländischem Pass, einschließlich der Cook-Inseln, Niue, Tokelau und der US-Territorien Guam und Nördliche Marianen, das VOA nutzen.

Die Aufnahme dieser Inselstaaten ergänzt nun die bestehende Liste

der melanesischen Länder, zu denen die Salomonen, Vanuatu, Fidchi und Neukaledonien gehören.

Der *Chief Migration Officer* erläuterte, dass Pazifikinsulaner*innen, die nach PNG reisen, einen Reisepass mit einer Gültigkeit von mindestens 6 Monaten besitzen und bei der Ankunft einem Einwanderungsbeamten ein Rückflugticket und die ausgefüllte Ankunftskarte vorlegen müssen, um das VOA zu erhalten. Das einfache Besuchervisum ist für 60 Tage gültig.

Neben den pazifischen Inselstaaten stellt Papua-Neuguinea auch Inhabern von Diplomaten-, Amts- und Dienstpässen der Volksrepublik China, Japans, des Staates Israel und der Republik Indonesien auf der Grundlage bilateraler Abkommen über die Befreiung von der Visumspflicht auf Gegenseitigkeitsbasis ein VOA aus. (*PNG Business News* 22.01.24)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Beitritt zum CTBT-Vertrag

Papua-Neuguinea ist dem Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (*Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty*, CTBT) beigetreten. Die offizielle Unterzeichnungszereemonie fand am 30. Januar statt, als der Außenminister von Papua-Neuguinea, Justin Tkatchenko, die Ratifizierungsurkunde im Namen des Staates Papua-Neuguinea unterzeichnete.

Der CTBT, der Kernwaffentests und andere nukleare Explosionen sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke in allen Bereichen verbietet, war bereits am 15. Juni 2023 im nationalen Parlament vorgestellt worden. Die Parlamentarier hatten dem Vertrag einstimmig zugestimmt.

Die Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde bedeutet, dass die Regierung das wichtige UN-Übereinkommen sorgfältig geprüft und gebilligt hat und Papua-

Neuguinea sich offiziell verpflichtet, die im Vertrag festgelegten Bestimmungen, Bedingungen und Anforderungen einzuhalten.

Mit dem Beitritt zu den 187 Staaten, die den Vertrag bis dato unterzeichnet und den 178, die ihn ratifiziert haben, will Papua-Neuguinea zu den kollektiven Bemühungen beitragen, die Herausforderungen und Auswirkungen von Atomtests auf globaler Ebene anzugehen. Minister Tkatchenko betonte, dass sich sein Land, wie auch die anderen Vertragsstaaten, der potenziellen Gefahren von Atomtests bewusst ist und sich verpflichtet, seinen Teil dazu beizutragen, die Verbreitung von radioaktivem Kernmaterial zu verhindern.

„Die Teilnahme Papua-Neuguineas am Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen ist ein proaktiver Schritt in Richtung globaler Sicherheit und schafft einen Präzedenzfall für eine neue Welle von Rüstungskontrollabkommen. Wir schließen uns dem Engagement anderer Nationen an, Atomtests zu beenden und eine sicherere Welt für künftige Generationen zu schaffen“, so Minister Tkatchenko abschließend.

Info: Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, auch Kernwaffenteststopp-Vertrag, (*Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty*, CTBT) ist ein noch nicht in Kraft getretener internationaler Vertrag, der alle Kernwaffenteststopp-Verträge verbietet die Durchführung jeder Art von Kernwaffenexplosion, ob für zivile oder für militärische Zwecke. Auch die Beihilfe dazu ist verboten. Damit geht er über den 1963 in Kraft getretenen Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser hinaus.

Um die Einhaltung des Vertrags sicherzustellen, beinhaltet er die Gründung der *„Organisation über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen“* (CTBTO). Sie ist damit beauftragt, ein Überwachungssystem aufzubauen, das Kernwaffenexplosionen weltweit registrieren kann. Dieses Überwachungssystem besteht aus einem Netz von welt-

weit verteilten Messstationen zur Überwachung von Erderschütterungen, Radionukliden, Wasserschall und Infraschall, die ihre Messungen dem internationalen Datenzentrum in Wien übermitteln. Darüber hinaus sind angemeldete Vor-Ort-Inspektionen vorgesehen.

Der Vertrag tritt in Kraft, 180 Tage nachdem die in Anlage 2 des Vertrags namentlich angeführten Staaten den Vertrag ratifiziert haben. Diese 44 Staaten sind die, welche laut Angaben der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) 1995 über Kerntechnologie verfügten, damit also insbesondere auch die offiziellen Atomkräfte. Die Gültigkeitsdauer des Vertrags ist unbegrenzt. (*Wikipedia*,

<https://news.pngfacts.com/2024/02/papua-new-guinea-joins-global-effort.html> 01.02.24,
<https://www.ctbto.org/our-mission/the-treaty>)

Singapur unterzeichnet Abkommen über Emissionsgutschriften

Singapur und Papua-Neuguinea (PNG) haben am 7. Dezember 2023 ein Umsetzungsabkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Kohlenstoffgutschriften gemäß Artikel 6 des Pariser Abkommens unterzeichnet. Das Abkommen wurde von der Singapur-Ministerin für Nachhaltigkeit und Umwelt, Grace Fu, und dem Minister für Umwelt, Naturschutz und Klimawandel von Papua-Neuguinea, Simo Kilepa, am Rande der UN-Klimakonferenz 2023 (COP28) in Dubai unterzeichnet. Die Vereinbarung folgt auf die Unterzeichnung einer Absichtserklärung beider Länder am Rande der COP27 im vergangenen Jahr, bei der es um die Zusammenarbeit bei Kohlenstoffgutschriften ging.

Es handelt sich um das erste Umsetzungsabkommen für Singapur. Das Abkommen legt einen rechtsverbindlichen Rahmen und Prozesse für die Generierung und den internationalen Transfer von Kohlenstoffgutschriften zwischen Singapur und Papua-Neuguinea fest. Die Zusammenarbeit soll die Klimaziele beider Länder voranbringen und dazu beitragen, Finanzmittel für zusätzliche Minderungsmaßnahmen durch Emissionsgutschriften-

projekte zu kanalisieren, die sonst nicht möglich wären. Die im Rahmen des Umsetzungsabkommens genehmigten Projekte zur Vergabe von Emissionsgutschriften sollen die nachhaltige Entwicklung in Papua-Neuguinea fördern und Vorteile für die lokalen Gemeinschaften bringen, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Zugang zu sauberem Wasser, eine verbesserte Energiesicherheit und die Verringerung der Umweltverschmutzung. Singapur hat sich verpflichtet, 5 % der Kohlenstoffgutschriften, die im Rahmen dieses Umsetzungsabkommens genehmigt werden, für Anpassungsmaßnahmen in Papua-Neuguinea zu verwenden, z. B. für Maßnahmen zur Wärmeresilienz und zum Küstenschutz.

Ministerin Fu erklärte: *„Hochintegrierte Kohlenstoffmärkte können weltweit zu den dringend benötigten Klimaschutzmaßnahmen beitragen. Als ein Land, das im Bereich der alternativen Energien benachteiligt ist, wird uns eine wirksame internationale Zusammenarbeit, z. B. durch Kohlenstoffmärkte, auch dabei helfen, unsere Klimaziele zu erreichen. Wir freuen uns über die Unterzeichnung unserer ersten Umsetzungsvereinbarung mit Papua-Neuguinea, einem weiteren Mitglied der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS). Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Papua-Neuguinea, um den Klimaschutz gemeinsam voranzutreiben.“*

Info: Das Umsetzungsabkommen ermöglicht es beiden Ländern, auf den Kohlenstoffmärkten zusammenzuarbeiten. Dies steht im Einklang mit Artikel 6 des Pariser Abkommens, der es den Ländern ermöglicht, freiwillig zusammenzuarbeiten, um die in ihren national festgelegten Beiträgen festgelegten Klimaziele zu erreichen, und gleichzeitig Zusatznutzen wie nachhaltige Entwicklung und Klimaanpassung für lokale Gemeinschaften zu erschließen.

Das Umsetzungsabkommen legt einen rechtsverbindlichen bilateralen Rahmen für den internationalen Transfer entsprechend angepasster Kohlenstoffgutschriften fest, um Doppelzählungen zu vermeiden. Der Rahmen umfasst die Verfahren zur Beantragung von Genehmigungen für Projekte mit Kohlenstoffgut-

schriften und entsprechend angepassten Minderungsergebnissen.

Singapur hat die Verhandlungen über ein Umsetzungsabkommen mit Bhutan, Ghana, Paraguay und Vietnam abgeschlossen und mit Kambodscha, Chile, Kolumbien, der Dominikanischen Republik, Fidschi, Kenia, der Mongolei, Marokko, Peru, Ruanda und Sri Lanka Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Emissionsgutachten unterzeichnet, mit dem Ziel, ähnliche Umsetzungsabkommen zu schließen.

(<https://www.mse.gov.sg/resource-room/category/2023-12-07-press-release-singapore-signs-first-implementation-agreement-papua-new-guinea>, Reuters 08.12.23)

SpaceX bringt Starlink-Internetdienste nach PNG

Der neuguineische Minister für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in Papua-Neuguinea, Timothy Massy, gab kürzlich bekannt, dass *Starlink Incorporated* eine fünfjährige Betreiberlizenz von der Nationalen Behörde für Informations- und Kommunikationstechnologie (NICTA) erhalten hat. Die Lizenz soll dem Unternehmen ermöglichen, sein Satellitennetz in PNG aufzubauen, zu warten und zu betreiben. *Starlink* wird die Internetverbindung in PNG landesweit ausbauen, insbesondere in ländlichen und abgelegenen Gebieten.

Der NICTA-Vorsitzende Noel Mobia verspricht sich von der Zusammenarbeit mit *Starlink* vor allem die Digitalisierung von Schulen im ländlichen Raum. Mit dem Internetzugang stünde jungen Menschen die Welt offen, so Mobia. Er wies darauf hin, dass man die Lizenz erst nach umfangreichen Konsultationen mit der Bevölkerung an *Starlink Incorporated* vergeben habe. Die Kosten für diesen Satellitendienst seien im Vergleich zu Satelliten mit fester Umlaufbahn sehr niedrig, erklärte Mobia weiter. Das sei ein großes Plus für den Staatshaushalt.

Hintergrund: NICTA-Vorstandsmitglied John Cholai hofft, dass die Internetdienste von *Starlink* die digitale Kluft in PNG überbrücken werden. Laut der *Asia & The Pacific*

Policy Society verfügt PNG über 1,66 Millionen Internetnutzer. Etwa 1,03 Millionen dieser Internetnutzer*innen sind dabei aktive Nutzer sozialer Medien.

Mehr als 85 % der Bevölkerung PNGs leben in ländlichen Gebieten, doch die aktiven Nutzer sozialer Medien sind überwiegend in städtischen Gebieten ansässig. In Port Moresby, einer der größten Städte im südwestlichen Pazifik außerhalb Australiens und Neuseelands, leben nach der Studie rund 56 % aller Social-Media-Nutzer*innen.

Die Telekommunikationsaufsichtsbehörde von Papua-Neuguinea hat versprochen, gegen den illegalen Betrieb von LEO-Satellitenterminals vorzugehen. In einer Erklärung sprach das „PNG Department of Information and Communications Technology“ eine „strenge Warnung“ an Einzelpersonen aus, die Satellitendienste ohne ordnungsgemäße Genehmigung nutzen, da es ein vorherrschendes Problem mit der Nutzung von nicht lizenzierten Starlink-Terminals festgestellt hat.

(<https://www.teslarati.com/spacex-starlink-papua-new-guinea-launch/02.01.24>, <https://developingtelecoms.com/02.01.24>)

Verlängerung der Explorationslizenz

Der Bergbauminister von Papua-Neuguinea, Sir Ano Pala, hat Mitte September letzten Jahres die Verlängerung der Explorationslizenz 1335 (EL) für das Kupferprojekt Yandera in Übereinstimmung mit den im Bergbaugesetz von Papua-Neuguinea vorgeschriebenen Verfahren genehmigt.

„Wir freuen uns, dass wir das Verfahren zur Erneuerung der Explorationslizenz erfolgreich abgeschlossen haben, und möchten dem Mining Advisory Council und der Regierung von PNG für ihr Engagement bei der Förderung großer Ressourcenprojekte wie Yandera Copper danken“, sagte Dr. Nathan Chutas, Senior Vice-President of Operations bei Freeport Resources, dem Landeigner des Areals.

Die Erneuerung der Explorationslizenz für das Yandera-Kupferprojekt zeige das Engagement der Regierung von Papua-Neuguinea, starke Arbeitsbeziehungen mit Mineraler-

plorations- und Erschließungsunternehmen wie Freeport Resources aufzubauen, um das Wirtschaftswachstum durch die Erschließung der natürlichen Ressourcen Papua-Neuguineas voranzutreiben, erklärte Dr. Chutas weiter.

Seit 2005 habe man mehr als 200 Millionen USD in das Projekt investiert, was in einer umfassenden Vormachbarkeitsstudie aus dem Jahr 2017 gipfelte, die eine der größten unerschlossenen Kupferressourcen der Welt beschrieb. Da die Lizenzverlängerung nun vorliege, werde man mit der Arbeit an der endgültigen Machbarkeitsstudie beginnen und die laufenden Gespräche mit potenziellen strategischen Partnern für die Erschließung der Mine beschleunigen.

Zu den bisher abgeschlossenen Arbeiten und finanzierten Studien gehören etwa 154.600 Meter an Explorationsbohrungen, von denen sich der Großteil auf die Lagerstätte Yandera Central konzentrierte, sowie Scoping-Studien, technische Studien, Umweltstudien, eine Vormachbarkeitsstudie und infrastrukturbezogene Studien. Die Verlängerung der EL 1335 ermöglicht es Freeport Resources, mit der Arbeit an einer endgültigen Machbarkeitsstudie zu beginnen, um das Kupferprojekt Yandera in Richtung einer endgültigen Investitionsentscheidung voranzubringen.

Hintergrund: Das Yandera-Kupferprojekt befindet sich im PNG *Orogenic Belt*, dem gleichen geologischen Bogen wie einige der größten Gold- und Kupferlagerstätten der Welt, darunter Grasberg, Frieda River, Porgera, Lihir, Wafi-Golpu und Kainantu. Das 245,5 Quadratkilometer umfassende Gebiet liegt 95 km südwestlich von Madang und 235 km nordwestlich von Lae. Es handelt sich um eines der größten unerschlossenen Kupfervorkommen der Welt.

Eine vorläufige Machbarkeitsstudie mit dem Titel „Independent Technical Report on the Yandera Project - PreFeasibility Study“, die von Worley Parsons erstellt wurde und am 27. November 2017 veröffentlicht wurde, schätzte eine Tagebauresource von 728 Millionen Tonnen mit einem Gehalt von 0,39 % Kupferäquivalent. (*PNG Business News* 12.12.23)

Zusammenarbeit mit Bergbaukonzern

Der neuguineische Premierminister James Marape zeigte sich zufrieden über die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen dem chinesischen Unternehmen *Ramu Nico Management Ltd.* und der neuguineischen Firma *Kumul Minerals Holdings Ltd.*. Das Memorandum of Understanding (MOU) ist ein bedeutender Schritt zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen China und Papua-Neuguinea, insbesondere im Bereich der nachgelagerten Verarbeitung von Nickel und Kobalt, wie Marape Pressevertreternden erläuterte.

Die von Wang Zhou, dem Vorsitzenden von *Ramu Nico Management Ltd.*, und Sarimu Kanu, dem Geschäftsführer von *Kumul Minerals Holdings Ltd.*, unterzeichnete Absichtserklärung bekräftigt die Zusammenarbeit bei der nachgelagerten Verarbeitung von Nickel und Kobalt vor Ort in Papua-Neuguinea. Die *Ramu Nico Management Ltd.* steht als Mehrheitsgesellschafter der Nickel-Kobalt-Mine Ramu in der Nähe von Madang (Morobe Provinz) mit einem Wert von 1,2 Mrd. US\$ (4,12 Mrd. Kina) an der Spitze dieses Bergbauprojekts.

„Unsere Regierung hat sich entschlossen dafür eingesetzt, von einem Exporteur von Rohstoffen zu einem Exporteur von Fertigprodukten zu werden“, erklärte Premierminister Marape. Man komme damit der Verpflichtung nach, die chinesische Beteiligung an der nachgelagerten Verarbeitung in Papua-Neuguinea zu fördern. (PNG Business News 15.01.24)

Gouverneur fordert Gleichberechtigung Behinderter

In einer gemeinsamen Stellungnahme Anfang Dezember haben der UNDP-Vertreter Nicholas Booth und die Ko-Vorsitzende der PNG-Versammlung der Behinderten (PNG Assembly of Disabled Persons) und Ko-Vorsitzende des Pazifischen Behindertenforums (Pacific Disability Forum), Jacqueline Boga-

Garoau, eine Verstärkung der Bemühungen zur Erfüllung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Papua-Neuguinea eingefordert. Auf dem Gipfel „United for Equality“ Anfang Dezember letzten Jahres rief der Gouverneur des National Capital Districts, Powes Parkop, dazu auf, das Jahr 2024 in Papua-Neuguinea zum „Jahr der Gleichberechtigung“ zu erklären.

Das Hauptaugenmerk des Gipfels lag auf der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle der Frau. Alle Teilnehmenden zeigten sich einig darüber, wie wichtig dies in Papua-Neuguinea ist, das im UNDP-Index für geschlechtsspezifische Ungleichheit auf Platz 169 rangiert und in dem das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt immer noch zu den höchsten der Welt gehört.

Niemand weiß, wie viele Menschen in PNG mit Behinderungen leben, weil diese Daten noch nie erhoben wurden. Das müsse bei der Volkszählung 2024 nachgeholt werden, forderte Parkop vehement. Frauen und Mädchen mit Behinderungen seien noch häufiger als andere Frauen von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen, erklärte der Gouverneur. Menschen mit Behinderungen sehen sich mit größeren Hindernissen konfrontiert, wenn es darum geht, einen angemessenen Arbeitsplatz, eine gute Ausbildung und eine angemessene Gesundheitsversorgung, Kommunikation und Information zu erhalten; und sie sind am stärksten von den Auswirkungen schwerer Katastrophen und des sich beschleunigenden Klimawandels betroffen.

Parkop sprach anlässlich des Internationalen Tags der Rechte von Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2023. In seiner Rede wies er auch auf den 10. Jahrestag des Beitritts von PNG zum UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hin. Das Land habe sich rechtlich verpflichtet, die gleichen Rechte aller Papua-Neuguineer mit Behinderungen zu gewährleisten.

Die Beratungen über einen Gesetzesentwurf zur Verankerung dieser Rechte im Rechtssystem von PNG dauern bereits seit fünf Jahren an,

aber der Entwurf wurde dem Parlament noch immer nicht zur Verabschiedung vorgelegt, bedauerte der Gouverneur. (Pressemitteilung UNDP 03.12.24)

Erste Frau zur Gouverneurin der Bank von PNG ernannt

Premierminister James Marape gab kürzlich die Ernennung von Frau Elizabeth Genia zur ersten weiblichen Gouverneurin der Bank von Papua-Neuguinea (BPNG) bekannt. Genia, die seit Januar 2023 als amtierende Gouverneurin der BPNG fungiert, wurde offiziell vom National Executive Council (NEC) ernannt.

„Dies ist ein Zeichen für das Vertrauen, das meine Regierung in die Frauen in Papua-Neuguinea setzt. Frau Genia ist durch ihre Arbeit in den letzten 40 Jahren in der Bank aufgestiegen, so dass sie als qualifizierte Kandidatin ausgewählt wurde“, erklärte Marape bei der offiziellen Ernennung.

Marape betonte, dass der Schwerpunkt der Bank auf der Bewältigung anhaltender Probleme wie der nationalen Brennstoffsicherheit, der Devisenversorgung und der ordnungsgemäßen Organisation der 2022 gegründeten Kreditgarantiegesellschaft liege, um das Wachstum des Sektors der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu unterstützen und zu fördern.

Premierminister Marape forderte Elisabeth Genia außerdem auf, dass die BPNG angesichts des zunehmenden Handels Chinas mit PNG die Möglichkeit der Verwendung des chinesischen *Renminbi* als Alternative zum US-Dollar prüfen solle. (Pressemitteilung Büro des Premierministers 15.01.24)

BOUGAINVILLE

Fünffährige Verlängerung der Explorationslizenz

Der Bergbaukonzern *Bougainville Copper Limited* (BOC) hat bestätigt, dass die Autonome Regierung von Bougainville eine fünfjährige Verlängerung der Explorationslizenz EL01 für die Panguna-Mine in Zentral-Bougainville beschlossen hat.

Anlässlich einer Zeremonie in Buka sagte der Präsident von Bougainville, Ishmael Toroama, dass Panguna ein „wichtiges Projekt für Bougainville“ sei und dass die Erteilung der Lizenz den Weg für die Erschließung des Projekts ebnet werde. Es werde in den kommenden Jahren mit Explorationsaktivitäten im fortgeschrittenen Vormachbarkeits- und Machbarkeitsstadium begonnen, erklärte er.

Der BCL-Vorsitzende, Sir Melchior Togolo, meinte, das Unternehmen sei begeistert von der Aussicht, die Erschließungsarbeiten rund um das Minengelände zu leiten. „Panguna verspricht eine transformative Investition für Bougainville zu werden, die die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Region stärken wird“, fügte Sir Melchior hinzu.

Die ELO1-Erweiterung macht den Weg für BCL frei, seine Aktivitäten im Panguna-Projektgebiet in Übereinstimmung mit dem Bougainville Mining Act 2015 auszuweiten. „Das Unternehmen ist auf Bougainville gut etabliert und hat starke Beziehungen zu den traditionellen Landeignern aufgebaut. Dies ist eine sehr solide Grundlage für verstärkte Aktivitäten, da wir mit gegenseitigem Respekt an der Wiedererschließung von Panguna arbeiten“, erklärte Sir Melchior.

Ishmael Toroama hatte die Landeigner zuvor über die fünfjährige Verlängerung der Explorationslizenz persönlich informiert. Dazu hatte er sich mit über 300 Mitgliedern der *Panguna Mine Land Owners Clan Chiefs* in der Tunuru Catholic Mission außerhalb von Arawa Town, Central Bougainville, getroffen. Bei diesem Treffen informierte Präsident Toroama die Landbesitzer über die Entscheidung der Regierung, die Explorationslizenz EL01 für das Gebiet der ehemaligen Panguna Mine an die *Bougainville Copper Ltd* (BCL) zu vergeben.

Er sagte, der Dialogprozess habe einen „konstruktiven Raum“ geschaffen, der es sowohl den Landbesitzern als auch der Regierung ermöglicht habe, trotz der bestehenden Differenzen zusammenzukommen und offen und ehrlich über Panguna zu sprechen, was in dem gemeinsamen Beschluss zur Wiedereröffnung der Panguna-Mine

gepuffelt habe.

Der Präsident kündigte ebenfalls an, dass die ABG-Abteilung für Mineral- und Energieressourcen ein Büro in Arawa Town einrichten werde, um die Konsultationen zwischen der Regierung, den Landbesitzern und anderen Interessengruppen leichter zugänglich zu machen. (*PNG Business News* 05.02.24, 12.02.24)

„Monsterwelle“ trifft Buka

Am 24. Januar traf eine „King Tide“ (Monsterwelle) die Küste bei Haku auf der Insel Buka. Mehr als 46 Häuser wurden zerstört, 14 Familien wurden obdachlos. Nach Angaben des Abgeordneten für den Wahlkreis Haku, Patrick Koles, hat sein Büro ein Team entsandt, um vor Ort die Schäden zu begutachten und einen Bericht für die Provinzregierung zu erstellen. Zum Zeitpunkt der Katastrophe hatten die Menschen mit 7 bis 8 Meter hohen Wellen zu kämpfen und da es noch dunkel war, war die Evakuierung der Küstendörfer und die Flucht vor der Monsterwelle in höhergelegenes Land schwierig, erklärte Koles.

Man werde sich dafür einsetzen, dass die betroffenen Familien finanzielle Hilfe und Unterstützung beim Wiederaufbau erhielten, versprach Koles. (*Post-Courier* 24.01.24)

Künstlerin aus Buka ausgezeichnet

Die in Brisbane (Australien) lebende Künstlerin Taloi Havini, die ursprünglich von der Insel Buka (Nakas Tribe, Hakö people) stammt, hat einen der wichtigsten britischen Preise für zeitgenössische Kunst gewonnen. Für ihre Arbeiten, die sich mit dem Erbe des Rohstoffabbaus und Australiens angespannten Beziehungen im Pazifik auseinandersetzen, erhielt Havini den mit 40.000 Pfund (77.197 US-Dollar) dotierten „Artes Mundi-Preis“ bei einer Zeremonie Mitte Januar in Cardiff (Wales), dem Veranstaltungsort der alle zwei Jahre stattfindenden Ausstellung und des Preises.

Havini, die eine Vielzahl von Medien wie Fotografie, Audio-Video, Skulptur, immersive Installation und Druckgrafik einsetzt, um die Überschneidungen von Geschichte, Identität und Nationenbildung zu erforschen, sagte, sie habe nicht erwartet, den Preis zu gewinnen. Sie fühle sich „demütig“ (*humbled*) angesichts des renommierten Kunstpreises. Die Künstlerin erklärte, dass ihre Schaffenspraxis von ihrer Verbundenheit mit ihrem Land und den Gemeinschaften in Bougainville geprägt sei.

Havini gab zu, dass sie nur wenig über Wales wusste, bevor sie zu den sieben Künstlern gehörte, die für den Preis nominiert wurden, der zum zehnten Mal vergeben wird. Aber es stellte sich heraus, dass es Gemeinsamkeiten zwischen ihrer Arbeit und den beiden Orten gab, an denen ihre Werke gezeigt werden - Mostyn in Llandudno, Nordwales, und *Chapter Arts Centre* in Cardiff.

In Mostyn wird ihre immersive Videoinstallation *Habitat* gezeigt, die sich mit den verheerenden Folgen der australischen Ausbeutung der Kupfervorkommen auf Bougainville befasst.

Havini sagte, dass sie nach einem Besuch der Küstenstadt Llandudno ins Landesinnere fuhr, um die Auswirkungen des Schieferbergbaus auf die Landschaft und die Menschen in Nordwales zu sehen.

Info: „Artes Mundi“ ist eine internationale Kunstorganisation mit Sitz in Cardiff, Wales. Das 2002 gegründete Unternehmen hat es sich zur Aufgabe gemacht, internationale zeitgenössische bildende Künstler zu unterstützen, deren Arbeit sich mit der sozialen Realität und gelebten Erfahrungen auseinandersetzt.

Havini ist einer von sieben internationalen zeitgenössischen bildenden Künstlern, deren Werke in Cardiff ausgestellt wurden. Die Ausstellung lief bis zum 25. Februar 2024. (*ABC Pacific* 29.01.24, <https://artemundi.org/>, *The Guardian* 25.01.24, <https://www.taloihavini.com/>)

SALOMONEN

Offizieller Start der Initiative „Recht auf Information“

Anfang Februar wurde auf den Salomonen die Initiative „Recht auf Information“ (Right to Information, RTI) offiziell ins Leben gerufen. Das Projekt ist eine Zusammenarbeit zwischen der Universität des Südpazifiks (USP) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) im Rahmen des Programms zur Stärkung von Korruptionsbekämpfung, Transparenz und Rechenschaftspflicht in den pazifischen Inselstaaten. Das Projekt wird finanziell von der britischen Regierung unterstützt.

Professor Bibhya Sharma von USP erklärte bei der Auftaktveranstaltung: *„Das „Recht auf Information“-Projekt konzentriert sich auf innovative digitale Lösungen, einschließlich einer mobilen Anwendung, einer Website und eines E-Kurses zur digitalen Kompetenz.“*

Der britische Hochkommissar auf den Salomonen, Thomas Coward, erklärte den Anwesenden bei der feierlichen Eröffnung des Projekts, dass *„robuste RTI-Rahmenwerke zahlreiche Vorteile bieten, darunter eine verbesserte demokratische Regierungsführung, eine höhere Effizienz des öffentlichen Sektors und eine geringere Korruption. Das Vereinigte Königreich ist stolz darauf, die Einführung von RTI auf den Salomonen zu unterstützen, und wir erwarten, dass dies die Bürgerinnen und Bürger stärkt, Investitionen anzieht und Innovationen fördert.“*

Das RTI-Projekt steht im Einklang mit den Bemühungen des UNDP zur Korruptionsbekämpfung auf den Salomonen, die von der Regierung des Vereinigten Königreichs im Rahmen des Pazifik-Anti-Korruptionsprojekts und von den Regierungen Japans und der Salomonen im Rahmen des Projekts für Transparenz und Rechenschaftspflicht finanziell unterstützt werden.

Hintergrund: Der Zugang zu Informationen ist ein grundlegendes Menschenrecht und eine wichtige Triebkraft für die Länder bei der Verwirklichung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

und insbesondere des SDG-Ziels 16, das gerechte, friedliche und inklusive Gesellschaften fördert. (<https://www.devdiscourse.com/05.02.24>)

Chinesisches Ärzte-Team hilft auf Außeninseln

Im Rahmen der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den Salomonen wurde Ende letzten Jahres bereits das zweite chinesische Ärzte-Team auf die Salomonen entsandt. Die medizinischen Fachkräfte waren sechs Tage lang in der Provinz Munda unterwegs, um dort kostenlose ärztliche Unterstützung anzubieten.

Seit Anfang 2022 entsendet China Ärzt*innen auf die Außeninseln der Salomonen, um dort Hilfe zu leisten. Im September 2019 hatten China und die Salomonen ihre diplomatischen Beziehungen aufgenommen. (*Xinhua Global Service 29.12.23*)

Verbot von Einwegplastik

Seit dem 1. März 2024 gilt auf den Salomonen ein Verbot von Einwegplastik. Das Gesetz verbietet die Einfuhr, die Herstellung, den Vertrieb, die Lieferung und den Verkauf bestimmter Einwegplastikartikel innerhalb des Landes.

Die Regierung der Salomonen hatte eine sechsmonatige Schonfrist ab dem 1. September 2023 eingeführt, um Unternehmen und Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, sich auf die neuen Vorschriften einzustellen und ihre Bestände an Kunststoffprodukten abzubauen.

Ab dem 1. März 2024 werden strengere Maßnahmen durchgesetzt und bei Nichteinhaltung werden Strafen verhängt.

Das Hauptziel des Plastikverbots besteht darin, die Auswirkungen der Plastikverschmutzung auf die Umwelt, insbesondere auf die Meeresökosysteme und die Tierwelt, einzudämmen. Wie viele andere Länder haben auch die Salomonen mit den weitreichenden Folgen des Plastikmülls im Meer und an Land zu kämpfen.

Es wird erwartet, dass das Verbot Innovationen in der Verpackungsindustrie vorantreibt und die Entwicklung eines Marktes für nachhaltige Produkte fördert. Durch die Wahl umweltfreundlicher Alternativen können Unternehmen und Verbraucher einen wichtigen Beitrag zu dem übergeordneten Ziel leisten, die Salomonen für künftige Generationen sauberer und gesünder zu gestalten, hieß es seitens der Regierung. (*Pressemitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klimawandel, Katastrophenmanagement und Meteorologie 16.01.24*)

Neuer Botschafter für China

Der Botschafter der Salomonen in der Volksrepublik China, Barrett Salato, hat am 27. Dezember 2023 dem stellvertretenden Generaldirektor der Protokollabteilung des Außenministeriums der Volksrepublik China, Herrn Li Xiang, eine Kopie seines Beglaubigungsschreibens überreicht. Mit der Überreichung des Beglaubigungsschreibens hat Salato sein volles Amt als Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Salomonen in der Volksrepublik China angetreten.

In seiner Antrittsrede betonte der neue Botschafter die Prioritäten seiner Amtszeit. So bezeichnete er insbesondere den Handel und die Investitionen zwischen den beiden Ländern als eine wichtige Aufgabe. Außerdem erklärte er, dass die Salomonen der „Ein-China-Politik“ verpflichtet seien.

Info: Salato ist erst der zweite Botschafter der Salomonen in China, sein Vorgänger John Moffat Fugui war am 22. Dezember 2022 im Alter von 61 Jahren überraschend im Amt verstorben.

Salato war am 21. Dezember mit seiner Familie in China eingetroffen. Zuvor war er der Vertreter der Salomonen bei den Vereinten Nationen in Genf. (*Solomon Star 20.07.23, SIBC 28.12.23*)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes e.V.]

„Sex and Drug Scandal“ – Angebliche Affäre zwischen zwei Ministern stürzt Regierung in Krise

Fidschis Regierungskoalition wird seit Januar 2024 von einem politischen Skandal erschüttert, der die Regierung unter Premierminister Sitiveni Rabuka in ihre bisher größte Krise seit ihrem Amtsantritt im Dezember 2022 gestürzt hat. Im Zentrum des Skandals steht eine angebliche außereheliche Affäre zwischen dem ehemaligen Bildungsminister Aseri Radrodro und der Ministerin für Frauen, Kinder und soziale Angelegenheiten, Lynda Tabuya. Losgetreten wurde der Skandal durch die Veröffentlichung angeblicher privater Textnachrichten durch die Webseite *Fiji Leaks*, die seit Jahren immer wieder geheime Dokumente veröffentlicht.

Die veröffentlichten Nachrichten legen nahe, dass Radrodro und Tabuya am 22. August 2023 während einer Delegationsreise fidschianischer Abgeordneter im australischen Melbourne eine außereheliche Affäre hatten und es dort, während sie Fidschi in Australien repräsentierten, zu starkem Drogenkonsum gekommen ist. Radrodro gehört der kleinsten der drei an der Regierung beteiligten Parteien an und ist einer von nur drei Abgeordneten der Partei *SODELPA*, auf deren Unterstützung die Regierung im Parlament angewiesen ist. Tabuya hatte in der Vergangenheit ebenfalls wichtige Positionen in der Partei *SODELPA* inne, gehörte im Jahr 2022 aber zu denen, die die Partei zusammen mit dem heutigen Premierminister Rabuka verließen und die neue *Peoples Alliance Party* gründeten.

Bildungsminister Radrodro wurde im Januar bereits vor Veröffentlichung der privaten Nachrichten aufgrund von „Ungehorsam“ und „Gehorsamsverweigerung“, die angeblich nicht im Zusammenhang mit der möglichen Affäre stehen, von Premierminister Rabuka entlassen. Für diese Vorwürfe hat er sich mitt-

lerweile in einer traditionellen Entschuldigungszeremonie bei Rabuka entschuldigt, der die Entschuldigung akzeptiert hat, sich aber trotz entsprechender Forderungen seines Koalitionspartners dafür entschieden hat, den Minister nicht wieder in sein Amt einzusetzen, das seit der Entlassung der stellvertretende Premierminister und *SODELPA*-Vorsitzende Viliame Gavoka kommissarisch leitet.

Das Verhältnis zwischen Premier Rabuka und Radrodro gilt ohnehin als zerrüttet: Radrodro war einst Schwiegersohn von Rabuka und soll einigen Berichten zur Folge dessen Tochter in einem Fall äußerst brutaler häuslicher Gewalt, für den er jedoch nie verurteilt wurde, „fast umgebracht“ haben.

Tabuya war zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses weiter in ihrem Amt als Ministerin für Frauen, Kinder und soziale Angelegenheiten, weil Regierungschef Rabuka auf einen Bericht zu den Vorwürfen wartet, der sich nach Aussage der Regierung verzögert. Tabuya gilt als enge Vertraute Rabukas. Anfang März wurde sie wegen parteischädigenden Verhaltens allerdings im Zusammenhang mit den gegen sie erhobenen Vorwürfen als stellvertretende Vorsitzende ihrer Partei aus dem Amt entlassen. Tabuya selbst bestreitet die Vorwürfe und bezeichnet die Berichte als „Fake News“ und geschlechtsspezifische Diskriminierung. Unterstützt wird Tabuya in dieser Argumentation unter anderem von der renommierten zivilgesellschaftlichen Organisation *„Fiji Women’s Crisis Center“* und ihrer Vorsitzenden Shamima Ali. Ali kritisiert, dass sich das öffentliche Interesse und die öffentliche Verurteilung fast ausschließlich gegen Tabuya richteten, während das Interesse an dem bereits zuvor geschassten Bildungsminister deutlich geringer sei. Andere wie Innenminister Pio Tikoduadua, der sich trotz immer lauter werdender Rücktrittsforderungen weiter hinter seine Parteikollegin stellt, verweisen hingegen vor allem darauf, dass die Echtheit der veröffentlichten Textnachrichten nicht überprüft werden könne und sie in jedem Fall auf illegale Weise in die Hände von *Fiji Leaks* geraten seien, weshalb sie auch nicht als Beweismittel gegen Tabuya verwendet werden sollten.

In den veröffentlichten Textnachrichten, die von Tabuya und Radrodro stammen sollen, unterhalten die beiden sich unter anderem über ihre angebliche Affäre (Zitate: *„Now I can’t walk properly, vaka au lai cai tu all night. You were brutal“*, *„why you and why now?“*, *„I know you were driven by lust but I still responded and consented and here we are“*, *„Jumping in the shower now. Join me?“*), aber auch darüber, ob Radrodro seine Frau verlassen würde, um mit Tabuya zusammenzuziehen. In anderen Nachrichten schreiben sich die beiden demnach angeblich über starken Alkoholkonsum am selben Abend, Lynda Tabuya außerdem über den Konsum von Marihuana (Zitat: *„ok I’m lost...lol. But let me know. There’s plenty weed here...hahahaha“*, *I gonna get drunk and high“*). Auch anzügliche Bilder sollen in den Nachrichten enthalten gewesen sein. Schon vor der Veröffentlichung hatte es Gerüchte über eine Affäre zwischen Tabuya und Radrodro gegeben, woraufhin bereits im September 2023 ein klärendes Gespräch zwischen Premierminister Rabuka und den beiden stattgefunden haben soll. Rabuka hatte damals gesagt, die beiden hätten die Gerüchte zu seiner Zufriedenheit ausgeräumt.

Die Regierungskrise, vor allem aber auch persönliche Details über die Protagonisten – und insbesondere über Tabuya – bestimmen seit Wochen die öffentlichen Diskussionen und die Medien in Fidschi, die unter anderem von einem „Sex- und Drogenkandal“ sprechen, diesen aber teils auch als „Sexgate“ oder in Anspielung auf Tabuyas Vornamen als „Lyndagate“ bezeichnen. Sowohl die Kernwählerschaft von der *Peoples Alliance Party* als auch von *SODELPA* gelten als sehr konservativ, weshalb sowohl die Möglichkeit einer außerehelichen Beziehung als auch der Drogenkonsum dort auf besonders starke Ablehnung stoßen.

Expert*innen gehen davon aus, dass Premier Rabuka das Bild von sich selbst als „hartem Mann“, der entschieden handelt, aufrechterhalten will und deshalb nach Fertigstellung des Berichts über die Vorwürfe zum Handeln gegen Tabuya gezwungen sein könnte. Bisher gibt

sich der Koalitionspartner SODELPA noch weitgehend zurückhaltend und loyal, sollte er sich gegen Rabuka wenden, würde die Regierung aber umgehend ihre Mehrheit verlieren.

Da es unabhängig von dem Skandal auch Ermittlungen gegen den SOIDELPA-Vorsitzenden Viliame Gavoka wegen Amtsmissbrauch gibt, SODELPA seit Jahren als stark zerstritten gilt und sich nur mit sehr knapper Mehrheit für den Eintritt in die derzeitige Regierungskoalition entschieden hatte, könnten auch kleine Veränderungen innerhalb der Partei und bei den von SODELPA ins Parlament entsandten Abgeordneten zu einem Zusammenbruch der Regierung und möglicherweise Neuwahlen führen. (Radio New Zealand 22.01.24, 27.02.24, 30.01.24, 24.2.2024, 19.02.24, 21.02.24, 05.03.24, 06.03.24, Fiji Leaks 11.01.24, 21.01.24, 05.03.24, ABC 06.03.24, The Guardian 01.02.24, Wikipedia, Fijian Parliament Website 09.03.24)

Oppositionspolitiker Aiyaz Sayed-Khaiyum zieht sich aus der Politik zurück

Im Dezember 2023 hat der prominente Oppositionspolitiker Aiyaz Sayed-Khaiyum sein Amt als Generalsekretär der *Fiji-First*-Partei niedergelegt. Bis Dezember 2022 bekleidete Sayed-Khaiyum über viele Jahre hinweg das Amt des stellvertretenden Premierministers unter dem damaligen Regierungschef Voreqe Bainimarama und war als Minister außerdem für eine Vielzahl unterschiedlicher Themen zuständig, was ihm in Fidschi den Spitznamen „*Minister for A to Z*“ („Minister für A bis Z“) einbrachte. Bei den Wahlen 2014, 2018 und 2022 gehörte er jeweils zu den Kandidaten mit den besten Stimmergebnissen, 2022 erlangte er die drittmeisten Stimmen hinter Binimarama und dem derzeit amtierenden Premierminister Sitiveni Rabuka.

Mit Sayed-Khaiyum zieht sich – zumindest vorerst – der letzte prominente Vertreter der Regierung Bainimaramas aus der Politik zurück. Dem Parlament gehörte er bereits seit Januar 2023 nicht mehr an, als er sein Amt niederlegte, um als Oppositionsvertreter in der *Constitutional Offices Commission* mitzuwirken – in die er dann nach öf-

fentlichen Diskussionen über die Voraussetzung für ein Mitwirken in der Verfassungskommission allerdings doch nicht einrückte, um weiter den Posten als Generalsekretär seiner Partei bekleiden zu können.

Gegen Sayed-Khaiyum laufen ebenso wie gegen Bainimarama und weitere Vertreter der früheren Regierung Verfahren wegen Amtsmissbrauch in ihrer Regierungszeit, die teilweise als politisch motiviert kritisiert werden (siehe frühere Berichterstattung in der *Pazifik aktuell*).

Seinen Rückzug vom Amt des Generalsekretärs, das er seit Gründung der *Fiji-First*-Partei im Jahr 2014 innehatte, begründete Sayed-Khaiyum mit medizinischen Gründen. Bereits in den letzten Jahren war Sayed-Khaiyum immer wieder für medizinische Behandlungen im Ausland gewesen, zuletzt im September 2023 mit einer Sondergenehmigung der amtierenden Regierung, weil er wegen des Verfahrens gegen ihn das Land eigentlich nicht verlassen darf. Gleichzeitig nutzte Sayed-Khaiyum sein Rücktrittsschreiben, um die Regierung unter Premierminister Rabuka heftig zu kritisieren. Unter anderem warf er der Regierung vor, nicht im Einklang mit der Verfassung zu handeln sowie einen unfairen Umgang bei der Besetzung von Staatsbediensteten an den Tag zu legen. Vorübergehend übernimmt Faiyaz Siddiq Koya die Leitung der größten Oppositionspartei in Fidschi.

(Radio New Zealand 11.12.23, 14.02.24, Wikipedia)

Demonstrationen gegen Haltung der Regierung zu Israel und Palästina

Seit Beginn der israelischen Militäraktion im Gaza-Streifen in Reaktion auf die Angriffe der Terrororganisation *Hamas* am 7. Oktober kommt es in Fidschi regelmäßig zu Demonstrationen und teils heftigen Diskussionen in Politik und Gesellschaft über die Haltung der fidschianischen Regierung in dem Konflikt. Ebenso wie viele andere pazifische Inselstaaten hat sich Fidschi uneingeschränkt hinter Israel gestellt, was sich etwa dadurch zeigt, dass Fidschi einer von nur dreizehn

Staaten war, die am 27. Oktober 2023 zusammen mit Israel gegen eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) stimmten, die eine sofortige Waffenpause und humanitäre Hilfe für die Menschen im Gaza-Streifen forderte.

Neben Fidschi stimmten auch die Förderierten Staaten von Mikronesien, die Marshall-Inseln, Nauru, Papua-Neuguinea und Tonga gegen diese Resolution. Mit Ausnahme von Samoa, das der Abstimmung fernblieb, gehörten alle anderen pazifischen Inselstaaten zu den Ländern, die sich – wie auch Deutschland – enthielten. Auch in Deutschland gab es damals kontroverse Diskussionen über das Stimmverhalten – und sowohl Stimmen, die forderten, Deutschland hätte angesichts der mangelnden Verurteilung der Anschläge der *Hamas* in dem Text mit Israel stimmen müssen als auch solche, die entsetzt darüber waren, dass Deutschland sich nicht klar für humanitäre Hilfe ausgesprochen hatte.

Begründet wird die pro-israelische Haltung in den pazifischen Inselstaaten vor allem religiös, da Israel laut Bibel das von Gott erwählte Volk ist. Viele Christ*innen im Pazifik halten es deshalb für eine religiöse Pflicht, an der Seite des heutigen Staats Israels zu stehen. Während dies in den benachbarten Inselstaaten kaum zu Diskussionen führt, führt diese Haltung der Regierung in Fidschi seit Monaten zu Demonstrationen und Protesten, die insbesondere durch die sozialen Medien verbreitet werden. Vor allem jüngere und städtischer geprägte Menschen, aber auch viele zivilgesellschaftliche Organisationen fordern von ihrer Regierung mehr Solidarität mit den Menschen in Gaza. Im Vergleich zu den benachbarten Inselstaaten weist Fidschi eine kulturell und religiös deutlich heterogenere Gesellschaft auf, weshalb unter anderem die mit etwa 35% vergleichsweise große nicht-christliche Minderheit in Fidschi und insbesondere die muslimische Gemeinschaft, die etwa 6% der Bevölkerung ausmacht, vor allem die religiöse Argumentationslinie der Regierung nicht mittragen wollen. Zu den stärksten Kritikern zählt die bekannte Leiterin des „*Fiji*

Womens Chrisis Center“, Shamima Ali, welche die Haltung der Regierung als beschämend bezeichnet.

In Reaktion auf die Proteste im eigenen Land hat Fidschis Regierung bei späteren Abstimmungen in der UN-Generalversammlung zwar die Seiten gewechselt und für einen Waffenstillstand und für einen humanitären Hilfe gestimmt. Gleichzeitig machte Fidschi im Februar 2024 allerdings erneut Schlagzeilen, als einer der Rechtsanwälte, die Palästina vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag vertreten, Fidschi vorwarf, neben den USA das einzige Land zu sein, das Israel in einem laufenden Verfahren unterstütze. Anders als zum Teil dargestellt, handelte es sich dabei jedoch nicht um die von Südafrika eingereichte Klage wegen Völkermord vor dem IGH, die auch hierzu lande stark in den Medien präsent war, sondern um einen separaten Prozess, bei dem der IGH auf Antrag der UN-Generalversammlung ein Rechtsgutachten zur völkerrechtlichen Lage im Westjordanland erstellen soll. Wie bei allen Verfahren vor dem IGH entscheiden dort Richterinnen und Richter und nicht Staaten – Fidschi hat sich aber in der Tat in Wortmeldungen gegen die Erstellung des Rechtsgutachtens geäußert und dieses als politisch motiviert bezeichnet. Dies hat eine erneute Welle des Protests gegen die Regierung angestoßen.

Kritiker*innen der Regierung stellen häufig eine Verbindung zwischen der Situation in Palästina und dem jahrelangen Einsatz Fidschis für Entkolonialisierung her. Sie verweisen außerdem darauf, dass Fidschi seit vielen Jahrzehnten UN-Blauhelme in Krisenregionen entsendet und diese lange auch in Israel etwa zur Sicherung der Grenze zu Syrien auf den besetzten Golan-Höhen eingesetzt waren. Aus ihrer Sicht widerspricht die Unterstützung Israels dem damit lange verbundenen Grundsatz von Neutralität und die Bemühung um Vermittlung. Zu diesen Stimmen zählt auch der frühere Premierminister Voreqe Bainimarama, welcher der Regierung vorwirft, mit ihrer Position das Vermächtnis der fidschianischen Peacekeeper*innen und den Ruf Fidschis als neutrale Friedensmacht zu zerstören. (Radio New Zealand

21.02.24, 22.02.24, UN News 27.10.23, 12.12.23, Times of Israel 27.02.24, PMN 31.10.24, Wikipedia, Recherchen in den sozialen Medien)

Menschenrechtskritik gegen fidschianischen General in Australien

Die australische Tageszeitung „The Australian“ erhebt schwere Anschuldigungen gegen den fidschianischen Oberst Penioni (Ben) Naliva, der im Rahmen einer Kooperation zwischen dem australischen und dem fidschianischen Militär zum Befehlshaber der 7. Brigade der australischen Streitkräfte und somit zum Vorgesetzten von 3.500 australischen Soldatinnen und Soldaten ernannt worden ist. Nach Recherchen der Zeitung, die diese prominent auf ihrer Titelseite veröffentlichte, soll Naliva an mehreren schweren Menschenrechtsverbrechen beteiligt gewesen sein. So soll er, als enger Vertrauter des damaligen selbst ernannten Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama, im Jahr 2006 zwei fidschianische Politiker zusammengeschlagen haben. Außerdem fällt sein Name in einem Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen (UN) zu Menschenrechten an den UN-Menschenrechtsrat im Zusammenhang mit einem gewalttätigen Übergriff auf einen fidschianischen Geschäftsmann, der anschließend nicht mehr in der Lage gewesen sein soll, zu laufen. Die Zeitung verweist darüber hinaus auf einen fidschianischen Jugendaktivisten, der berichtet, Naliva sei zugegen gewesen, als er im Jahr 2006 verhaftet und gefoltert worden sei.

Die fidschianischen Streitkräfte wiesen die Anschuldigungen gegen Naliva zurück. Ein Sprecher des fidschianischen Militärs teilte mit, man stehe zu Naliva und seiner Ernennung innerhalb des australischen Militärs. Er verwies darauf, dass es keine Anklage oder Verurteilung gegen Naliva gegeben habe, und sagte, die Anschuldigungen stammten größtenteils von verärgerten Individuen und seien über die sozialen Medien verbreitet worden. Die australischen Streitkräfte und die australische Regierung teilten hingegen mit, sie nehmen die

Vorwürfe sehr ernst und würden, in Zusammenarbeit mit Fidschi, eine Untersuchung der Vorwürfe vorbereiten. Nachdem die Beziehungen zwischen Australien und Fidschi nach der militärischen Machtübernahme des früheren Premierministers Voreqe Bainimarama im Jahr 2006 jahrelang unterkühlt waren, haben sich die beiden Staaten in den letzten Jahren wieder stark angenähert und unter dem fidschianischen Begriff „Vuvale“ („Familie“) die Zusammenarbeit deutlich intensiviert, unter anderem auch die des Militärs. Diese bereits unter Bainimarama begonnene Politik wurde von der im Dezember 2022 angetretenen Regierung unter Sitiveni Rabuka – der in der Vergangenheit ebenfalls eher ein schwieriges Verhältnis zu Australien hatte – fortgesetzt und vertieft.

Eine Strafverfolgung in Fidschi wegen der Vorwürfe gegen ihn muss Naliva wohl nicht fürchten, denn die im Jahr 2013 erlassene fidschianische Verfassung gesteht Angehörigen des Militärs Immunität für Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Militärputsch von 2006 zu. (Radio New Zealand 05.02.24, 13.02.24)

Präsident begnadigt Putschisten aus dem Jahr 2000 – Putschanführer George Speight weiter in Haft

Fidschis Präsident Ratu Wiliame Katonivere hat Ende Dezember 2023 drei prominente Gefangene begnadigt, die für die Teilnahme am Putsch gegen die gewählte Regierung im Jahr 2000 und weitere Aktionen in Folge des Putschs verurteilt worden sind. Bei diesem „zivilen Coup“ drangen bewaffnete Kämpfer unter dem Putschanführer George Speight ins Parlament von Fidschi ein und hielten dort unter anderem den damaligen Premierminister Mahendhra Chaudhry und zahlreiche weitere Minister und Abgeordnete wochenlang als Geiseln. Beendet wurde die Geiselnahme schließlich nach langem Zögern durch das Eingreifen des Militärs unter dem damaligen Militärchef und späteren Premierminister Voreqe Bainimarama, der anstatt von Chaudhry jedoch mit Laisenia Qarase einen anderen Übergangs-

premierminister einsetzte. Zu den nun Begnadigten zählen Ratu Inoke Takiveikata, Timoci Silatolu und Josefa Nata, die entweder für ihre Beteiligung am Putsch selbst oder für ihre Rolle bei einer gescheiterten Meuterei innerhalb des Militärs verurteilt worden sind. Zuvor hatte eine zuständige Kommission ihre Begnadigung empfohlen. Insgesamt sind bei der Kommission 14 Gnadengesuche von Putschteilnehmern aus dem Jahr 2000 eingegangen, von denen dem Präsidenten 12 für die Begnadigung empfohlen worden sind.

Bereits seit Antritt der Regierung unter Sitiveni Rabuka im Dezember 2022 wird über die Begnadigung von hochrangigen Beteiligten des Putschs aus dem Jahr 2000 spekuliert – nicht zuletzt, weil Rabuka in seiner ersten Amtszeit als Premierminister von 1992 bis 1999 eine ähnlich ethno-nationalistische Politik verfolgte wie die späteren Putschisten und seit Jahren der zentrale politische Widersacher von Bainimarama ist, der den Putsch damals durch das Eingreifen des Militärs beendete und gegen den sich die Meuterei richtete.

In Rabukas Wählerschaft befürworten viele eine umfangreiche Amnestie für die damaligen Täter. Trotz seit Monaten anhaltender Spekulationen bleibt der Anführer des Putschs, George Speight, jedoch vorerst hinter Gittern. Dabei wird als Begründung unter anderem darauf verwiesen, dass eine Begnadigung rechtlich nicht möglich sei, da Speight bereits eine Begnadigung erhalten habe, als seine ursprüngliche Verurteilung zum Tode kurz nach dem Urteil im Jahr 2002 in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt worden sei. (*Radio New Zealand 22.12.23, Wikipedia*)

Katonivere vor zweiter Amtszeit als Präsident

Fidschis Präsident Ratu Wiliame Katonivere kann sich schon ein Jahr vor dem Ende seiner ersten Amtszeit auf eine mögliche zweite Amtszeit einstellen, auch wenn Berichten zur Folge eine der Koalitionsvereinbarungen zwischen der größten Regierungspartei „*Peoples Alliance Party*“ unter Premierminis-

ter Sitiveni Rabuka und ihrem Koalitionspartner *SODELPA* eigentlich die Wahl einer *SODELPA*-Kandidatin in das Amt vorgesehen haben soll.

Die eigentlich für diesen Posten vorgesehene frühere *SODELPA*-Spitzenpolitikerin Ro Teimumu Kepa teilte im Februar mit, sie stehe für das Amt nicht zur Verfügung. Sie wäre die erste Frau im Präsidentenamt in Fidschi gewesen. Eine Woche zuvor hatte *SODELPA*-Generalsekretär Viliame Takayawa der fidschianischen Tageszeitung „*Fiji Sun*“ noch gesagt, es sei an der Zeit, die in den Koalitionsgesprächen getroffene Vereinbarung zur Wahl von Kepa zur Präsidentin nun umzusetzen. Von diesen Äußerungen zeigte sich Kepa selbst nun überrascht und teilte mit, sie seien ohne ihr Wissen und ihre Zustimmung erfolgt. Vielmehr unterstütze sie eine weitere Amtszeit des derzeitigen Amtsinhabers. Auch Premierminister Rabuka hat bereits mehrfach angedeutet, dass der noch unter seinem Vorgänger Voreqe Bainimarama ernannte Präsident Katonivere seinen Job aus seiner Sicht gut mache und eine weitere Amtszeit verdient habe.

Die Partei *SODELPA* gilt seit Jahren als stark zerstritten – einst stand der damals noch größten Oppositionspartei auch der heutige Premierminister Rabuka vor, der dann jedoch eine eigene Partei gründete. Auch danach sind die internen Streitigkeiten bei *SODELPA* jedoch nicht zum Ende gekommen. Auch die Entscheidung zum Eintritt in eine Koalition mit Rabuka fiel nur mit äußerst knapper Mehrheit. In ihrer Mitteilung, dass sie für das Präsidentenamt nicht zur Verfügung stehe, distanziert sich mit Kepa nun eine weitere Politikerin überraschend deutlich von ihrer bisherigen Partei. (*Radio New Zealand 26.02.24*)

Ehemalige stellvertretende Leiterin der Staatsanwaltschaft klagt gegen Entlassung aus rassistischen Motiven

Die im Januar 2024 entlassene stellvertretende Leiterin der fidschianischen Staatsanwaltschaft, Elizabeth Rice, kritisiert Rassismus bei

Personalentscheidungen der Regierung und klagt gegen ihre Entlassung. Sie wirft dem amtierenden Leiter der Staatsanwaltschaft, John Rabuku, vor, ihr offen mitgeteilt zu haben, dass ihre Arbeit zwar gut sei, sie aber dennoch entlassen werde, weil er ihren Posten mit einem indigenen *i-taukei* besetzen wolle. Rice, die die australische Staatsbürgerschaft besitzt, betrachtet dies als Diskriminierung der europäisch-stämmigen Bevölkerung Fidschis und verweist auf die fidschianische Verfassung, die Diskriminierung insbesondere aufgrund der Herkunft und Abstammung untersagt.

Der Fall ist insofern von besonderer Bedeutung, weil seit Amtsantritt der Regierung unter Sitiveni Rabuka viele Staatsbedienstete entlassen worden sind – oft jedoch nicht mit so eindeutigen Begründungen wie Rice sie ihrem ehemaligen Chef nun unterstellt. Dennoch vermuten viele Betroffene sowie Expert*innen, dass auch bei anderen Entlassungen häufig die politische Gesinnung und teils auch die ethnische Abstammung eine Rolle gespielt haben. Auch wenn Regierungschef Sitiveni Rabuka dies, unter anderem auf Rücksicht auf einen seiner Koalitionspartner, nicht so offen äußert wie früher, unterstellen ihm und seiner Partei weiterhin viele Fidschianer*innen, eine Politik vor allem für die indigene *i-taukei*-Bevölkerungsmehrheit zu verfolgen und andere Gruppen in Fidschi zu benachteiligen, vor allem die große indisch-stämmige Gemeinschaft, der deutlich mehr Menschen in Fidschi angehören als der relativ kleinen Gruppe europäisch-stämmiger Menschen, zu denen Rice gehört. (*Radio New Zealand 05.02.24*)

VANUATU

Erster Sondergesandter für Ozeane, Seegrenzen und Klimadiplomatie ernannt

Der Parlamentsabgeordnete des Wahlkreises Tanna und ehemalige Außenminister Jotham Napat (*Vanuatu Leaders Party*) ist der erste Sonderbeauftragte Vanuatus für Ozeane und Seegrenzen sowie Klimadiplomatie.

Die Ernennung des 52-Jährigen wurde Mitte Januar vom stellvertretenden Premierminister und zuständigen Minister für das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, internationale Zusammenarbeit und Außenhandel (MOFAICET), Matai Seremaiah, bekannt gegeben.

Jotham Napat hat in verschiedenen Regierungs- und klimabezogenen Positionen eine wichtige Rolle gespielt, so war er u.a. der Vorsitzende des Nationalen Katastrophenausschusses während des Zyklons Pam und des El Nino-Phänomens im Jahr 2015. Er war auch Direktor der Abteilung für Meteorologie und Geo-Gefahren im Umweltministerium. (*Vanuatu Daily Post* 19.01.24, <https://parliament.gov.vu/index.php/members/201-honjothamnapat>)

Inklusion im Bildungssystem

Der Entwurf für Vanuatus Regierungspolitik zur Inklusion behinderter Menschen im Bildungswesen ist fertiggestellt.

Das Ministerium für Bildung und Ausbildung (MoET) hatte dazu vom 29. Januar bis zum 2. Februar 2024 einen Workshop zur Überprüfung und Aktualisierung seiner Politik zur inklusiven Bildung von Menschen mit Behinderungen angeboten und dazu Interessensvertreter*innen verschiedener Organisationen eingeladen.

Zu den Eingeladenen gehörten das Team für inklusive Bildung des Ministeriums für Bildung, der Behindertenbeauftragte des Ministeriums für Justiz und Gemeinschaftsdienste, die Bildungsbeauftragten der verschiedenen Provinzen, die Koordinatoren für inklusive Bildung in den Provinzen, Vertreter der Vanuatu *Society for People with Disability*, der *School of Education* sowie Entwicklungspartner wie UNICEF, das Vanuatu Education Support Program, die Vanuatu Skills Partnership, die Global Partnership for Education, das neuseeländische Hochkommissariat in Vanuatu und der Disability Focal Point des australischen Hochkommissariats in Vanuatu.

Sie alle erarbeiteten neue Richtlinien, die darauf abzielen, allen Kindern mit einer Behinderung in ganz

Vanuatu den gleichen Zugang zur Bildung zu ermöglichen.

„Dieser Workshop spiegelt unser Engagement für die Ausarbeitung einer umfassenden behindertengerechten Bildungspolitik wider, die nicht nur unseren Pädagogen als Richtschnur dient, sondern auch sicherstellt, dass jedes Kind in Vanuatu gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung hat“, erklärte Nanise Lapi, Direktorin für Bildungsdienste im Ministerium für Bildung und Forschung.

Die aktualisierte Strategie für eine behindertengerechte Bildung soll Schulleitenden, Lehrenden, Fach- und Berufsausbildern, Schulgemeinschaften und Kindern mit Behinderungen als Leitfaden dienen und sie dabei unterstützen, ein Umfeld zu schaffen, das allen Kindern in Vanuatu den Zugang zu Bildung ermöglicht. (*Vanuatu Daily Post* 14.02.24)

Mehr Geld für Verbesserung der Infrastruktur

Die Regierung von Vanuatu hat für das Jahr 2024 ein Infrastrukturbudget in Höhe von 14.875,8 Mio. VT bereitgestellt, das der Verbesserung und Erhaltung einer widerstandsfähigen Infrastruktur dienen soll. Das erklärte Minister John Salong, Leiter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaftsmanagement, Mitte Februar. Er erläuterte, dass es mit diesem großen Haushaltsbudget gelingen könne, den Warenverkehr und den Handel zwischen den Inseln zu erleichtern, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Produktion und Tourismus. Die Produktion, die Fertigung und der Transport von Waren und Dienstleistungen sei nur mit einer soliden Infrastruktur wie Straßen, Anlegestellen und Flughäfen möglich, erläuterte der Minister vor dem Parlament.

Der Haushalt 2024 enthält Zuweisungen für verschiedene Großprojekte wie die Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Pekoa (3 Mrd. VT), 2,1 Mrd. VT für die Neuversiegelung des Hauptstraßennetzes, 2 Mrd. VT für die Straßenversiegelung in der

Stadt Luganville und 1,1 Mrd. VT für Straßen. 2 Milliarden VT sollen für ein neues Flugzeug hinterlegt werden.

Weitere 1 Mrd. VT sind für die Förderung der Wertschöpfung und des verarbeitenden Gewerbes bereitgestellt, 1 Mrd. VT für das Projekt zur Sanierung der Wasserversorgung in Luganville, 1 Mrd. VT für die Modernisierung des Flughafens Norsup und 802,5 Mio. VT für das Projekt Vanuatu Inter-Island Shipping. Außerdem sind 300,0 Mio. VT für die Einführung eines Bargeldüberwachungssystems vorgesehen. (*Vanuatu Daily Post* 14.02.24)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Ex-Hochkommissar wird Stabschef des französischen Präsidenten

Ein ehemaliger Hochkommissar von Neukaledonien, Patrice Faure (Jahrgang 1967), wurde am 1. Januar 2024 zum Stabschef des französischen Präsidenten Emmanuel Macron ernannt. Der 56-jährige Präfekt war zwischen 2021 und 2023 Frankreichs Vertreter (Hochkommissar) in Neukaledonien. Seine Amtszeit war geprägt von der Corona-Pandemie sowie von den letzten beiden der drei Referenden über die mögliche Unabhängigkeit des französischen Überseegebiets. Anfang 2023 wurde er in Nouméa durch Louis Le Franc abgelöst.

Die französische Tageszeitung „Le Monde“ vermutet, dass die Ernennung von Faure es dem französischen Präsidenten Macron ermöglichen würde, in den kommenden Monaten einen engen Berater für die Entwicklungen in Neukaledonien zu haben.

Obwohl der französische Minister für Inneres und Übersee, Gérald Darmanin, im Laufe des Jahres 2023 ein halbes Dutzend Mal nach Neukaledonien gereist war, haben die französischen Bemühungen zur Förderung überparteilicher Gespräche noch nicht gefruchtet. Eine der politischen Parteien, die den Dachverband der Unabhängigkeitsbefürworter (*FLNKS*) bilden, die *Union Calédonienne*, weigert sich noch

immer, an diesen Gesprächen teilzunehmen.

Die französische Premierministerin Elisabeth Borne hat den politischen Parteien Neukaledoniens eine Frist bis zum 1. Juli 2024 gesetzt, um gemeinsame Vorschläge zu dem heiklen Thema der politischen Zukunft von Kanaky zu erarbeiten.

(Radio NZ Intern. 07.01.24,
https://fr.wikipedia.org/wiki/Patrice_Faure)

Gericht verbietet Keulen von Haien

Ein Gericht in Neukaledoniens Hauptstadt Nouméa hat die Behörden angewiesen, das Abschlagen von Haien unverzüglich einzustellen. Diese Praxis wurde nach einer Reihe von Angriffen im vergangenen Jahr eingeführt, von denen einer einen australischen Touristen tötete.

Das Verwaltungsgericht erklärte in einem am 28. Dezember 2023 veröffentlichten Urteil, dass das systematische Abschlagen von Haien „im Hinblick auf das Ziel des Schutzes menschlichen Lebens unverhältnismäßig“ sei.

Lokalen Medienberichten zufolge äußerte sich das Gericht besorgt über das Fehlen einer wissenschaftlichen Bewertung der Auswirkungen der Tötungsprogramme sowie über das Fehlen von Daten über die Populationen der betroffenen Hai-Arten in den Gewässern des französischen Überseegebietes. Am 17. Januar 2024 ordnete das Verwaltungsberufungsgericht in Paris deshalb die Wiederaufnahme von Tigerhaien und Bulldoggenhaien in die Liste der geschützten Arten der Südprovinz von Neukaledonien an.

Die Entscheidung gegen das Keulen von Haien im Rahmen systematisierter Fangkampagnen erging aufgrund einer Klage der lokalen Umweltschutzorganisation „*Ensemble pour la Planète*“ (EPLP), die von den örtlichen Behörden eine Entschädigung in Höhe von 360.000 kaledonischen Francs (3.301 US-Dollar) erhalten soll.

Martine Cornaille, Präsidentin des EPLP, sagte, die Entscheidungen „*prangern ... die Leichtfertigkeit der Behörden an, wenn es um die Umweltfolgen ihrer Politik geht*“.

Örtliche Umweltgruppen schätzen, dass im Jahr 2023 83 Tigerhaie und 44 Bullenhaie getötet wurden. Die EPLP erklärte, dass viele gefährdete Haie durch Beifang getötet wurden, d. h. durch unbeabsichtigte Fänge geschützter Arten im Rahmen von Fischfangaktionen.

Eine Analyse der von den städtischen Behörden vorgelegten Zahlen und lokaler Medienberichte zeigt, dass von 329 gefangenen Haien 202 Beifänge waren. Die meisten von ihnen gehörten zu den gefährdeten Hai-Arten wie dem Zitronenhai und dem Hammerhai.

Hintergrund: Im Jahr 2023 verbot die Regierung von Neukaledonien nach den Haiangriffen monatelang das Schwimmen an den meisten Stränden von Nouméa. Außerdem installierte sie an einem der meistbesuchten Strände der Stadt, der Baie des Citrons, ein Metallnetz, das als Unterwasserzaun fungieren und verhindern sollte, dass die Haie zu nahe an das Ufer schwimmen. Das Netz wurde von einigen Wissenschaftlern, Umweltgruppen und Anwohnenden als Bedrohung für die Artenvielfalt kritisiert. Die Stadtverwaltung bezeichnete das erste Hai-Netz jedoch als Erfolg und kündigte an, in diesem Jahr zwei weitere Netze zu installieren. (*Forbes Magazin* 20.08.23, *The Guardian* 09.01.24, *Le Monde* 18.01.24, <https://www.nouvellecaledonie.travel/questions-reponses/risque-requins/>)

MIKRONESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Politics and Society, Uni Würzburg.]

Ziel: Verdreifachung der Nahrungsmittelproduktion bis 2030

Palau: Das dem Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Umwelt (MAFE) unterstellte Landwirtschaftsamt (*Bureau of Agriculture,*

BOA) hat sich zum Ziel gesetzt, die lokale Lebensmittelproduktion bis 2030 zu verdreifachen. Das erklärte kürzlich Minister Steven Victor bei einem Presserundgang durch das BOA.

Das Landwirtschaftsamt habe die Strategien zur Nahrungsmittelproduktion in der Vergangenheit evaluiert und aus Fehlern gelernt, sagte der Minister. Die neuen Programme zielten eher auf Nachhaltigkeit ab. Werkzeuge und Ausrüstung, technisches Fachwissen, Zentren für die Setzlingsproduktion, Anlagen für die Verarbeitung von Lebens- und Futtermitteln sowie Schlachthöfe wurden strategisch in ganz Palau platziert, um die Pflanzen- und Tierproduktion inselweit zu unterstützen.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die Stärkung der Landwirte. Im Rahmen von Projekten wie dem Tarosetzlingsprojekt, das von der Asiatischen Entwicklungsbank finanziert wird, stellt die BOA einigen Frauengruppen eine Anschubfinanzierung und Setzlinge zur Verfügung. Außerdem erhalten die Landwirte Zugang zu erschwinglichen Leihgeräten wie Bodenfräsen, Holzhäckseln und sogar Traktoren. Um die Effizienz weiter zu steigern, arbeitet die BOA mit der *Palau Livestock Association* zusammen, um die Herausforderungen für die Viehzüchter zu bewältigen.

Das Landwirtschaftsamt entwickelt Verarbeitungs- und Vermarktungsinitiativen, um sicherzustellen, dass die Bauern einen zuverlässigen Markt für ihre Produkte haben. Das BOA-Zentrum im Ort Ngchesar beherbergt bereits eine Verarbeitungsanlage für Taromehl und es gibt Pläne, ähnliche Betriebe in Zukunft zu privatisieren. Darüber hinaus arbeitet die BOA mit dem Softwareunternehmen Tupaia zusammen, um eine Online-Marktplatz-App speziell für lokale Erzeuger zu entwickeln. Diese App wird nicht nur Landwirte mit Käufern zusammenbringen, sondern auch Möglichkeiten für andere Akteure in der Lieferkette eröffnen.

Mit der umfassenden Infrastruktur und der Konzentration auf die Stärkung und Unterstützung der Landwirte ist die BOA auf dem besten Weg, ihr ehrgeiziges Ziel einer Ver-

dreifachung der lokalen Lebensmittelproduktion bis 2030 zu erreichen. Dies verspricht eine größere Ernährungssicherheit für Palau. (Artikel von Julia Ratzmann. *Palau Island Time* 12.01.24)

Schwierige Situation für Frauen

Palau: Das Leben vieler Frauen auf Palau ist geprägt von struktureller Benachteiligung sowie physischer und psychischer Gewalt. Frauen spielen zwar nach wie vor eine Rolle in der traditionellen Entscheidungsfindung, sind aber in der Politik unterrepräsentiert. Auch mangelt es an institutioneller Unterstützung in Fällen von häuslicher Gewalt. Trotz der vielen Herausforderungen haben sich Frauen in Palau dennoch erhebliche Fortschritte erkämpft und mehrere Initiativen gestartet, um sich für die Gleichstellung der Geschlechter stark zu machen.

Bei dem sogenannten „*Treffen von Frauen in Führungspositionen*“ diskutierten 33 weibliche Mitglieder des Senats, des Abgeordnetenhauses, der Staatsführung und der Landesgesetzgebung von Palau die Herausforderungen und Erfolge von Frauen in der Regierung und welche Veränderungen nötig sind, um die Rolle der Frauen in Institutionen zu stärken. Denn im Jahr 2022 waren lediglich 6% der Sitze in Exekutive und Legislative von Frauen besetzt.

Auch im Bereich Katastrophenmanagement soll durch verschiedene Projekte die geschlechtersensible Katastrophenkommunikation ausgebaut werden, da Frauen in Ausnahmesituationen teils anders betroffen sind als Männer.

Hintergrund: Das sogenannte *Pacific Women Lead-Programm*, das 2021 ins Leben gerufen wurde, setzt sich ebenso für die Gleichstellung der Geschlechter im Pazifik ein. Mithilfe finanzieller Unterstützung der australischen Regierung stellt das Programm Regierungsministerien und Partnern aus der Zivilgesellschaft technische, und finanzielle Mittel zur Verfügung und fördert so zahlreiche Initiativen, die sich für die Rolle der Frauen in der Gesellschaft einsetzen.

Die zahlreichen Programme und Bemühungen zeigen, dass trotz vieler Probleme das Bewusstsein für Frauenrechte und Chancengleichheit in Palau wächst und Frauen mehr und mehr Möglichkeiten haben, die Gesellschaft, in der sie leben, mitzugestalten.

(<https://borgenproject.org/women-in-palau/>)

Green Growth Initiative

Nördliche Marianen: Wie die meisten Pazifikstaaten, sind auch die Nördlichen Marianen massiv vom Klimawandel bedroht. Ende Januar hat Gouverneur Arnold Palacios nun die sogenannte „*Green Growth Initiative*“ ins Leben gerufen, die auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum abzielt und auch die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen umsetzen soll.

Gouverneur Palacios betonte, dass es die Aufgabe der Regierung der Nördlichen Marianen sei, dem unmittelbaren Lebensraum für viele kommende Generationen zu erhalten und dabei nicht nur auf Ideale zu pochen, sondern auch konkrete Maßnahmen umzusetzen. Wie genau diese Maßnahmen aussehen sollen, muss nun in den kommenden Monaten ausgearbeitet werden. (<https://pasquines.us/2024/02/12/northern-mariana-islands-pursue-green-growth-initiative/>)

Abschluss der Artikel-IV-Konsultation zwischen FSM und Währungsfond

Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM): Ende Februar hat der Vorstand des Internationalen Währungsfonds (IWF), das sogenannte Exekutivdirektorium, die jährlichen Artikel-IV-Konsultationen zur wirtschaftlichen Lage der FSM vollendet. Es folgt eine Zusammenfassung des Abschlussberichts.

Seit der Covid-19-Pandemie ist das Wirtschaftswachstum nach wie vor instabil und lag Schätzungen zufolge in den Jahren 2022 und 2023 bei 0%. Die Inflationsrate liegt aktuell bei 6,2% und ist damit so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Grund dafür sind vor allem hohe Preise für

importierte Nahrungsmittel und Energie. Die schwerwiegenden Auswirkungen des Klimawandels werden die Ernährungssicherheit auch in Zukunft höchstwahrscheinlich weiter gefährden. Trotz der schwachen inländischen Konjunktur verzeichneten die Haushalts- und Leistungsbilanzen dank ausländischer Zuschüsse und Steuereinnahmen von ausländischen Unternehmen große Überschüsse.

Mit der Unterzeichnung eines neuen *Compact of Free Association* (COFA)-Abkommens zwischen der FSM und der Regierung der Vereinigten Staaten, das in den kommenden 20 Jahren eine umfassende finanzielle Unterstützung vorsieht, hat sich die Unsicherheit hinsichtlich der mittelfristigen externen Finanzierung und der wirtschaftlichen Aussichten deutlich verringert. Die Gelder ermöglichen dringend nötige öffentliche Investitionen und Reformen. Allerdings muss das Abkommen noch vom US-Kongress ratifiziert werden.

(<https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2024/03/04/Federated-States-of-Micronesia-2023-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-545538>)

El Niño verursacht Dürre

FSM: Im September 2023 wurde in den FSM offiziell der Beginn des El Niño ausgerufen, ein Wetterphänomen, das etwa alle vier Jahre im Pazifik auftritt. Die sich verändernden Meeresströmungen führen auf den Pazifikinseln zu langen Dürreperioden, die im Januar meist ihren Höhepunkt erreichen. Die negativen Auswirkungen des El Niño werden zusätzlich durch den Klimawandel verschärft, da höhere Temperaturen zu mehr Verdunstung führen und damit insgesamt die verfügbaren Trinkwasserressourcen weiter verknappen.

Das „*Climate and Ocean Bulletin*“ weist darauf hin, dass die Trockenperiode noch bis mindestens April anhalten wird. Bereits jetzt wird die Lage auf der Insel Pohnpei als ungewöhnlich trocken eingestuft und auch auf Kosrae lag die Niederschlagsmenge zwischen Oktober und Dezember 2023 weit unter dem Durchschnitt. Durch die abgelegene Lage und die damit verbundenen

hohen Transportkosten ist Mikronesien anfälliger für Wasserknappheit als andere Regionen, die auch vom El Niño betroffen sind. Proaktive Maßnahmen und Resilienzstrategien sind daher dringend nötig, um die potenziellen Auswirkungen aktueller und zukünftiger El-Niño-Ereignisse in der Region abzumildern.

(<https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/federated-states-micronesia-drought-imminent-2023-dref-operational-update-mdrfm002>)

Kampf gegen Drogenkriminalität

Guam: Gouverneurin Lou Leon Guerrero kündigte in ihrer Neujahrsansprache eine intensivere Bekämpfung des illegalen Drogenhandels auf Guam an. Die Zollbehörden haben bereits ein automatisiertes Zollsystem eingeführt, mit dem die Einfuhr von Waren besser kontrolliert werden soll. Es kam schon zu ersten Verhaftungen, bei denen auch Methamphetamine beschlagnahmt wurden, die Behörden stehen jedoch auch weiterhin vor großen Herausforderungen.

Gouverneurin Leon Guerrero plant außerdem Suchtberatungsstellen auszubauen, da die aktuell verfügbaren Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen. Diese Maßnahme ist nicht nur essenziell für eine erfolgreiche Rehabilitation von Menschen mit Suchterkrankung, sondern auch wichtig in der Präventionsarbeit.

Die Pläne der Gouverneurin könnten durchaus große Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit auf Guam haben und auf der einen Seite gegen Drogenkriminalität hart vorgehen, auf der anderen Seite Menschen aber auch dabei unterstützen, einen Weg aus der Drogensucht zu finden. Zunächst bleibt jedoch abzuwarten, ob die Maßnahmen auch ihre erhoffte Wirkung erzielen können.

(<https://bnnbreaking.com/politics/gov-lou-leon-guerrero-champions-tech-in-fight-against-guam-drug-trafficking-in-2024-address>)

50 Jahre Bildungsprojekt CHamoru-Studien

Guam: Mitglieder der Legislative von Guam feierten im März „Mes CHamoru“ und würdigten den 50. Jahrestag eines Bildungsprogramms, das an verschiedenen Schulen auf Guam das Fach „CHamoru-Studien“ anbietet.

1974 legte der damalige Gouverneur Carlos Camacho zum ersten Mal einen Gesetzentwurf für das Bildungsprojekt vor. Zwei Grundschulen sollten an einem fünfjährigen Pilotprojekt teilnehmen und Unterricht in Sprache und Kultur der CHamoru anbieten. Bereits drei Jahre darauf wurde das Programm auf 16 Schulen ausgeweitet und schließlich als Pflichtfach an Grundschulen eingeführt. Seit 1980 wird CHamoru-Studien als Wahlfach auch an öffentlichen Mittel- und Oberschulen angeboten.

Mittlerweile ist das CHamoru-Studien Programm wesentlich umfangreicher als vor 50 Jahren und eine eigens eingerichtete Abteilung im Bildungsressort arbeitet eng mit Schulen, Agenturen und Organisationen zusammen, um sicherzustellen, dass alle Schulabsolvent*innen zumindest grundlegende Kenntnisse über die CHamoru Sprache und Kultur besitzen. Laut Jimmy Santos Teria, dem Vorsitzenden des CHamoru-Programms im Bildungsressort, sei diese Errungenschaft vor allem den über 100 Lehrkräften zu verdanken, die sich in den letzten Jahrzehnten unermüdlich für die Umsetzung und Verbesserung des Programms eingesetzt haben. Dank ihnen wird auch in Zukunft die Sprache und Kultur der CHamoru lebendig bleiben.

(https://www.guampdn.com/news/legislature-celebrates-golden-anniversary-of-chamoru-language-in-schools/article_cd3adbe8-d7a2-11ee-bcf9-0b6e004be8cd.html)

Kurswechsel von Taiwan zu China

Nauru: Ende Januar haben Nauru und die Volksrepublik China ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen, nachdem der pazifische Inselstaat 10 Tage zuvor seine Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hatte. Die Entscheidung sorgte nicht nur in Taiwan, sondern

auch in Australien und Washington für Verstimmung.

Der nauruische Außenminister Lionel Ainigmea hat während einer Zeremonie in Peking ein Dokument zur Wiederherstellung der bilateralen Beziehungen unterschrieben, woraufhin die Beziehungen auf Botschafferebene mit sofortiger Wirkung wieder aufgenommen wurden. Dem Dokument zufolge erkennt Nauru außerdem an, dass es nur EIN China gibt, nämlich die Volksrepublik China, und dass Taiwan ein unveräußerlicher Teil Chinas ist.

Taiwan weist den alleinigen Souveränitätsanspruch Chinas zurück und wirft dem Land vor, unmittelbar nach der jüngsten Präsidentschaftswahl die taiwanesischen Regierung mit Naurus diplomatischem Seitenwechsel unter Druck setzen zu wollen. Der chinesische Außenminister Wang Yi wendet jedoch ein, dass der Abbruch der Beziehungen zu Taiwan eine unabhängige politische Entscheidung der nauruischen Regierung gewesen sei.

Aingimea blickt optimistisch auf die Beziehungen zwischen Nauru und China und betont den guten Willen zur Zusammenarbeit auf beiden Seiten.

Taiwans Außenministerium hingegen erklärte in einer öffentlichen Mitteilung, dass die taiwanesischen Regierung über den Abbruch der Beziehungen sehr betroffen sei und das Manöver Teil einer chinesischen Manipulationsstrategie wäre, um sich Folgsamkeit zu erkaufen. Auch die USA äußerten sich besorgt und warnten davor, dass Pekings Versprechen oft unerfüllt blieben.

Zu Taiwans zwölf verbleibenden diplomatischen Verbündeten zählen der Vatikan, Guatemala und Paraguay sowie Palau, Tuvalu und die Marshall-Inseln im Pazifik.

(<https://www.reuters.com/world/asia-pacific/china-nauru-re-establish-diplomatic-ties-state-media-2024-01-24/>)

Hitzige Debatten um den Tiefseebergbau im Pazifik

Nauru: „Nauru ist die reichste kleine Insel der Welt“, verkündete die „New York Times“ bereits 1982, als der Inselstaat durch den Abbau von Phosphat großen Reichtum erlangte. Aber als der Bergbauboom zu Ende ging, gingen auch die Staatseinnahmen deutlich zurück, was die Regierung von Nauru dazu veranlasste, sich nach neuen Geldquellen umzusehen. Es folgten dubiose Unterfangen, wie Geldwäsche-geschäfte mit der russischen Maffia, der Flüchtlingsdeal mit Australien, und jüngst die Beendigung der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan zugunsten wirtschaftlicher Unterstützung aus China. Nun möchte die nauruische Regierung mit dem Tiefseebergbau einen weiteren Versuch starten, sich Einnahmen zu sichern und wieder ist das Vorhaben mehr als umstritten.

Das kanadische Bergbauunternehmen TMC soll dabei tausende Meter unter der Meeresoberfläche sogenannte polymetallische Knollen und mineralstoffreiche Gesteine, mithilfe derer die globale Energiewende vorangetrieben werden soll, abbauen. Die Nachfrage nach diesen Mineralien wird voraussichtlich in den kommenden Jahrzehnten explodieren und in dieses Geschäft möchte der Inselstaat so schnell wie möglich einsteigen.

Während es den Ländern grundsätzlich freisteht, ihre eigenen Gewässer wirtschaftlich zu erschließen, sind ihre Aktivitäten auf hoher See, also den Gewässern außerhalb ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone, eingeschränkt. Die nauruische Regierung hat jedoch ein rechtliches Schlupfloch gefunden und TMC plant nun bereits, im Juli 2024 eine Bergbaulizenz zu beantragen.

Die nauruische Regierung befindet sich laut Wirtschaftsexperten in einer schwierigen finanziellen Lage und versucht daher, andere Wirtschaftssektoren für sich zu gewinnen. Doch da der Tiefseebergbau einen massiven Eingriff in einen bisher weitestgehend unberührten Teil der Natur bedeutet, äußerten sich Hunderte von Wissenschaftler*innen besorgt über die Pläne. Aufgrund der potentiellen Umwelt-

schäden haben mehr als 20 Länder sowie mehrere große Autohersteller, die auf besagte Mineralien für die Herstellung von Elektrofahrzeugen angewiesen sind, eine umfassende Untersuchung gefordert.

Da es allerdings um Gewinne in Höhe von rund 31 Milliarden US-Dollar geht, blieb TMC bisher uneindrückt. Das Unternehmen hat bereits ca. 100 Millionen US-Dollar in Umweltverträglichkeitsprüfungen investiert und argumentiert, dass der Tiefseebergbau sowohl für die Energiewende unerlässlich sei, als auch weniger schädlich verglichen mit dem konventionellen Bergbau zu Lande.

Für ein kleines Land wie Nauru sind derartige Einkünfte in jedem Fall ausschlaggebend und würden jegliche Haushaltslöcher tilgen. Neben jährlichen Verwaltungsgebühren würde der nauruische Staat auch feste Zahlungen für jede abgebaute Tonne Knollen erhalten, die in einen Fonds fließen und auf transparente Weise den Bürger*innen zugutekommen sollen.

Neben Wissenschaftlern und Umweltaktivist*innen sind vor allem Naurus Nachbarstaaten alles andere als begeistert von dem Vorhaben. Für viele Pazifikstaaten bedeutet der Klimawandel eine existenzielle Bedrohung. Insbesondere Palau, Fidschi, Vanuatu, die Salomonen, Papua-Neuguinea, Samoa und die Föderierten Staaten von Mikronesien drängen daher auf umfassendere Untersuchungen, um sich zumindest über die potentiellen Risiken von Tiefseebergbau vollständig im Klaren zu sein.

(<https://foreignpolicy.com/2024/02/11/nauru-deep-sea-mining-economy-china-taiwan/>)

MARSHALL-INSELN

Neue alte Präsidentin

Dr. Hilda Heine war am 27. Dezember letzten Jahres für eine zweite Amtszeit als zehnte Präsidentin des Landes wiedergewählt worden. Heine war von der Nitijela (Parlament) mit einer absoluten Mindestmehrheit von 17 zu 16 Stimmen in der 33 Sitze umfassenden Kammer gewählt worden.

Jetzt wurde sie in Majuro in Anwesenheit von Würdenträgern aus Politik, Kultur, Gesellschaft und Kirche aus ganz Mikronesien in ihr Amt eingeführt. Bei den Feierlichkeiten wurden viele Glückwünsche aus pazifischen Inselstaaten verlesen, unter anderem von den Präsidenten Taiwans, Palaus und der Föderierten Staaten von Mikronesien.

An der Amtseinführung nahm auch eine vierköpfige Delegation des US-Präsidenten teil, die von der Direktorin der Asiatischen Entwicklungsbank, Chantale Wong, angeführt wurde.

Info: Die marshallische Lehrerin und Politikerin Hilda Cathy Heine wurde 1951 in Jaluit geboren. Sie ist die Enkelin von Missionar Carl R. Heine, der vom „American Board of Commissioners for Foreign Missions“ 1912 auf die Marshall-Inseln entsandt und dort 1941 von den Japanern, die im Rahmen des japanischen Südseemandats die Inseln kontrollierten, hingerichtet wurde. Die promovierte Pädagogin war bereits von 2016 bis 2020 Präsidentin der Marshall-Inseln. (*Radio NZ Intern*. 24.01.24, <https://www.womenpoliticalleaders.org/member/hilda-cathy-heine/>)

Starker Thunfischfang im Jahr 2023

Im vergangenen Jahr haben insgesamt 294 Ringwadenfischer ihre Thunfischfänge entweder auf in der Lagune verankerte Transportschiffe umgeladen oder den Thunfisch am Hafen von Majuro entladen, um ihn in Gefriercontainern an Offshore-Konservenfabriken zu verschicken, berichtete Mitte Januar 2024 die Meeresabteilung der *Marshall Islands Marine Resources Authority* (MIMRA).

Von den insgesamt 294 Schiffen wurden fünf Prozent an den Docks entladen. Sechs Schiffe entluden ihre Fänge vollständig für die Lagerung in Tiefkühlcontainern oder für die Verarbeitungsanlage der Konservenfabrik *Pan Pacific Foods*. Weitere 10 teilten ihre Fänge nach Angaben der MIMRA zwischen Umladung und Entladung am Hafen auf.

Die 294 Schiffe haben im vergangenen Jahr insgesamt 229.239 Tonnen Thunfisch umgeschlagen.

Dies entspricht einem Durchschnitt von 780 Tonnen Thunfisch pro Schiff. Das ist weniger als der bisherige Rekorddurchschnitt von 851 Tonnen pro Umladung aus dem Jahr 2022, aber mehr als in sieben der letzten zehn Jahre.

Die MIMRA und die örtlichen Verarbeitungsbetriebe versuchen, die Menge des Thunfisches, der an Land entladen wird, zu erhöhen, um der örtlichen Bevölkerung mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

Info: Die Umschlaglogistik bezeichnet das Umladen von Frachtgut zwischen verschiedenen Transportarten und/oder verschiedenen Häfen und ist integraler Bestandteil der Transportroute vom Ursprungsort der Fracht zum Endziel. Umladungen werden normalerweise durchgeführt, wenn keine direkte Transportverbindung zwischen dem Lieferanten und dem Frachtempfänger besteht oder in einigen Fällen, um das Herkunftsland der Fracht zu verbergen.

(<https://marshallislandsjournal.com/tuna-operations-strong-in-2023/>, <https://qtradolistics.de/wiki/umschlaglogistik/>)

† Kalena Tonie Kattil-deBrum

Viele Bewohner*innen der Marshall-Inseln trauern um Kalena Tonie Kattil-deBrum (geb. 9. August 1992) aus der einflussreichen deBrum-Familie. Die Promotions-Studentin starb im Alter von 31 Jahren am 15. Februar 2024 in Seattle (USA). Nach einer Gedenkfeier in der dortigen Expatriate-Gemeinde von Marshalles*innen wurde der Sarg auf die Inseln überführt.

Kalena erwarb 2014 einen Bachelor-Abschluss in Umweltstudien an der *Chaminade University of Honolulu* und 2019 einen *Master of Science* in Umwelt und Gesellschaft an der *University of Waikato* - Hamilton Campus in Neuseeland. Sie war über Jahre hinweg leitende Wissenschaftlerin bei der „*Marshall Islands Marine Resource Authority*“ in Majuro, bevor sie für ihre Doktorarbeit an die *University of Washington* (USA) wechselte. Hier arbeitete sie im zweiten Jahr an ihrer Promotion über Riffische. Dazu untersuchte sie eine 70 Jahre alte Sammlung konservierter Fische an

der Universität in Washington. In ihrer Arbeit untersuchte Kalena u.a., wie sich die Radioaktivität aus den US-amerikanischen Atombombenversuchen auf den Marshall-Inseln im Gewebe der Fische niedergeschlagen hatte. Außerdem ging es in ihrer Studie um veränderte Fressgewohnheiten der Riffische.

Kalena war eine international anerkannte Wissenschaftlerin auf dem Gebiet des Meeresschutzes. Ihr Engagement für die Erhaltung der Gesundheit der Korallenriffe wurde laut Aussagen von Marshalles*innen nur noch übertroffen von ihrem Einsatz für die Ausbildung und Befähigung von Gemeindemitgliedern in Küstengemeinden, ihre Gewässer zu verwalten und so ein nachhaltiges Erbe für Generationen zu sichern.

Durch ihr berufliches Engagement bei der *Marshall Islands Marine Resource Authority* und ihre laufende Dissertation über Riffische in der Region wurde Kalena zu einer der führenden Expertinnen für die Situation der Korallenriffe der Marshall-Inseln.

(Nachruf auf <https://everloved.com/life-of/kalena-kattil-debrum/obituary/>, *Marshall Islands Journal* Titelgeschichte 23.02.24)

Gedenken an die Schlacht von Kwajalein

Botschaftsangehörige der Marshall-Inseln aus der Botschaft in Washington, D.C. (USA) haben gemeinsam mit Vertretenden aus Politik und Militär am *United States Navy Memorial* des 80. Jahrestages der Schlacht von Kwajalein gedacht. Zur Erinnerung an die Toten wurden Kränze niedergelegt. In seiner Rede erinnerte der Botschafter der Marshall-Inseln für die USA, Charles Paul, an die Bedeutung der Schlacht für den weiteren Verlauf des Pazifikkrieges.

Info: Die „Schlacht um Kwajalein“ war eine Schlacht während des Pazifikkrieges um das Kwajalein-Atoll unter dem Codenamen „*Operation Flintlock*“. Die Kämpfe dauerten vom 31. Januar bis zum 3. Februar 1944. Die amerikanischen Streitkräfte griffen das Atoll von Norden und Süden gleichzeitig an. Die japanischen Verteidiger leisteten verbissen Widerstand, obwohl sie

deutlich unterlegen waren. Von 8.000 Japanern überlebten nur 105 Soldaten die Kämpfe, da fast alle es vorzogen, Suizid zu begehen oder sich im Kampf zu opfern, statt sich als Kriegsgefangene den USA zu ergeben.

Für die USA bedeutete der Sieg eine weitere Etappe im „Island Hopping“ durch den Pazifik und einen moralischen Erfolg, da erstmals eine Insel innerhalb des japanischen Hoheitsgebiets erobert werden konnte. 372 der 42.000 amerikanischen Soldaten starben bei dem Angriff. Über die Opferzahlen unter den Bewohner*innen des Kwajalein-Atolls ist in frei verfügbaren Quellen nichts zu finden. (*Marshall Islands Journal* 09.02.24, *Wikipedia*)

Neuer Dresscode im Parlament gefordert

Der stellvertretende Parlamentssprecher Isaac Zackhras und das Parlamentsmitglied Wilbur Heine haben dem Parlament (*Nitijela*) das *Gesetz Nr. 4* zur Befürwortung vorgelegt. Darin wird den Parlamentsmitgliedern in Ausübung ihres Berufs beim Erscheinen in der *Nitijela* ein bestimmter Dresscode vorgeschlagen. Für Männer soll es demnach drei verschiedene Möglichkeiten angemessener Kleidung für Parlamentsauftritte geben: 1) Anzug und Krawatte („Western style“), 2) Safari-Hemd und lange Hose oder 3) Hawai'i-Hemd mit Blumenmuster und lange Hose.

Frauen sollten entweder Businesskleidung (Hosenanzug, Kostüm) tragen oder einen Rock/Kleid mit einem Rocksäum bis über das Knie. (*Marshall Islands Journal* 23.02.24)

KIRIBATI

Initiative für gemeinschaftsbasierten Tourismus gestartet

Das in Süd-Tarawa gelegene Dorf Nanikaai ist die Heimat der „Friends in Nanikaai“ (FIN), einem regionalen Verbund, der sich aus mehreren kleinen Dorf-Gemeinschaften zusammensetzt. FIN ist jetzt das erste

Dorf in Süd-Tarawa, das sich für ein gemeinschaftsbasiertes Fischereimanagement einsetzt, um durch die Bewirtschaftung seiner Meeresressourcen den Lebensunterhalt seiner Bewohner*innen zu verbessern.

Vom 29. bis 31. Januar 2024 hat FIN seinen gemeinschaftsbasierten Fischereimanagementplan (*Community-Based Fisheries Management Plan*, CBFMP) vorgestellt. Dieser Plan dient als Leitfaden für die wirksame Bewirtschaftung des Meeresschutzgebiets (*Marine Protected Area*, MPA) Nanikaai.

Die Auftaktveranstaltung umfasste u.a. eine Säuberungskampagne (Beach Clean-up) und eine Schulung zur Wiederverwendung von Plastik in der Gemeinde. Dieses Trainingsprogramm wurde von der Tourismusbehörde Kiribatis in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Umwelt und Naturschutz organisiert, um die Gemeinde für den Plastikmüll an den Stränden und in den Dörfern zu sensibilisieren. Außerdem wurde eine Rundfahrt durch das Meeresschutzgebiet angeboten, bei der sich die Teilnehmenden davon überzeugen konnten, wie wichtig eine gesunde Meeresflora und – fauna ist.

Die Tourismusbehörde von Kiribati wird bei seiner Kampagne u.a. von der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) und dem Australian National Centre for Ocean Resources and Security (ANCORS) unterstützt.

Der FIN-Verbund sei eine Art „kulturelles Schaufenster“, hieß es. Die Dorfbewohner*innen profitierten vom Zustrom der Tourist*innen, die begeistert seien von der gepflegten Umgebung und den Umweltschutzmaßnahmen der Gemeinden. Gemeindemitglieder könnten durch den Verkauf von Kunsthandwerk und Meeresprodukten ein kleines Einkommen generieren.

Die Aktionen der FIN-Mitglieder seien ein Paradebeispiel für nachhaltigen Tourismus, der für Kiribatis Tourismusbehörde sehr wichtig sei.

(Pressemitteilung Pacific Tourism Organisation 05.02.24)

Partnerschaft zur Verbesserung der Gesundheit

Die Regierung von Kiribati und das neuseeländische *Institute of Environmental Science and Research* (ESR) haben ihre Kräfte gebündelt, um die Gesundheit der kiribatischen Bevölkerung zu verbessern. Dazu unterzeichneten Vertreter*innen des kiribatischen *Ministeriums für Gesundheit und medizinische Dienste* und des ESR Mitte Februar in Wellington (Neuseeland) eine gemeinsame Absichtserklärung („Memorandum of Understanding“).

Die Partnerschaft soll darauf abzielen, geeignete Forschungsprojekte zu initiieren, die dazu beitragen, die Gesundheit der kiribatischen Bevölkerung in einigen Bereichen besser zu schützen. Zu diesen Bereichen gehören die Resistenz gegen Antibiotika, die Wasserqualität und die Bekämpfung der inakzeptabel hohen Morbidität und Mortalität aufgrund der Doppelbelastung durch übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten.

„Wir stellen uns eine Zukunft vor, in der unsere Gesundheits- und Polizeifachleute Zugang zu modernsten Schulungs- und Wissenstransferprogrammen haben, die vom ESR unterstützt werden“, erklärte der kiribatische Gesundheitsminister Dr. Tinte Itinteang. Er freue sich auf die weitere gute Zusammenarbeit mit dem ESR.

Hintergrund: Das neuseeländische Institut ESR erklärte, dass frühere Forschungsarbeiten, die vom Außen- und Handelsministerium finanziert wurden, sich mit der Wasserqualität, den sanitären Einrichtungen und der Hygiene auf den Atollen befassten und Fragen wie die Wirksamkeit des Korallensandes der Insel bei der Entfernung von Mikroorganismen aus Abwassersystemen mit Klärgruben untersuchten. (Radio NZ Intern. 12.02.24)

Chinesische Polizeikräfte auf Kiribati

Laut kiribatischen Behörden unterstützen seit kurzem auch chinesische Polizeikräfte auf Kiribati die örtlichen Sicherheitskräfte. Die chinesischen Beamten unterstützen demnach ihre kiribatischen Kollegen vor allem bei der Polizeiarbeit auf kommunaler Ebene und bei der Entwicklung eines Datenbankprogramms, um die Kriminalität besser zu erfassen.

Kiribatis amtierender Polizeikommissar Eeri Aritiera erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*, die chinesische Polizei auf der Insel arbeite zwar mit der örtlichen Polizei zusammen, es gäbe jedoch keine eigenständigen chinesischen Polizeistationen auf Kiribati. Die chinesischen Polizeikräfte würden außerdem nur dann tätig werden, wenn sie von kiribatischer Seite angefordert werden. Laut Aritiera habe Kiribati China bereits 2022 um polizeiliche Unterstützung gebeten. Bis zu einem Dutzend chinesischer Polizisten waren letztes Jahr im Wechsel von sechs Monaten vor Ort. Bisher gab es weder auf chinesischer noch auf kiribatischer Seite offizielle Stellungnahmen zu dem Kooperationsprojekt.

Auch auf den Salomonen sind chinesische Sicherheitskräfte seit 2022 im Einsatz. Das Abkommen zwischen Peking und Honiara wurde allerdings von Washington und Canberra heftig kritisiert, da es die regionale Stabilität und Sicherheit untergraben würde.

Pazifikexperte Graeme Smith weist außerdem darauf hin, dass die chinesische Regierung darauf abzielt, ihren Einfluss auf die chinesische Diaspora im Pazifik auszudehnen. Dafür seien chinesische Polizeikräfte im Ausland sehr nützliche Augen und Ohren. Sie würden daher auch die Innenpolitik Kiribatis und seine diplomatischen Partner im Auge behalten.

Auch Meg Keen, Direktorin des *Pacific Islands Program* des australischen *Lowy Instituts*, äußerte sich besorgt über Chinas sicherheitspolitische Ambitionen in der Region und verwies auf australische und

US-amerikanische Alternativen, um pazifische Inselstaaten mit Sicherheitsinfrastruktur zu unterstützen. So hat Australien der Küstenwache Kiribatis beispielsweise Patrouillenboote zur Verfügung gestellt sowie beim Bau neuer Kasernen und bei der Errichtung eines Funknetzes mitgeholfen. (Artikel von Clara Groth.

<https://www.reuters.com/world/china/chinese-police-work-kiribati-hawaii-pacific-neighbour-2024-02-23/>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Klimawandel bedroht Premierministerwahl

Tuvalu: Die Premierministerwahl in Tuvalu musste aufgrund gefährlicher Extremwetterereignisse verschoben werden. Vier der 16 Parlamentarier konnten aufgrund der schlechten Wetterbedingungen und der Vorhersage von vier Meter hohen Wellen nicht in Funafuti, der Hauptstadt Tuvalus, anlegen.

Der Klimaaktivist Maina Talia, der zum Abgeordneten des Atolls Vaitupu gewählt wurde, berichtete von Menschen, die durch das Wasser waten und von Meerwasser, das in ihre Häuser eindrang. Er fordert konsequente und ernstzunehmende Maßnahmen, um den durch den Klimawandel entstehenden Problemen entgegenzuwirken.

Der meteorologische Dienst von Tuvalu warnte die Bürger*innen Funafutis, sich in ihren Häusern aufzuhalten, da eine 3,2 Meter hohe Flut die Insel überflutete. Forschungsergebnisse legen nahe, dass bis 2050 die gesamte Insel überschwemmt sein wird. Aus diesem Grund bemüht sich die Regierung von Tuvalu um Küstenschutzmaßnahmen und hat mit Australien eine kontinuierliche Umsiedlung der Einheimischen aus dem kleinen Inselstaat vereinbart.

Philip Malsale, ein Klimatologe im Sekretariat des regionalen Umweltschutzprogramms für den Pazifik (SPREP), ist der Meinung, dass der

Klimawandel die Häufigkeit und Intensität der Überschwemmungen an den Küsten Tuvalus und die raue See verstärkt hat. Diese wiederkehrenden Extremwetterereignisse verdeutlichen, warum die Klimakrise eines der wichtigsten politischen Themen der pazifischen Inselnation ist.

Info: Am 26. Februar 2024, einen Monat nach Beginn der Wahlen, wurde Feleti Teo zum Premierminister ernannt. Er ist ein ehemaliger Generalstaatsanwalt von Tuvalu und half als erfahrener Diplomat bei der Ausarbeitung der *Falepili-Union* mit Australien. Dieser bilaterale Vertrag erlaubt unter anderem Staatsangehörigen von Tuvalu zum Leben, Arbeiten und Studieren über eine besondere Visaregelung nach Australien zu kommen. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. Aol. News 13.02.2024)

Klimawandel erfordert Maßnahmen

Tuvalu: Der Inselstaat Tuvalu sieht sich einer zunehmenden Zahl von Extremwetterereignissen gegenüber, die bei den Küstengemeinde verheerende Schäden verursachen. Normalerweise tritt die Springflut im Februar herum auf, jedoch war sie dieses Jahr ungewöhnlich früh. Die Auswirkungen der Klimakrise, wie der steigende Meeresspiegel und Sturmfluten, bereiten den Einwohner*innen Tuvalus zunehmend Sorgen.

Am 11. Februar 2024 wurde die Hauptstraße, die die beiden Enden der Insel miteinander verbindet, überschwemmt und damit unpassierbar. Diese Straße ist von entscheidender Bedeutung für das tägliche Leben der Menschen, da sie die Bevölkerung der beiden Inselteile verbindet und den Zugang zu wesentlichen Dienstleistungen ermöglicht.

Wenn die unterirdische Stromerzeugung ebenfalls beeinträchtigt wird, kommt es zu Stromausfällen oder sogar dazu, dass einige Tage lang überhaupt kein Strom zur Verfügung steht. Dies beeinträchtigt nicht nur das Alltagsleben, sondern stellt auch Gefahren für die Gesundheitsversorgung und die öffent-

liche Sicherheit da.

Forschende prognostizieren, dass Tuvalu in 50 bis 100 Jahren vollständig überflutet sein wird, was für einige Einwohnende zu optimistisch erscheint. Viele erwarten, dass die Inseln bereits in den nächsten fünf bis zehn Jahren unbewohnbar werden. Die Notlage des Inselstaats verdeutlicht die dringende Notwendigkeit entschiedenen Handelns auf der ganzen Welt. Die Bewohner*innen fordern auch von ihrer eigenen Regierung konkrete Maßnahmen.

Die neue Regierung steht vor Herausforderungen hinsichtlich der Priorisierung von Anpassungsmaßnahmen und von Problemen, wie regelmäßige Stromausfälle, dem Anstieg des Meeresspiegels, zunehmend schwerwiegendere Extremwetterereignisse und daraus folgende Schäden an der Infrastruktur.

Besonders für die jungen Inselbewohner*innen entstehen viele Fragen und Unsicherheiten bezüglich ihrer Zukunft. Eine mögliche Lösung zur Milderung dieser existenziellen Bedenken bietet die *Australia-Tuvalu Falepili-Union*, die es den Bewohnenden des kleinen Inselstaats unter speziellen Visa-Bedingungen ermöglicht, nach Australien zu migrieren und dort zu leben, zu studieren und zu arbeiten. Diese Vereinbarung bietet jungen Menschen die Möglichkeit, ihrer schwierigen Situation zu entkommen und im Ausland neue Perspektiven zu finden. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. Development Policy Centre 15.02.2024)

Schuldenkrise im Königreich

Tonga: Tongas Regierung steht vor erheblichen Herausforderungen im Umgang mit ihren Schulden bei China. Nach einem Jahrzehnt voller Verzögerungen, Widersprüche und gescheiterter Verhandlungen hat das Königreich damit begonnen, seine große Schuldenlast zurückzuzahlen. Die Fristen für die Rückzahlung von Darlehen aus China laufen ab, was dazu führen wird, dass Tongas Schuldenlast in den nächsten fünf Jahren weiter steigen wird und zu einer der höchsten der Welt werden könnte.

Obwohl Tongas Staatseinnahmen höher sind als die anderer, ähnlich verschuldeter, Länder sind die Rückzahlungsbeträge beachtlich. Im Jahr 2024 wird das Land voraussichtlich mehr Geld für den Schuldenabbau ausgeben als für das Gesundheitswesen.

Der Großteil der Staatsschulden muss bis 2028 zurückgezahlt werden, was die staatlichen Finanzen stark belasten und die Regierung zu Sparmaßnahmen zwingen wird.

Die erzwungene Sparsamkeit behindert die Erholung der Wirtschaft nach der Corona-Pandemie und dem Ausbruch des Vulkans Hunga Tonga-Hunga Ha'apai im Jahr 2022, sowie die Bereitstellung von Mitteln für Gesundheit, Bildung und Anpassung an den Klimawandel.

Diese Situation birgt nicht nur Risiken für China, sondern möglicherweise auch für Australien. Im Falle einer Katastrophe könnte eine Schuldenkrise in Tonga das Ansehen Chinas in der Region schädigen und zu wachsendem Misstrauen gegenüber den Geldgebern führen. Für Australien, das Mittel bereitgestellt hat, um den Rückzahlungsplan Tongas zu unterstützen, bestehen Risiken hinsichtlich zukünftiger Überlastungen.

Der größte Teil der Auslandsschulden stammt aus einem Kredit von 2008, den Chinas EXIM-Bank dem Inselstaat zur Verfügung gestellt hatte, um den Wiederaufbau von Nuku'alofas zentralem Geschäftsviertel nach den pro-demokratischen Aufständen von 2006 zu finanzieren. Dieser Kredit war von Anfang an umstritten, da er die Verschuldungsindikatoren Tongas über nachhaltige Richtwerte hinaus erhöhte.

Im Jahr 2011 überstieg die bereinigte Auslandsschuld Tongas sowohl die vom Internationalen Währungsfonds festgelegte Tragfähigkeitsgrenze von 30 Prozent als auch das von der Regierung selbst gesetzte Ziel von 40 Prozent. Die Belastung durch chinesische Kredite wurde bereits 2012 deutlich, als tongaische Beamte*innen erstmals Zweifel an der Fähigkeit der Regierung äußerten, die Schulden zu begleichen.

Trotz wiederholter Appelle der tongaischen Regierung für eine Neuverhandlung der Schulden war Anfang 2023 klar, dass China keine weiteren Verhandlungen führen wird. *(Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. The Interpreter, Lowly Institute 31.01.24)*

Machtkampf zwischen König und Regierung

Tonga: In Tonga ist die politische Situation angespannt, nachdem der König das Vertrauen in zwei Minister der Regierung verloren hat.

Der Konflikt begann, als der Staatsrat des Königs die Entscheidung traf, das Vertrauen dem Minister der Streitkräfte und der Ministerin für Auswärtiges und Tourismus zu entziehen. Diese Entscheidung wurde ohne ein persönliches Treffen der Ratsmitglieder per „Umlaufverfahren“ getroffen, was auf die Ernsthaftigkeit der Situation hinweist. Die Mitglieder des Rates, darunter ein ehemaliger Oberster Richter und der Kirchenpräsident der Free Wesleyan Church of Tonga, stellen eine wichtige beratende Rolle für den König dar.

Die Regierung reagierte umgehend und betonte die Verfassungswidrigkeit der Handlungen des Königs. Der Premierminister, der derzeit aus gesundheitlichen Gründen im Ausland verweilt, äußerte deshalb sein Vertrauen in den betroffenen Minister und die Ministerin. Besonders stark setzte er sich für die Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten und Tourismus ein.

Es ist ungewiss, ob der Premierminister den Forderungen des Königs nachkommt oder den Konflikt eskalieren lässt. Er steht vor einer schwierigen Entscheidung, da eine politische Krise und mögliche Neuwahlen die Folge sein könnten. Das Land sieht sich jedoch nicht nur mit dieser inneren politischen Herausforderung konfrontiert, sondern auch mit beachtlichen wirtschaftlichen Problemen, darunter seinen hohen Schulden bei China.

Die aktuellen Ereignisse erinnern an vergangene politische Turbulenzen, als ein Minister auf Empfehlung des Premierministers seines Amtes enthoben wurde. Die politi-

sche Unsicherheit könnte weitreichende Auswirkungen haben und die politische Stabilität des Landes gefährden.

Es bleibt abzuwarten, wie die politischen Akteure in Tonga auf die aktuellen Ereignisse reagieren. *(Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. Pressemitteilung Development Policy Centre 13.02.24)*

Neuseeland unterstützt Samoas Gesundheitssektor

Samoa: Samoa erhält eine finanzielle Unterstützung von 3,5 Millionen Dollar aus Neuseeland, um einen neuen Bachelorstudiengang für Gesundheitswissenschaften einzurichten.

Der Studiengang wurde von der Nationalen Universität Samos eingeführt und in diesem Jahr zur Einschreibung eröffnet. Dies wurde während des Besuchs des neuseeländischen Vize-Premierminister Winston Peters und des neuseeländischen Ministers für pazifische Angelegenheiten und Gesundheit, Dr. Shane Reti, auf dem Campus bekannt gegeben.

Die Gelder werden neben der Entwicklung des Studiengangs über die nächsten fünf Jahre auch für Stipendien und Studierenden-Supportdienste verwendet.

Die Stipendien kommen vielen zugute, insbesondere berufstätigen Personen wie etwa der zweifachen Mutter Masina Tuimauga-Sa, die als Ernährungsberaterin im Gesundheitsministerium von Samoa arbeitet. Sie betrachtet die finanzielle Unterstützung als zweite Chance, ihre Ausbildung zu erweitern. Neben ihr sind weitere 24 Studierende eingeschrieben, die ebenfalls von der Finanzierung profitieren.

Diese Initiative wurde schon im Jahr 2020 entwickelt, da Neuseeland und Samoa es für notwendig hielten, die Gesundheitsversorgung und das Fachpersonal der polyneesischen Insel zu stärken. Auch junge Studierende nutzen die Chance, ihre Ziele zu verwirklichen, um beispielsweise den Beruf eines medizinischen Laboranten anzustreben. Außerdem wird die Finanzierungshilfe von Neuseeland dazu beitragen, insbesondere aufgrund der

steigenden Lebenshaltungskosten in Samoa, das Studieren möglich zu machen.

Die Universität wäre ohne den neuseeländischen Geldzuschuss nicht in der Lage, dieses Programm durchzuführen. Aufgrund dieses neuen Studiengangs wird die nächste Generation von Gesundheitsfachkräften in Samoa aufgebaut und auf die Herausforderungen im Gesundheitssektor vorbereitet. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. *The New Zealand Herald* 13.02.24)

Japans Außenministerin zu Besuch in Samoa

Samoa: Am 10. Februar fand ein Treffen zwischen der japanischen Außenministerin Yoko Kamikawa und der Premierministerin und Handelsministerin von Samoa, Naomi Mata'afa Fiamē, statt. Kamikawa, die Samoa besuchte, um die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Samoa zu stärken, unterzeichnete gemeinsam mit Fiamē eine Vereinbarung über japanische Hilfgelder in Höhe von 3,5 Millionen US-Dollar zur Verbesserung der Gesundheitsfakultät der Nationalen Universität von Samoa.

Während des Treffens betonte die japanische Außenministerin ihre Wertschätzung für Fiamēs Engagement für Samoas Entwicklung und lobte die historischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Sie hob hervor, dass Japan und Samoa seit über 50 Jahren eine herzliche und kooperative Partnerschaft pflegen. Die samoanische Premierministerin ihrerseits drückte ihre Dankbarkeit für Japans anhaltende Unterstützung aus und betonte, dass die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Gesundheitsfakultät sehr bedeutsam sei.

Ein weiteres Thema des Treffens war das *Pacific Islands Leaders Meeting* (PALM) und der Klimawandel. Kamikawa äußerte ihre Absicht, die Beziehungen zwischen Japan und den pazifischen Inselstaaten, einschließlich Samoa, zu stärken, und betonte die Bedeutung regionaler Einheit und Zusammenarbeit. Fiamē äußerte ihre Erwar-

tungen an dem bevorstehenden zehnten Treffen der pazifischen Staats- und Regierungschefs (PALM 10) und lobte Japans Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel.

Minister Kamikawa dankte der Premierministerin für ihr Interesse an Japans Erklärungen zur Einleitung von durch ALPS (*Advanced Liquid Processing System*) behandeltem Wasser aus Fukushima in den Pazifik. Seit dem Beginn der Einleitung bemüht sich Japans Regierung, ausreichend über die wissenschaftlichen Erkenntnisse aufzuklären.

Die Ministerinnen diskutierten auch über Frauen, Frieden und Sicherheit (*Women, Peace and Security*, WPS). Ministerin Kamikawa erwähnte Japans aktive Förderung von WPS als wichtigem Teil der Außenpolitik ihres Landes und diskutierte die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Herausforderungen wie Katastrophenvorsorge und -reaktion unter Einbeziehung von WPS-Perspektiven.

Zum Abschluss des Treffens überreichte die japanische Außenministerin der samoanischen Premier- und Handelsministerin eine mit Blattgold beschichtete Schachtel als Geschenk, in der Hoffnung, damit die vom Noto-Peninsula-Erdbeben betroffenen Gebiete zu unterstützen. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. *Pressemittteilung des Ministry of Foreign Affairs of Japan* 10.02.2024)

US-Territorien erhalten Unterstützung

US-Samoa: Das US-Innenministerium kündigte an, fast 7 Millionen Dollar aus Präsident Bidens US-Haushalt zu investieren, um den Klimaschutz voranzutreiben und die Ökosysteme am Land und im Wasser in den US-Territorien wiederherzustellen. Eine Investition von 3,9 Millionen Dollar aus dem „*Bipartisan Infrastructure Law*“, dem Gesetz über Infrastrukturinvestitionen und Arbeitsplätze, wird Programme und Projekte in US-Samoa, den Nördlichen Marianen, den Amerikanischen Jungferninseln und auf Guam unterstützen. Ziel ist es, die Biosicherheits-Maßnahmen

voranzutreiben, Küstengebiete und Flora-Ökosysteme wiederherzustellen, sowie invasive Arten zu bekämpfen.

Das US-Territorium Puerto Rico, das in der karibischen Region Nordamerikas liegt, soll durch drei Millionen Dollar aus dem *Inflation Reduction Act* unterstützt werden, zerstörte Ökosysteme wieder aufzubauen und den Arbeitskräften im Ministerium für Natural and Environmental Resources eine weiterführende Bildung zum Thema Klimaanpassung zu ermöglichen.

Die amerikanische Innenministerin Deb Haaland betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den US-Territorien, die einen integralen Bestandteil der USA bilden, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen. Die Finanzierung soll benachteiligte Gemeinschaften unterstützen und die Klimakrise effektiv bekämpfen.

US-Samoa erhält 1.799.000 US-Dollar zur Entwicklung des ersten Biosicherheit-Plans und zur Unterstützung der Küstenrestaurierung und der Wiederaufforstung geschädigter Feuchtgebiete und Mangrovenwaldzonen.

Die Nördlichen Marianen empfangen 975.000 US-Dollar zur Unterstützung der Wiederherstellung von Flora-Ökosystemen und zur Erkundung von inaktiven Steinbrüchen.

Die amerikanischen Jungferninseln bekommen 971.000 US-Dollar zur Unterstützung der frühen Erkennung und Reaktion auf invasive Arten.

Guam erhält 154.000 US-Dollar für die Durchführung einer Schulung zur regionalen Biosicherheit, an der Vertreter der US-Territorien teilnahmen. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. *Virgin Islands Free Press* 12.02.24)

Diskussionen um geplanten Tiefseebergbau

Cook-Inseln: Auf den Cook-Inseln wird derzeit über das umstrittene Thema des Tiefseebergbaus debattiert. Der Inselstaat besteht aus einer Gruppe von 15 Inseln, auf denen mehr als 17.000 Einwohner*innen leben.

Aus Tiefen von bis zu 6.000 Metern unter der Meeresoberfläche könnten Metalle wie Nickel, Mangan und Kobalt gefördert werden, die für den Bau von Elektroautos, Windparks und Batterien benötigt werden. Befürworter argumentieren, dass der Tiefseebergbau den Übergang zu erneuerbaren Energien beschleunigen könnte, um sich von fossilen Brennstoffen zu lösen.

Die Tiefsee ist eine der bedeutendsten Regionen der Erde mit der größten Vielfalt an Flora und Fauna, jedoch auch eine der am wenigsten erforschten. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Aufnahme und Speicherung von 90 % der überschüssigen Wärme des Planeten sowie großer Mengen an Kohlendioxid. Länder wie das Vereinigte Königreich, Irland und Schweden haben den Stopp des Tiefseebergbaus in internationalen Gewässern gefordert.

Kelvin Passfield, der technische Direktor der *Te Ipukarea Gesellschaft*, einer Umweltorganisation auf den Cook-Inseln, äußerte Bedenken, dass der geplante Tiefseebergbau erhebliche, irreparable Schäden an den komplexen Ökosystemen und dem Meeresleben in den Tiefen der Ozeane verursachen könnte. Er betonte, dass die Schäden nicht einfach behoben werden können, da diese Strukturen sich über Millionen von Jahren entwickelt haben. Außerdem hält er den Tiefseebergbau für eine der größten Bedrohungen für das Leben auf den Cook-Inseln, neben den Herausforderungen des Klimawandels und den geopolitischen Spannungen zwischen China, den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten im Pazifik.

Das amerikanische Unternehmen „*Odyssey Marine Exploration*“ schätzt, dass etwa 6,7 Milliarden Tonnen an wertvollen Metallen am Meeresboden zu finden sind, was das bisher größte entdeckte Vorkommen der Erde sein könnte. Deshalb wurde auch das Interesse der Regierung der Cook-Inseln an potenziellen Einnahmen geweckt.

Der Minister für Außenpolitik und stellvertretende Premierminister der Cook-Inseln, Winston Peters, bezeichnete den Vorschlag des Premierministers Mark Brown zum Thema Tiefseebergbau als vielver-

sprechend. Er appellierte an die Gegner des diskutierten Tiefseebergbauprojektes, weitere Informationen abzuwarten, da sie noch nicht vollständig über das Thema informiert seien.

Im März 2023 erreichte das Forschungsschiff *Anuanua Moana* die Cook-Inseln, begleitet von Vertretern der Internationalen Meeresbodenbehörde, die regelmäßig positive Bewertungen ihrer Arbeit veröffentlicht. Diese Behörde ist für die Verwaltung und Überwachung aller Bodenschätze im Meer zuständig. Umweltorganisationen fordern einen sofortigen Stopp der Planungen des Tiefseebergbau-Projektes, bis die Auswirkungen vollständig untersucht wurden und nicht nur von profitierenden Unternehmen durchgeführt werden.

Sollte sich die Regierung tatsächlich gegen die Durchführung des Tiefseebergbau-Projekts entscheiden, könnten rechtliche Konsequenzen drohen. Im Jahr 2019 verklagte die Firma *Odyssey Marine Exploration* die mexikanische Regierung auf Milliarden von Dollar, nachdem ihr Antrag für eine Unterwasser-Mine abgelehnt worden war.

Die Wirtschaft der Cook-Inseln ist aufgrund der Auswirkungen der Pandemie und des Ausbleibens von Tourist*innen zunehmend von der finanziellen Unterstützung durch Neuseeland abhängig geworden. Durch den Bergbau hoffen sie, ihre Einnahmen außerhalb des Tourismus zu steigern.

(Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. Stuff NZ 11.02.24)

Menschenrechtsaktivistin erhält Deutsch-Französischen Preis

Cook-Inseln: Seit 2016 nehmen Frankreich und Deutschland den *Tag der Internationalen Menschenrechte* zum Anlass, um Einzelpersonen weltweit zu würdigen, die sich herausragend dafür engagieren, die Menschenrechte zu fördern.

Jedes Jahr werden deshalb insgesamt 56 deutsche und französische Botschaften in aller Welt beauftragt, eine Person zu benennen, die sich in besonderem Maße für die Würde

und Rechte der Menschen einsetzt. Aus diesen 56 werden schließlich 12 Namen ausgewählt. Zu diesen gehörte jetzt Valery Wichmann von den Cook-Inseln.

Die queere Valery Wichman arbeitet als Anwältin (Barrister und Solicitor) für die Regierung der Cook-Inseln und ist dort eine der führenden Aktivistinnen für Menschenrechte. Sie ist eine der Gründer*innen der „*Te Tiare Association*“ und seit fast 20 Jahren eine führende Kraft in der LGBTQIA+-Szene.

In Wellington, der Hauptstadt Neuseelands, wurde ihr jetzt der *Deutsch-Französische Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit* verliehen. Sie ist die erste Person aus dem Pazifik, die den bekannten Preis erhielt. Die weiteren Empfänger*innen stammen aus Syrien, Venezuela, Hongkong (China), der Zentralafrikanischen Republik, dem Irak, dem Libanon, Polen, Ghana, der Demokratischen Republik Kongo und Nigeria.

Wichman spricht über positive Veränderungen, die sie in der Gesellschaft spürt, unter anderem durch die Anerkennung ihres queeren Aktivismus und die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Identitäten. Im Jahr 2016 erhielt sie den *Queen's Young Leader Award* für ihre Unterstützung der LGBTQIA+-Rechte, indem sie dabei half, Richtlinien auszuarbeiten, um Unterstützungsangebote für die LGBTQIA+ -Community zu entwickeln.

Im Jahr 2023 war die *Te Tiare Association* und das Netzwerk *Pride Cook Islands* maßgeblich an der Ausarbeitung eines Gesetzes beteiligt, das gleichgeschlechtliche Beziehungen entkriminalisierte. Sie ist den Kolleg*innen in der Gemeinschaft dankbar, die nicht nur dabei halfen, das Gesetz zu ändern, sondern auch die Denkweise der Menschen zu beeinflussen. Sie ermutigt alle, die sich anders fühlen, sich selbst zu lieben und bei Bedarf Hilfe bei Familienmitgliedern, in der Freundesgruppe oder anderen Community-Mitgliedern zu suchen.

(Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. Radio NZ Intern. 10.02.24)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Fünf unterseeische Kabel

Frz.-Polynesien: Das französische Überseegebiet Französisch-Polynesien wird gleich fünf der kürzlich angekündigten transpazifischen Google-Unterseekabel erhalten, bestätigte Präsident Moetai Brotherson, der auch Minister für die digitale Wirtschaft ist.

„Wir haben eines, das uns mit Chile verbindet, eines, das von der US-Westküste kommt, ein drittes nach Guam, ein viertes nach Fidschi und ein fünftes nach Australien“, sagte er dem lokalen Fernsehsender *Tahiti Nui TV*.

Im Rahmen desselben Projekts werden die Kosten für den Bau von Anlandestationen und Datenzentren für diese fünf Untersee-Kabel von Google, einem Tochterunternehmen der US-amerikanischen Holding „Alphabet Inc.“ übernommen, fügte er hinzu.

Im Rahmen der so genannten *South Pacific Connect-Initiative*, die die Zuverlässigkeit und Widerstandsfähigkeit digitaler Verbindungen verbessern soll, sollen die Arbeiten in den nächsten Monaten beginnen und bis zum Jahr 2026 abgeschlossen sein.

Zu den weiteren Plänen gehört der Bau einer *Akademie für Digitalingenieurwissenschaften* in Tahiti, um künftige IT-Spezialisten auszubilden. Diese sollen auch im Bereich der Nutzung von Künstlicher Intelligenz geschult werden. (*Radio NZ Intern. 02.02.24*)

Neue Radiokarbondaten zur Rongorongo-Schrift

Rapa Nui: Ein Team von Philologen, Chemikern, Umweltphysikern und Ingenieuren hat auf Holztafeln, die auf der Osterinsel gefunden wurden, Beweise für ein unabhängiges Schriftsystem der ehemaligen Bewohner*innen der Osterinsel entdeckt. Ihre Arbeit wurde kürzlich in der Zeitschrift „*Scientific Reports*“ veröffentlicht.

Als die Europäer 1864 auf der Osterinsel ankamen, entdeckten sie

Holztafeln mit nicht-entzifferten Schriftzeichen. Mündliche Überlieferungen über die Menschen, die einst auf der Insel lebten, sind seit langem verschwunden, ebenso wie die Menschen selbst - viele erlagen Krankheiten, wurden versklavt oder getötet.

Die Schriftsprache „Rongorongo“ mit ihren auf Holztafeln eingeritzten Schriftzeichen wurde Menschen von anderswo zugeschrieben, deren Schnitzereien von europäischen Seefahrern auf die Osterinsel gebracht worden waren. So lautete zumindest die bisherige Annahme der Wissenschaftler*innen.

In einem neuen Projekt hat ein internationales Forschungsteam auch aus europäischen Institutionen die Rongorongo-Tafeln nun erneut untersucht und Beweise dafür gefunden, dass sie von Menschen geschaffen wurden, die bereits vor der Ankunft der Europäer auf den Inseln lebten. Das bedeutet konkret, dass die Bewohner*innen der Osterinsel ihre eigene Schriftsprache erfunden haben.

Die Untersuchung der Schriftzeichen auf den Tafeln ergab, dass sie durch die Verknüpfung winziger Bilder erstellt wurden, von denen die meisten leicht identifizierbare Objekte wie menschliche Körperteile, Tiere oder Werkzeuge darstellen. Frühere Versuche, die Tafeln zu datieren, ergaben, dass mindestens zwei von ihnen aus Bäumen hergestellt wurden, die auf der Osterinsel irgendwann im 19. Jahrhundert wuchsen.

Bei diesem neuen Versuch führte das Forschungsteam eine Radiokarbondatierung an vier weiteren Tafeln durch, die von der Osterinsel entnommen und in dem Museum „*Congregazione dei Sacri Cuori di Gesù e di Maria*“ in Rom (Italien) aufbewahrt wurden. Sie fanden heraus, dass drei der Tafeln aus Holz hergestellt wurden, das irgendwann nach der Ankunft der Europäer auf der Osterinsel gefällt wurde - die vierte jedoch von einem Baum stammte, der 200 Jahre vor der Ankunft der Europäer gefällt worden war. Das Holz dieser Tafel stammte von einem Baum aus Südafrika, der vermutlich im 15. Jahrhundert dort wuchs. Die Forscher vermuten, dass das Holz für diese eine Tafel auf der Osterinsel

angeschwemmt wurde (wahrscheinlich aufgrund eines Schiffbruchs) und die Bewohner*innen es zum Einritzen von Botschaften in ihrer Muttersprache verwendeten.

Hier geht es zu dem Artikel: <https://www.nature.com/articles/s41598-024-53063-7>

(<https://phys.org/news/2024-02-evidence-independent-written-language-easter.html>)

Royal Navy zündet Altbestände

Pitcairn: Fünf Tage lang war die *HMS Tamar*, ein Patrouillenschiff der britischen Royal Navy, Mitte Februar in den Gewässern um die Pitcairn-Inseln unterwegs, um die seit fast einem halben Jahrhundert dort schlummernden Sprengstoffe durch kontrollierte Explosionen zu neutralisieren.

Mit der Ankunft der *HMS Tamar* verdoppelte sich die 50-köpfige Bevölkerung von Pitcairn, da die Matrosen in der Umgebung von Adamstown, der größten Siedlung der Insel, Gemeinschaftsaufgaben übernahmen. Die Inselbewohner*innen seien dankbar für die geleistete Unterstützung, sei es die Beratung zur maritimen Infrastruktur oder die aufsuchende Unterstützung für ihr Gemeindezentrum, erklärte ein britischer Marine-Offizier.

Die Maßnahmen zum Schutz der Insel sind noch nicht abgeschlossen. Spezialisten der in Portsmouth ansässigen *Diving and Threat Exploitation Group* der Royal Navy entdeckten mehr als 1.100 Sprengkapseln und fast drei Kilometer Sprengschnur, die vom Bau des Hafens der Insel in den 1990er Jahren übriggeblieben waren. Außerdem entdeckten die Experten etwa dreieinhalb Tonnen Ammoniumnitrat-Heizöl, das hochexplosiv ist und früher im Bergbau auf Pitcairn verwendet wurde. Ein Expertenteam soll zurückkehren, um das Heizöl zu gegebener Zeit zu bergen.

Dies war bereits der zweite Besuch der Royal Navy auf den Inseln, zwei Jahre nachdem das Schwesterschiff der *HMS Tamar*, die *HMS Spey*, im Jahr 2022 COVID-19-Impfstoffe geliefert hatte.

Info: Pitcairn ist ein britisches Überseegebiet, das etwa 3.000 Meilen von Neuseeland entfernt liegt. Der Gouverneur der Inseln ist in Wellington ansässig. Mit einer Fläche so groß wie Skandinavien bilden die Gewässer rund um die Inseln das viertgrößte Meeresschutzgebiet der Welt.

(<https://www.marineinsight.com/shipping-news/royal-navys-hms-tamar-conducts-explosives-disposal-operation-in-pitcairn-island/> 12.02.24)

Exklusives Kreuzfahrtschiff hält auf Pitcairn

Pitcairn: Erstmals in der Geschichte der Reederei „Azamara Cruises“ ist es dem Kapitän des Kreuzfahrtschiffes „Azamara Onward“ gelungen, so vor der Küste von Pitcairn anzulegen, dass den Passagieren ein Landgang möglich war. „Nicht viele Kreuzfahrer haben die Gelegenheit, Pitcairn Island zu besuchen - das Wetter spielt in der Regel nicht mit, und es gibt keine Buchten, in denen das Schiff ankern könnte“, erklärte Michael Pawlus, Leiter der Routenplanung bei Azamara.

Die Passagiere des Kreuzfahrtschiffes zeigten sich begeistert von dem Landgang auf der Insel Pitcairn, wo sie auf die rund 50 Bewohner*innen trafen und Kunsthandwerksprodukte erwarben.

Zu den Kreuzfahrtgesellschaften, die die Pitcairn-Inseln bereits angefahren haben oder 2024 - 2025 anfahren werden, gehören: Costa Kreuzfahrten, Hapag-Lloyd Kreuzfahrten, Phoenix Reisen, Princess Cruises, Ponant, Scenic, Seabourn und Silversea.

Die „Weltkreuzfahrt“ der Azamara Onward ist auch in der Kreuzfahrtbranche umstritten, denn die mehrmonatige Reise vom 5. Januar 2024 (Abreise in Fort Lauderdale, USA) bis zum 9. Juni 2024 (Ankunft in Barcelona, Spanien) können sich nur Superreiche leisten.

Info: Die vier Pitcairn-Inseln - Pitcairn, Henderson, Ducie und Oeno - liegen im südlich-zentralen Pazifik. Pitcairn Island ist mit seinem „Dark Sky Sanctuary“ (Sternenpark) ideal für Sternenbeobachtungen und beherbergt eines der größten Meeresschutzgebiete der Welt.

(<https://www.seatrade-cruise.com/> 08.02.24)

HAWAII

Kampf gegen Wohnungsnot

Ein neues Gesetz auf Hawai'i soll ausländische Käufer*innen daran hindern, Land auf der Insel zu erwerben, um die anhaltende Wohnungsnot im Bundesstaat zu bekämpfen. Während der Pandemie stiegen die Wohnungspreise aufgrund der Zuwanderung von ausländischen Grundstücks-Erwerber*innen stark an. Die Gesetzgebung definiert Personen, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und nicht US-Bürger*innen sind, als ausländische Käufer*innen und verbietet ihnen, Land auf Hawai'i zu kaufen. Die Einheimischen haben sich schon lange über die Auswirkungen des Tourismus und der luxuriösen Häuser und Resorts beschwert, sowie über einen Mangel an bezahlbaren Häusern und Mietwohnungen für Anwohnende. Die Lebenshaltungskosten auf Hawai'i sind 2,5-mal höher als der nationale Durchschnitt in den USA. Im August 2023 haben Waldbrände tausende Grundstücke, darunter viele preiswerte Wohnungen, zerstört und das Wohnungsproblem weiter verschärft.

Es gibt jedoch rechtliche und konstitutionelle Bedenken hinsichtlich des Gesetzesvorschlags. Es könnte gegen den 14. Zusatzartikel, den 5. Zusatzartikel der Verfassung und den „Fair Housing Act“ verstoßen. Das Gesetz ist nur eine der vielen vorgeschlagenen Lösungen.

Im Januar 2024 unterzeichnete Gouverneur Josh Green eine Notfallverordnung, um den Bau kleiner Gemeinden zu beschleunigen, die durch die Waldbrände 2023 Obdachlos gewordenen Unterkünfte bieten. Nach den Waldbränden auf der Insel Maui stiegen die Mieten drastisch an, was zu vermehrten Zwangsräumungen führte. Weitere Notfallverordnungen sollen Preiserhöhungen bei lebensnotwendigen Gütern wie Miete, Lebensmittel und Wasser, verhindern.

Ein weiterer Vorschlag war es, kurzfristig obdachlose Opfer in leerstehenden Ferienvermietungen oder nicht genutztem Wohneigentum unterzubringen. Diese nehmen einen großen Anteil der Grundstücke ein, die den dauerhaft bleibenden An-

wohnern fehlen. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. ABC Pacific News 07.02.24)

Hohe Säuglingssterblichkeit

Das „Office of Minority Health“ (OMH), eine Unterabteilung des U.S. Department of Health and Humans Services, hat Anfang des Jahres neue Zahlen zum Thema Säuglingssterblichkeit vorgelegt. Während die allgemeine Kindersterblichkeitsrate der Ureinwohner*innen Hawai'is/der Pazifikinsulaner (engl: *Native Hawaiians/Pacific Islander*) mit der der weißen US-amerikanischen Bevölkerung vergleichbar ist, gibt es nach wie vor Ungleichheiten zwischen den Teilpopulationen der Pazifikinsulaner*innen. Die Daten aus nationalen Überwachungsberichten sind jedoch nach Aussage des OMH begrenzt.

Indigene Hawaiianer und Pazifikinsulaner*innen hatten 2018 eine fast doppelt so hohe Säuglingssterblichkeitsrate wie nicht-hispanische Weiße.

Im Jahr 2019 war die Wahrscheinlichkeit, dass Mütter von indigenen Hawaiianern/Pazifikinsulanern zu spät oder gar nicht betreut wurden, 4,6 mal höher als bei weißen Müttern.

Laut vorliegender Daten war die Säuglingssterblichkeitsrate auf der Insel Guam im Jahr 2018 sogar 2,5-mal höher als die von weißen Säuglingen, die auf dem Festland der Vereinigten Staaten geboren wurden. Die höchste Säuglingssterblichkeitsrate hatten mit 22,5 („weiße“ USA: 5,2) pro 1.000 Lebendgeburten die Föderierten Staaten von Mikronesien. Gleich dahinter liegen mit 22,2 die Marshall-Inseln.

(<https://minorityhealth.hhs.gov/infant-mortality-and-native-hawaiianspacific-islanders>)

HAI zeichnet Rainbow Helicopters für Hilfsflüge aus

Der „2024 Salute to Excellence Humanitarian Service Award“ des amerikanischen Hubschrauberverbands geht an den Hubschrauber-Betreiber *Rainbow Helicopters* aus Oahu/Hawai'i.

Während der verheerenden Wald- und Buschbrände auf Hawai'i im August vergangenen Jahres sind mindestens 115 Menschen ums Leben gekommen. Der Hubschrauber-Betreiber *Rainbow Helicopters* unterstützte die Überlebenden mit spontan initiierten Hilfsflügen, die sich zu einer mehrmonatigen Unterstützungsmision entwickelten. Der kommerzielle Anbieter mit seinen charakteristisch „regenbogenfarbigen“ Helikoptern fliegt normalerweise zahlungskräftige Tourist*innen über die Hawai'i-Inseln. Die Flüge dauern zwischen 30 Minuten und einer Stunde und kosten pro Person ab 280 US-Dollar. Der Anbieter wirbt auch mit teuren Spezialflügen für „Verlobungsspecials“ oder Heiratsanträge.

Info: Der Hubschrauberverband *Helicopter Association International* (HAI) aus Alexandria im US-Bundesstaat Virginia zeichnet in jedem Jahr Unternehmen und Personen aus, die sich in besonderer Weise verdient gemacht haben. Eine der Auszeichnungen, der „*Salute to Excellence Humanitarian Service Award*“, wird an Firmen, Personen oder Organisationen verliehen, die in besonderer Art und Weise den Kommunen, in denen sie beheimatet sind, den Wert von Hubschraubern für die Gesellschaft gezeigt haben. (<https://aerobuzz.de/helikopter-news/hai-zeichnet-rainbow-helicopters-fuer-hilfsfluege-auf-hawaii-aus/>, <https://rainbowhelicopters.com>)

Regierung plant neue Tourismus-Steuer

Der US-Bundesstaat plant eine neue Touristen-Steuer. Sie soll laut eines Vorschlags des zuständigen Gouverneurs Josh Green (54) 25 US-Dollar pro Kopf und Aufenthalt betragen. Tourist*innen sollen die neue Steuer direkt bei der Anreise in ihrer Unterkunft entrichten. Ursprünglich war sogar eine Gebühr von 50 US-Dollar pro Kopf geplant. Das war den zuständigen Tourismusbehörden dann aber doch zu viel.

Insgesamt will der US-Bundesstaat so jährlich 68 Millionen US-Dollar an zusätzlichen Einnahmen generieren.

Das Geld soll in den Naturschutz fließen: Damit sollen etwa Strände

vor der Erosion geschützt oder Präventionsmaßnahmen gegen Waldbrände finanziert werden. Mittels sogenannter „Feuerbrecher“ – Landstrichen ohne jegliche Bewaldung – soll die Ausbreitung von Waldbränden eingeschränkt werden.

Hawai'i ist damit nur eine von vielen Destinationen, die mittels neuer Tourismus-Steuern gegen den Massentourismus und die damit einhergehenden Auswirkungen auf Umwelt und Natur vorgehen: In der italienischen Lagunenstadt Venedig etwa müssen Touristen ab diesem Jahr an ausgewählten Tagen einen Eintrittspreis von 5 Euro bezahlen.

Die indonesische Insel Bali erhebt seit Anfang Februar ebenfalls eine Gebühr. Mit dem Geld sollen Umwelt und Kultur in Bali besser geschützt werden. Griechenland verlangt seit Jahresbeginn von sämtlichen Tourist*innen eine „Klimasteuer“. Deren Höhe ist abhängig von der Hotelkategorie und der Saison. Im Maximum kostet die zusätzliche Gebühr 10 Euro pro Person und Nacht. Mit dem zusätzlichen Geld soll das Budget für die Katastrophenhilfe verdoppelt werden – Griechenland wird immer wieder Opfer verheerender Waldbrände. Eine ähnliche Steuer kennt auch Neuseeland.

(<https://reisetopia.de/news/hawaii-einfuehrung-touristensteuer/>, <https://www.blick.ch/> 19.02.24)

Tourismusbüro in München eröffnet

Die staatliche Agentur *Hawaii Tourism Authority* (HTA), die die weltweite Vertretung der Marke Hawai'i verantwortet, ist seit dem 1. Januar 2024 zurück in Europa. Unter dem Namen „*Hawaii Tourism Europe*“ (HTE) repräsentiert die englische Agentur *Emotive Travel Marketing* (ETM) die Hawai'i-Inseln gemeinsam mit ihrer Münchner Partneragentur *New Age Marketing* in Großbritannien sowie im deutschsprachigen Markt.

Durch die neue Partnerschaft soll die Destination Hawai'i in Europa wieder präsenter werden, heißt es in einer Pressemitteilung. Nach den verheerenden Waldbränden auf

Maui im vergangenen Sommer sei es der *Hawaii Tourism Authority* zudem ein wichtiges Anliegen, europäische Reisende nach Hawai'i zurückzuholen und damit den Tourismus wieder anzukurbeln.

„HTA ist bestrebt, die langjährigen Beziehungen in Europa aufzufrischen und diesen Kernmarkt zu unterstützen, um die wirtschaftliche Erholung von Hawaii voranzutreiben“, so Daniel Nāho'opi'i, Interimspräsident und CEO von HTA. Ziel sei es, die Aufenthaltsdauer von Tourist*innen auf dem Inseln zu verlängern und damit auch verantwortungsvolles Reisen zu fördern. (<https://www.travelnews.ch/> 11.01.24, www.newage-marketing.com)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Haushaltskürzungen bedrohen Forschungssektor

Wissenschaftler*innen in Neuseeland kritisieren die neue Mitte-Rechts-Regierung für ihre Entscheidung, den mehrjährigen Reformplan zur Verbesserung der Forschungsfinanzierung und der Karrieremöglichkeiten zu streichen. Sie befürchten, dass die Reduzierung der Forschungsfinanzierung ein Teil eines Plans ist, um Steuern senken zu können und Staatsausgaben einzuschränken. Die Sparmaßnahmen verschlechtern die Situation eines ohnehin angeschlagenen Forschungssystem.

Das Reformprogramm „*Te Ara Paerangi Future Pathways*“, das 2022 gestartet wurde, sah eine Gesamtfinanzierung der Forschung von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor. Die Forschungsprioritäten sollten auf die aktuellen Bedürfnisse des Landes abgestimmt werden, wie beispielsweise die Menge der Kohlenstoffentnahme durch einheimische Wälder zur Erreichung der Klimaziele. Außerdem sollten die Forschenden am Anfang sowie in der Mitte ihrer Laufbahn bessere Unterstützung erhalten und es sollte die Repräsentation indigener Māori-Forscher*innen gewährleistet werden. Dafür wurden 450 Mio. NZ\$ (Neuseeland-Dollar) bereitgestellt,

um die Hauptstadt Wellington in eine „Wissenschaftsstadt“ zu verwandeln.

Außerdem sollten drei Forschungszentren miteinander vereint werden, die sich auf Klimawandel, Katastrophenresistenz, Pandemievorsorge, Technologie und Innovation konzentrieren sollten.

Am 30. Januar dieses Jahres schrieb die neuseeländische Wissenschaftsministerin Judith Collins an ein Gremium, das die Regierung strategisch berät, und schilderte ihre Absicht, das Programm einzustellen. Nun setzt sie sich damit auseinander, wie der Sektor am besten unterstützt werden kann, ohne die angespannte Haushaltslage zu vernachlässigen.

Insgesamt plant die Regierung, 1,5 Mrd. NZ\$ an Ausgaben zu kürzen. 24 öffentliche Einrichtungen, darunter auch das Wirtschaftsministerium, werden dazu angehalten, 6,5 Prozent bis 7,5 Prozent Einsparungen zu ermitteln, bevor der aktuelle Haushaltsplan veröffentlicht wird. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. Mitteilung der American Association for the Advancement of Science 16.02.24)

Härtere Sozialhilfemaßnahmen

Die Regierung Neuseelands benötigt eine überarbeitete, zufriedenstellende Version des Sozialversicherungssystem, um das ständige Hin und Her zu beenden. Unter der vorherigen Regierung unter Jacinda Ardern wurde eine Politik der „Freundlichkeit“ verfolgt, die zu einer erheblichen Erhöhung der Sozialhilfe führte und sich äußerst positiv auf die Lebensqualität vieler Menschen auswirkte. Die zusätzlichen 16,5 Milliarden NZ-Dollar, die in Teilbeträgen ausgezahlt wurden, führten zu einem Anstieg der Grundleistung bei Arbeitslosenhilfe von 215 Dollar pro Woche auf 340 Dollar und trotzdem lagen viele der Empfänger*innen noch immer unter der Armutsgrenze.

Mit dem Regierungswechsel folgt eine Politik von „relativer Härte“. Die konservative Regierung kündigte an, die Überwachung von Sozialhilfeempfänger*innen zu verschärfen und mehr Sanktionen gegen diese zu verhängen. Dieser Wandel von

linksgerichteter Großzügigkeit zu rechtsgerichteter Härte reflektiert die historische Politik des Landes. Mit Sanktionen in der Sozialpolitik zu drohen, erzeugt oft einen gegenteiligen Effekt und führt zu wenig produktiven Ergebnissen. Der Versuch basiert auf einem falschen Verständnis der Lebensrealitäten der Sozialhilfeempfänger*innen. Diese Menschen sind mit Herausforderungen konfrontiert, die komplex sind und deshalb Unterstützung benötigen.

Es ist nötig, ein System zu entwickeln, das auf Unterstützung, Würde und Flexibilität basiert. Diese Vision sollte sich mehr an individuellen Bedürfnissen orientieren und die Menschen dazu befähigen, ihre Lebensumstände zu verbessern und am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Investitionen in Umschulungsprogramme und die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen können Menschen dazu befähigen, sich finanziell unabhängig zu machen. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. The Guardian 22.02.24)

Regierung hebt Rauchverbot wieder auf

In Neuseeland sollte der Tabak-Konsum per Gesetz verboten werden. Rauchen ist dort die häufigste Ursache vermeidbarer Todesfälle.

Unter der Führung der damaligen Premierministerin Jacinda Ardern (Labour Party) war Ende 2022 ein Gesetz für ein Rauchverbot für Menschen verabschiedet worden, die ab 2009 geboren wurden. An sie hätte lebenslang kein Tabak mehr verkauft werden dürfen. Damit sollten Jugendliche gar nicht mehr in Versuchung geführt werden, mit dem Rauchen zu beginnen. Zudem war in dem Gesetz eine Senkung des Nikotingehalts in Zigaretten sowie eine geringe Zahl an Tabak-Verkaufsstellen geplant. Ab Juli 2024 sollte das „Anti-Tabak-Gesetz“ schrittweise in Kraft treten. Schon im Jahr 2025 sollte der Pazifikstaat weitgehend rauchfrei sein.

Neuseelands neue konservative Regierung kippte nun aber die geplanten Gesetze der linken Vorgängerregierung. In der Nacht zum 29. Februar hob die Koalition unter

Führung von Ministerpräsident Christopher Luxon das Gesetzespaket im Eilverfahren auf. Vorausgegangen war eine hitzige Parlamentsdebatte.

Mit dem Rückzug will die konservative und rechtspopulistische Partei „NZ First“ unter anderem versprochene Steuersenkungen finanzieren. Die neuseeländische Vize-Gesundheitsministerin Costello sagte, es werde sich weiter dafür eingesetzt, dass das Land rauchfrei werde. Die Labour-Regierung habe aber einen „prohibitionistischen“ Ansatz verfolgt. Dieser habe ignoriert, wie gut Initiativen zur Raucherentwöhnung funktionierten.

Die Rücknahme des versprochenen Gesetzes sorgte für harsche Kritik bei allen Gesundheitsexpert*innen. „Die Tabakindustrie wird ihren Sieg feiern, weil sie die Koalitionsparteien der Regierung, die alle enge Verbindungen zur Industrie haben, dazu gebracht hat, ihre Agenda durchzusetzen“, teilte die Nichtregierungsorganisation „Health Coalition Aotearoa“ mit. „Es ist völlig unverantwortlich, die Gewinne der Tabakindustrie über die Gesundheit der Neuseeländer zu stellen.“

(<https://www.ruhr24.de/service/juli-anti-tabak-gesetz-rauchverbot-neuseeland-gesetzliches-verbot-gekippt-zr-92867076.html>, Nürnberger Nachrichten 01.03.24)

Erhöhung des Mindestlohns

Der neuseeländische Mindestlohn wird ab dem 1. April um zwei Prozent von bisher 22,70 NZ-\$ auf 23,15 NZ-\$ angehoben. Die Löhne für Auszubildende und die Einstiegsgehälter bleiben bei 80% des Mindestlohns und erhöhen sich damit auf 18,52 Dollar.

Brooke van Velden, die Ministerin für Arbeitsbeziehungen und Sicherheit am Arbeitsplatz, erklärte, dass angesichts des wirtschaftlichen Gegenwinds mit einem sich abschwächenden Arbeitsmarkt die Anhebung des Mindestlohns erforderlich sei.

„Eine Erhöhung auf 23,15 Dollar wird zwischen 80.000 und 145.000 Arbeitnehmern zugutekommen und unseren am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmern mehr Geld in die Tasche stecken, ohne das Beschäf-

tigungswachstum zu behindern oder den Unternehmen unzumutbare Kosten aufzuerlegen", sagte van Velden.

Hintergrund: Der Minister/die Ministerin für Arbeitsbeziehungen und Sicherheit ist gesetzlich verpflichtet, die Mindestlöhne jährlich zu überprüfen. Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation und Beschäftigung hatte in seiner Überprüfung empfohlen, den Lohn um vier Prozent auf dann 23,60 Dollar zu erhöhen, was sich voraussichtlich auf die Verdienste von etwa 164.400 Arbeitnehmenden auswirken und zu einer Erhöhung der Lohnsumme in der gesamten Wirtschaft um 145 Millionen Dollar führen würde. (*Radio NZ Intern. 02.02.24*)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Neuer Präsident

Indonesien: Der 72-jährige Prabowo Subianto ist neuer Präsident von Indonesien. Sein Wahlsieg im ersten Durchgang war deutlicher als erwartet. Besonders Menschenrechtsaktivist*innen im In- und Ausland verwiesen bereits vor den Wahlen am 14. Februar regelmäßig auf seine mutmaßliche Beteiligung an Menschenrechtsverbrechen in den 1990er Jahren als General unter dem indonesischen Diktator Suharto. Obwohl ihm deshalb unter anderem eine Einreise in die USA für zwanzig Jahre untersagt war, streitet der neue Präsident seine Beteiligung weiterhin ab und wurde gerichtlich nie belangt. Er ist mit der Tochter des ehemaligen Diktators Suharto verheiratet.

Schon im Vorfeld galt Prabowo als klarer Favorit auf die Nachfolge des beliebten Präsidenten Joko Widodo. Dieser, ein ehemaliger Möbelhändler, war seit 2014 Staats- und Regierungschef, durfte aber nach zwei Amtszeiten nicht erneut antreten. Als Vizepräsidenten hatte Prabowo Widodos ältesten Sohn Gibran Rakabuming Raka nominiert. Kritiker warfen dem Noch-Präsidenten daraufhin vor,

eine politische Familiendynastie aufbauen zu wollen.

Jokowis Parteifreund, Ganjar Pranowo, der nicht von Jokowi unterstützt wurde, landete auf Platz drei. Anies Baswedan, ehemaliger Gouverneur von Jakarta und Ex-Bildungsminister, landete mit 25 % der Stimmen auf Platz zwei.

Hintergrund: In dem riesigen Land mit seinen rund 17.000 Inseln waren etwa 205 Millionen Menschen zur Wahl gerufen. Ein Drittel davon ist jünger als 30 Jahre. (*Tagesschau online, Westpapua-Netzwerk online 14.02.24, Bundeszentrale für politische Bildung 12.02.24*)

Studie über Manipulation durch soziale Medien

Indonesien: Seit mehreren Jahren unternimmt die indonesische Regierung erhebliche Schritte, um Informationen über die Situation in Westpapua von der Außenwelt fernzuhalten. Zugleich nehmen die Spannungen in der Region weiter zu. Infolge dieses Konflikts sind die sozialen Medien zu einer der Hauptinformationsquellen über die Situation in Westpapua geworden. Man kann davon ausgehen, dass die indonesische Regierung ein Interesse daran hat, diese Berichterstattung zu kontrollieren.

Nachdem es in der Vergangenheit bereits mehrfach Fälle von Fake-Accounts auf sozialen Plattformen wie Facebook oder „X“ (früher Twitter) gab, die auffallend positive Nachrichten über die Situation in Westpapua verbreiteten oder Organisationen, die das Gegenteil nachwiesen, digital kritisierten und anprangerten, gibt es nun ähnliche Entwicklungen auch auf TikTok. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue gemeinsame Studie von Internews, Indonesia Corruption Watch, SA-FENet und dem *Centre for Information Resilience*, über die auch die Zeitschrift „*Jubi*“ ausführlich berichtet.

Inhalt der Studie, die von Sommer bis Herbst 2023 durchgeführt wurde, ist das Verhalten bzw. die Meinungsäußerung und Informationsverbreitung unter anderem auf TikTok zu der Sonderautonomie und der Infrastrukturentwicklung

Westpapas.

Die Untersuchungen ergaben, dass durch den Einsatz gezielter Hashtags (#) Informationen über Westpapua und besonders zur Sonderautonomie und Infrastrukturentwicklung verschleiert werden. In diesem Zusammenhang wurden z.B. oft Hashtags wie #infrastrukturpapua oder auch #jokowimembangunpapua (Jokowi baut Papua auf) verwendet. Ergänzt wurden diese Hashtags durch die auffallend häufige Nutzung der gleichen Bilder und Überschriften durch verschiedene Accounts. Eines der beliebtesten Bilder ist die rote Brücke oder Youtefa-Brücke, die als Symbol für den Erfolg der Infrastrukturentwicklung als Mittel zur Verbesserung des Wohlstands in Westpapua verwendet wird.

Die Aktivitäten in den sozialen Medien waren dahingehend auffällig, da diese positive Stimmung gegenüber der Umsetzung der Sonderautonomie (Otsus) und der Infrastrukturentwicklung in Westpapua auf TikTok nicht natürlich ist, da sie von bestimmten Accounts verbreitet wird, die miteinander interagieren, um den Algorithmus von TikTok zu manipulieren.

Kurz gesagt, die positiven Meinungen über die Sonderautonomie für Westpapua, die Infrastrukturentwicklung oder die Teilung Westpapas in weitere Provinzen werden auf TikTok manipuliert, um negative Stimmen zu diesem Thema zu überdecken.

Die Untersuchung ergab auch, dass Interaktionen mit verschiedenen Beiträgen, die die Sonderautonomie für Westpapua oder die Infrastrukturentwicklung lobten, von Konten durchgeführt wurden, bei denen der Verdacht besteht, dass sie gefälscht seien. Dieser Verdacht kommt auf, weil mehrere Konten Namen verwenden, die denen ähneln, die von Kontengeneratoren erzeugt werden. Anstatt Profilbilder zu verwenden, die ihre Identität zeigen, verwenden verschiedene dieser Accounts auf TikTok Bilder, die von künstlicher Intelligenz generiert wurden.

TikTok-Inhalte, in denen die Situation in Westpapua gelobt wird, ahmen oft auch bestimmte mediale

Schlagzeilen nach. Es besteht zuzätzlich der Verdacht auf gefälschte Unterhaltungen. Auffällig ist zudem, dass nur wenige Konten mehrere Dutzende bis Hunderte von Kommentaren hinterlassen. Diese Konten haben nicht viele Beiträge oder haben noch nie Inhalte auf TikTok hochgeladen. Eine weitere Auffälligkeit ist, dass verschiedene „Kommentar-Accounts“ ihre Kommentare gleichzeitig posten. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass es sich bei diesen Konten um Bots (= Computerprogramme, die Aufgaben automatisiert abarbeiten) handelt.

Ähnliches entdeckten die Forscher*innen auch auf „X“. Dort zeigte sich, dass drei Accounts hintereinander dieselben Nachrichten teilten bzw. Nachrichten kopierten. Die Aktivitäten spielten sich immer zur selben Tageszeit ab. Auch hatte ein Account denselben Namen wie einer der TikTok-Accounts, dessen Posting-Aktivitäten auch dort auffällig waren. Auf „X“ lag der Fokus besonders auf der Infrastrukturentwicklung Westpapas. Dazu wurden dort zum Teil sogar Screenshots von TikTok-Videos verwendet und dieselben Bildunterschriften benutzt.

Auf Facebook und Instagram wurden neben Infografiken auch zum Teil dieselben Bilder benutzt wie auf TikTok. Zudem wurden die Inhalte alle zu einer ähnlichen Zeit hochgeladen. Dies deutet darauf hin, dass sie von denselben Personen und Quellen stammen könnten, die als Netzwerk agieren.

Die Studie deckte zudem auf, dass diese auffälligen Accounts häufig die Hashtags #DOBPapua, #OtsusPapua, #Papua, #PapuaIndonesia und gleichzeitig den Hashtag #YouthCreativeHub verwenden. Das „*Papua Youth Creative Hub*“ soll das neue Zentrum für Jugendliche in Jayapura werden und wurde erst im März 2023 von Präsident Joko Widodo persönlich eingeweiht. „*Allerdings gibt es keine direkten Beweise für eine Verbindung zwischen diesen Nutzern und dem Papua Youth Creative Hub*“, sagte ein SAFEnet-Forscher. Dennoch kamen die Forscher*innen zu dem Schluss, dass die verdächtigen Konten wiederholt den Hashtag #Y-

outhCreativeHub oder #PYCH bei ihren Bemühungen, Informationen über Westpapua zu verschleiern, benutzt haben. Ein Indiz dafür ist, dass diese verdächtigen Konten, wenn sich die politische Situation in Westpapua beispielsweise aufgrund von Demonstrationen aufheizte, energisch verschiedene Inhalte mit positiven Gefühlen über die Sonderautonomie für Westpapua oder die Entwicklung der Infrastruktur in Westpapua hochluden und das Hashtag #YouthCreativeHub in ihre Beschreibungen einfügten. Das *Papua Youth Creative Hub* wies jegliche Beteiligung zurück.

Da TikTok ein soziales Medium ist, das besonders von Jugendlichen genutzt wird und großen Einfluss auf diese Zielgruppe ausübt, empfehlen die Forscher*innen dieser Studie, dass TikTok strenger mit möglichen KI-generierten Accounts umgeht, diese sperrt und die Nutzung von Hashtags stärker kontrolliert. Zudem sollten die in dieser Studie identifizierten Konten von TikTok geprüft werden.

Hier geht es zu der indonesischsprachigen Studie:

<https://mega.nz/file/sk9wRjWz#0V1nYVoYD3LqkHTXbrzEhkCATuroJneAzVBMKeiSU>

(*Westpapua-Netzwerk online 08.03.24*)

Bericht mahnt Demokratiedefizite an

Westpapua: Obwohl Indonesien seit dem Sturz des Suharto-Regimes 1998 demokratische Fortschritte gemacht hat, gibt es weiterhin große Herausforderungen für die Demokratie in Indonesien. Dazu zählen Korruption, Diskriminierung von und Gewalt gegen Minderheitengruppen, der Konflikt in Westpapua und die politisierte Anwendung von Verleumdungs- und Blasphemiegesetzen. Zu diesem Ergebnis kommt der Ende Februar veröffentlichte neue Bericht „Freedom in the World 2024“ der Nichtregierungsorganisation „Freedom House“.

Im Jahr 2024 behält Indonesien seinen Status als „teilweise frei“. Es wird jedoch mit 57 von 100 Punkten mit einem Punkt schlechter bewertet als noch 2023. Dass die Demo-

kratie in Indonesien vor Herausforderungen steht, zeigt sich auch in dem Vergleich zum Freedom House-Ranking vom Jahr 2017. Damals erhielt Indonesien mit 65 von 100 Punkten ganze 8 Punkte mehr als 2024.

Negative Entwicklungen zeigen sich aktuell in den Bereichen der politischen Rechte und der zivilen Freiheiten. Die Ausübung der politischen Rechte in Indonesien wird derzeit mit 29 von 40 Punkte bewertet und in den zivilen Freiheiten erhält Indonesien 28 von 40 möglichen Punkten.

Mängel sind hier in der Transparenz des politischen Handelns der Regierung zu finden, in Korruption, in der Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, in der Pressefreiheit, in der freien Religionsausübung, in der Freiheit der Lehre, in der uneingeschränkten Arbeit von NGOs, der Straflosigkeit militärischer Gewalt, sowie in der Gleichbehandlung aller Personen. Viele dieser Demokratiedefizite sieht *Freedom House* in Westpapua.

Ein Beispiel ist die mangelnde Pressefreiheit in Westpapua. Ausländische Journalist*innen, die die Region besuchen, sehen sich mit bürokratischen Hindernissen und Abschiebungen konfrontiert. Internetsperren während Protesten und Selbstzensur behindern die nationale und regionale Pressearbeit zu Westpapua. Journalist*innen, die über heikle Themen wie LGBTQIA+, organisierte Kriminalität, sexuelle Übergriffe und Korruption berichten, sind Schikanen, Gewalt und Drohungen ausgesetzt – in Westpapua und ganz Indonesien.

Die Bedrohungen der akademischen Freiheit haben in den letzten Jahren zugenommen. Hardliner-Gruppen sind dafür bekannt, dass sie in Westpapua z.B. Diskussionen über die Papua-Politik, interreligiöse Themen oder auch Polizeigewalt bedrohen. Öffentliche akademische Diskussionen über Westpapua wurden abgesagt und die Organisator*innen überwacht und bedroht. Studierende, Leiter*innen von Studentengewerkschaften und andere, die an Protesten auf dem Campus im Zusammenhang mit Westpapua beteiligt sind, sehen sich weiterhin

Einschüchterungen, Verhaftungen und Anklagen wegen Hochverrats ausgesetzt, wobei die Behörden die Proteste regelmäßig mit der Unabhängigkeitsbewegung in Verbindung bringen.

In einer Verordnung des Präsidenten aus dem Jahr 2021 wird erklärt, dass die nationale philosophische Ideologie Indonesiens, die *Pancasila*, die Forschungs- und Innovationspolitik leiten wird. Akademiker*innen in ganz Indonesien befürchten, dass die Behörden dieses Dekret nutzen könnten, um Forschung zu verbieten, die mit der Pancasila unvereinbar ist.

Die Regierung ist dafür bekannt, dass sie Personen überwacht und festnimmt, die über Separatismus in Westpapua diskutieren oder die Morgenstern-Flagge öffentlich zeigen. Solche Personen werden nach wie vor des Hochverrats angeklagt und müssen mit langen Haftstrafen rechnen, wenn sie für schuldig befunden werden.

In den letzten Jahren wurden Proteste zunehmend durch Störungen des Internets unterbrochen. Versammlungen in Westpapua, die sich mit sensiblen politischen Themen befassen, werden regelmäßig aufgelöst, wobei die Teilnehmenden mit Einschüchterung oder Gewalt durch Sicherheitskräfte konfrontiert werden. Aktivist*innen, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen in Westpapua einsetzen und die Korruption aufdecken, werden häufig von den Behörden verfolgt.

Der indonesische Menschenrechtsgerichtshof verhandelte 2022 zum ersten Mal seit 2004 einen Fall, in dem ein pensionierter Militäroffizier beschuldigt wurde, im Jahr 2014 Demonstranten aus Westpapua unrechtmäßig getötet zu haben. Der Fall, auch bekannt als „Bloody Paniai“, weckte große Hoffnungen auf eine gerichtliche Aufarbeitung und strafrechtliche Sanktionen für Militärs, die an Menschenrechtsverletzungen in Westpapua (mutmaßlich) beteiligt sind/waren. Der Angeklagte wurde jedoch freigesprochen. Der Paniai-Fall ist erst das vierte schwere Menschenrechtsverbrechen, das in Indonesien vor Gericht verhandelt wurde. In allen Fällen wurden die Angeklagten freigespro-

chen. Im Januar 2023 räumte der indonesische Präsident Joko Widodo „*große Menschenrechtsverletzungen*“ in der Geschichte seines Landes ein und versprach, eine Wiederholung zu verhindern. „*Mit klarem Verstand und aufrichtigem Herzen erkenne ich als (indonesisches) Staatsoberhaupt an, dass es in vielen Fällen zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen ist*“, so Widodo. Die Regierung sei bestrebt, die Rechte der Opfer „*auf faire und vernünftige Weise wiederherzustellen, ohne dabei eine gerichtliche Lösung zu vernachlässigen*“, sagte er, ohne jedoch näher darauf einzugehen, wie dies geschehen solle.

Tödliche Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften sind in Westpapua nach wie vor an der Tagesordnung und haben seit 2018 an geografischer Ausdehnung, Intensität und Häufigkeit zugenommen. Die Sicherheitskräfte sind dort in Folter und außergerichtliche Tötungen verwickelt. Gewalt im Zusammenhang mit der Gewinnung von Bodenschätzen und Landstreitigkeiten ist nach wie vor ein Problem.

Indigene Papuas werden weiterhin rassistisch diskriminiert. Rassistische Narrative finden sich sowohl in der Zivilbevölkerung als auch bei Behörden und politischen Entscheidungsträger*innen. Papuas werden von den Sicherheitskräften in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Mehrere zehntausende Papuas sind als Binnenflüchtlinge auf der Flucht im eigenen Land. Oft ohne Zugang zu Nahrung, Bildung und medizinischer Versorgung.

Info: Die in Washington (USA) basierte Nichtregierungsorganisation *Freedom House* wurde 1941 gegründet und veröffentlicht seit 1973 ihren jährlichen Bericht „*Freedom in the World*“. Darin wird die Entwicklung der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten in allen Staaten und politischen Territorien der Erde bewertet und als „frei“, „teilweise frei“ oder „unfrei“ eingestuft. In diesem Jahr trägt der Bericht den Titel „*The Mounting Damage of Flawed Elections and Armed Conflict*“.

Hier geht es zu dem Bericht: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2024-02/FIW_2024_DigitalBooklet.pdf (Westpapua-Netzwerk online 08.03.24)

Komoren und Timor-Leste treten WTO bei

Timor-Leste: Auf der 13. WTO (World Trade Organisation, WTO)-Ministerkonferenz (MC13) am 26. Februar 2024 in Abu Dhabi haben die Minister die Bedingungen für die WTO-Mitgliedschaft der Komoren und von Timor-Leste formell genehmigt. Die jeweiligen Regierungen erklärten, die Zeremonie sei ein historischer Tag für die beiden „am wenigsten entwickelten Länder“ (LDC, least developed countries) und ein wichtiger Schritt in ihrem Bestreben, die wirtschaftlichen und politischen Reformen zu beschleunigen.

Die an der Konferenz teilnehmenden Handelsminister begrüßten einstimmig beide Beitrittsabkommen, die bei der MC13-Eröffnungszeremonie in Anwesenheit des Präsidenten Azali Assoumani von den Komoren und des Präsidenten José Ramos-Horta von Timor-Leste angenommen wurden.

Der osttimoresische Präsident Ramos-Horta erklärte: „*Die Mitgliedschaft in der WTO ist unerlässlich, um das Potenzial unserer Wirtschaft in verschiedenen Sektoren freizusetzen. Wir sind entschlossen, unsere Wirtschaft zu diversifizieren, Teil der Wertschöpfungskette der Weltwirtschaft zu werden und das Leben unserer Menschen durch den Handel zu verbessern.*“

Info: Die Komoren und Timor-Leste sind die ersten beiden Länder, die seit acht Jahren in die WTO aufgenommen wurden. Damit gehören jetzt 166 Mitgliedsstaaten der WTO an.

Die Komoren sind ein föderaler Inselstaat im Indischen Ozean am nördlichen Ausgang der Straße von Mosambik zwischen Mosambik und Madagaskar.

(https://www.wto.org/english/news_e/news24_e/acc_26feb24_e.htm 26.02.24)

AUSTRALIEN

PNG-Premier spricht vor Parlament

Der Premierminister von Papua-Neuguinea, James Marape, hat sich am 8. Februar 2024 als erstes Staatsoberhaupt aus dem Pazifikraum an das australische Parlament gewandt und versprochen, dass sich *„nichts zwischen unsere beiden Länder stellen wird“*.

Die beiden Länder kündigten an, dass Australien 100 Mio. AU\$ (65,3 Mio. US \$) für die innere Sicherheit Papua-Neuguineas ausgeben werde, einschließlich des Aufbaus einer Ausbildungseinrichtung für die Rekrutierung und Ausbildung von Polizist*innen sowie den Bau einer Polizeikaserne.

Australien setzt sich mit einem Sicherheitspakt mit Papua-Neuguinea gegen Chinas Einfluss im Pazifik ein.

Papua-Neuguinea, das in einem geostrategisch wichtigen Teil des Südpazifiks liegt, hat mit „Stammesgewalt“ und zivilen Unruhen zu kämpfen und will seine Polizei von 6.000 auf 26.000 Beamte aufstocken. Die Wut über die hohe Arbeitslosigkeit und die hohen Lebenshaltungskosten führten im vergangenen Monat zu Ausschreitungen und Plünderungen in den beiden größten Städten des Landes, Port Moresby und Lae.

Papua-Neuguinea und Australien *„bekräftigten ihr Engagement für die bestehende Sicherheitsarchitektur in der Region als wichtige Triebkraft der Sicherheitszusammenarbeit“*, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Marape und dem australischen Premierminister Anthony Albanese.

Die australische Außenministerin Penny Wong meinte, dass Marapes historische Rede im Parlament die Beziehungen Australiens zum Pazifik aufwerte. *„Wir wissen, dass China eine Großmacht ist, die ihre Interessen geltend macht“*, sagte sie vor Reportern. *„Was wir tun, ist, unsere Rolle in der pazifischen Fami-*

lie und die Bedeutung dieses Engagements erneut zu betonen“, so die Außenministerin nach Marapes Auftritt im Parlament.

Der neuguineische Premier trat äußerst selbstbewusst auf und sagte in seiner Rede: *„Wir müssen ein starkes Land werden, das auf eigenen Füßen steht, wirtschaftlich unabhängig und stark ist, damit auch WIR Australien helfen können, die Demokratie aufrechtzuerhalten, den Frieden zu bewahren und die Stabilität im Pazifik zu gewährleisten“*. (AP 08.02.24, Reuters 7.02.24, <https://www.youtube.com/watch?v=lec6h9uLtk>)

Kooperation mit PNG

Australien hat die Zusammenarbeit mit Papua-Neuguinea (PNG) im Bereich der Erneuerbaren Energien ausgeweitet, um den Zugang des Staates zu zuverlässigen, erneuerbaren Energiequellen zu verbessern und den wachsenden Bedarf an Elektrifizierung zu decken.

Die Partnerschaft beinhaltet strategische Initiativen, die darauf abzielen, den Elektrifizierungsbedarf von PNG zu decken. Eine der Schlüsselinitiativen umfasst umfangreiche Reparaturen am Wasserkraftwerk Ramu 1 in Kainantu in der Provinz Eastern Highlands. Durch diese Maßnahme konnten zusätzliche 17 Megawatt Erzeugungskapazität für das Ramu-Netz freigesetzt werden, was die Zuverlässigkeit der Stromversorgung in wichtigen Zentren wie Madang, Morobe und der Highlands-Region erheblich verbessert.

Australiens Engagement erstreckt sich auch auf das Netz in der Hauptstadt Port Moresby, wo der Schwerpunkt auf der Installation neuer Kondensatorbänke und Transformatoren in wichtigen Umspannwerken liegt. Mit diesen Maßnahmen soll die Stabilität des Stromnetzes verbessert und die Zahl der Stromausfälle in der Region verringert werden.

Durch Modernisierungsmaßnahmen, insbesondere in den Rouna-Wasserkraftwerken in Sogeri in der Zentralprovinz, wurden bereits Fortschritte erzielt. Mit dem Abschluss der Verbesserungsarbeiten an diesen Kraftwerken sollen sowohl die Zuverlässigkeit als auch die Erzeu-

gungskapazität des Netzes erhöht werden.

(<https://apngbc.org.au/news/australia-partners-with-papua-new-guinea-in-renewable-energy-drive/>)

Engere Zusammenarbeit mit der MSG

Der Generaldirektor der *Melanesian Spearhead Group* (MSG), Leonard Louma, und die australische Hochkommissarin in Vanuatu, Heidi Bootle, haben sich verpflichtet, die Partnerschaft zwischen Australien und den Mitgliedsstaaten der MSG im Jahr 2024 zu stärken. So sollen zwei neue gemeinsame Projekte an den Start gehen:

- 1) Eine neue politische Koordinierungsstelle innerhalb des MSG-Sekretariats soll dessen Verwaltungs- und Projektmanagementkapazitäten erhöhen und stärken.
- 2) Die Initiative Yut4Melanesia soll Jugendliche in Papua-Neuguinea, auf den Salomonen und in Vanuatu dabei unterstützen, auf den Klimawandel zu reagieren und Lösungen für die drängenden Umweltprobleme der Region, wie etwa die Plastikverschmutzung, zu finden.

Australiens Regierung arbeitet schon seit einiger Zeit enger mit den MSG-Ländern zusammen. Im Dezember 2022 unterzeichneten die australische Außenministerin, Senatorin Penny Wong, und der damalige stellvertretende Generaldirektor des MSG-Sekretariats, George Hoa'au, die Absichtserklärung zwischen Australien und der MSG zur Entwicklungszusammenarbeit. Langfristig geht es hier um die Verwirklichung des so genannten *MSG-Wohlstandsplans 2038*.

Australien hatte sich auch mit der MSG zusammengetan, um das erste und zweite MSG-Premierminister-Fußballturnier in Vanuatu (2022) bzw. Neukaledonien (2023) auszurichten, und unterstützte das von der Regierung von Vanuatu in Zusammenarbeit mit der MSG veranstaltete Melanesische Kunst- und Kulturfestival 2023. (*Vanuatu Daily Post* 03.02.24)

SPORT

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Rebecca Frosch, Teamassistenz in der Pazifik-Infostelle.]

Breakdance-WM

Australien: Das historische Rathaus von Sydney (Australien) war vergangenes Jahr der Schauplatz für die Eröffnung der *Ozeanien-Breaking-Weltmeisterschaft*. 37 B-Boys und 15 B-Girls aus Ozeanien traten gegeneinander an, um den begehrten Weltmeistertitel zu ergattern und sich damit auch erstmalig für die Olympischen Spiele 2024 in Paris (Frankreich) zu qualifizieren. Nach zwei Tagen intensiver Dance Battles standen die Sieger fest: Die Goldmedaillen gingen beide an Australier. J-Attack sicherte sich den ersten Platz bei den B-Boys und Raygan bei den B-Girls.

(www.worlddancesport.org/News/WDSF/qms-2023-wdsf-oceania-breaking-championships-recap-3370)

Starke Bodybuilder*innen

Salomon-Inseln: Die Pacific Games *Sol2023* fanden vom 19. November bis zum 2. Dezember 2023 auf den Salomonen statt. Das Team der Gastgebernation konnte mit 10 Medaillen – davon drei Goldene – den Bodybuilding-Wettkampf deutlich für sich entscheiden.

Nach einem großartigen Start in die *Sol2023* mit den Gewichthebern unter der Leitung von Lokal-Champion Jenly Tegu Wini hatte sich die Gastgebernation bei der Medaillenausbeute zunächst schwergetan. Das änderte sich jedoch bei der eigentlichen Bodybuilding-Veranstaltung, bei der die Athlet*innen aus den Salomonen 10 Medaillen in den 13 Disziplinen gewannen. Drei weitere Medaillen hätten den Gastgebern einen reinen Medaillensatz beschert.

Bodybuilding war erst zum dritten Mal bei Pazifikspielen als Disziplin zugelassen worden. 2011 fand der Wettkampf im Bodybuilding erstmals bei den Pacific Games in Nouméa (Neukaledonien) statt. Auch 2015 stand Bodybuilding in Port

Moresby (Papua-Neuguinea) auf der Wettkampfordnung. In Samoa (2019) gab es jedoch keine Wettbewerbe im Bodybuilding.

In diesem Jahr gab es auf den Salomonen insgesamt 13 Wettkampfkategorien, in denen Medaillen zu gewinnen waren.

Corina Dettki von den Salomonen, die Silbermedaillengewinnerin im Bodybuilding, räumte im Gespräch mit dem *Pacific Games News Service* ein, dass sie trotz der knappen Vorbereitungszeit und der Tatsache, dass es ihre erste Teilnahme an den Pazifikspielen war, froh war, eine Medaille für ihr Land gewonnen zu haben. *„Dies sind die ersten Pazifikspiele, an denen ich und die meisten aus dem Team teilgenommen haben. Wir hatten nicht die beste Vorbereitung. Ich wünschte, wir hätten mehr Zeit gehabt, aber das ist in Ordnung! Wir mussten einfach mit dem arbeiten, was wir haben, aus unseren Fehlern lernen und hart auf die nächsten Pazifikspiele in Tahiti hinarbeiten.“*

(www.sol2023.com.sb/one-day-10-medals-team-solomon-islands-impress-in-sol2023-bodybuilding/)

Unterstützung für Physiotherapeuten

Papua-Neuguinea: Die Sportphysiotherapeuten der Nationalteams aus Papua-Neuguinea nahmen 2023 an einer Reihe von Workshops für Sportphysiotherapeuten teil. Sportphysiotherapeut*innen sind wichtige Mitarbeitende im Sport-Business, die sich vor, während und nach den Spielen um die Gesundheit und das körperliche Wohlergehen von Athlet*innen kümmern.

Die Workshop-Reihe wurde von der australischen Regierung über das Programm *PacificAus Sports* und dem Hauptsponsor des „Team PNG“, der *Firma Kumul Consolidated Holdings*, unterstützt, die für die Vorbereitungs- und Leistungsstrategie zuständig ist. Der leitende Physiotherapeut Matthey Natusch gab sein Fachwissen an alle Teilnehmenden weiter und konnte dadurch die neuguineische Sportphysiotherapie deutlich bereichern.

(www.instagram.com/p/CyhnUs2LRod/?img_in dex=1)

Olympisches Surfen

Frz. Polynesien: Vom 27. Juli bis zum 4. August finden die Olympischen Sommerspiele 2024 statt. Die Insel Tahiti (Französisch-Polynesien) wird ebenfalls Austragungsort der Spiele sein. Eine der Wettkampfstätten werden die südlichen Strände von Teahupo'o sein, die aufgrund des Wellengangs weltweit unter Surfer*innen berühmt sind. Die Entscheidung, einen Teil der Spiele auf der Insel auszutragen, stellt die Bewohner*innen allerdings vor eine große Herausforderung.

Der erste vorgeschlagene Plan des Olympiageländes sah neue Straßen, Wohneinheiten und einen Richterturm aus Aluminium vor. Es gab erhebliche Kritik an dem Vorhaben, in das Riff zu bohren, um den Turm zu errichten. Umwelt- und Surf-Verbände schlossen sich zusammen, um die Insel von Teahupo'o, sowie dessen Korallen und Meeresleben zu schützen. Die Organisationen hielten die geplanten Veränderungen für zu umfangreich und undurchdacht. Nun werden 98 % der Gäste-Unterkünfte in den Häusern der Einheimischen untergebracht, während die Sportler*innen auf einem in der Nähe ankernden Kreuzfahrtschiff untergebracht werden. Die Größe des Richterturms wurde verringert und die neuen Infrastrukturpläne wurden minimiert. Trotzdem fürchten Umweltschützer*innen und lokale Fischer, dass ein Bohren in das Korallenriff die Ciguatera anziehen könnte, mikroskopisch kleine Algen, die Fische infizieren und Menschen durch deren Verzehr krank machen können. Viele Menschen dort leben jedoch von dem, was sie im Meer fangen können.

Außerdem könnten auch die Form und Bewegung der Wellen beeinflusst werden, wenn das Riff zerbricht, da diese auf die Riff-Form angewiesen sind, um sich zu bilden. Im Dezember 2023 zerstörte ein Lastschiff auf dem Weg zur Baustelle Teile der Korallen am Riff, was die Befürchtungen der Einheimischen bestätigte.

Die Zusammenarbeit zwischen den Organisationsteam und den lokalen Gruppen hat sich verbessert, seit

die Forderungen verkleinert wurden und die Bauarbeiten nun vollständig transparent sind.

Trotz der vielen Bedenken unterstützt ein Großteil der Einwohner*innen die Olympischen Sommerspiele aufgrund der Chancen und wirtschaftlichen Vorteile, die diese mit sich bringen. (Artikel von *Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. The Independent 20.02.24*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Getanzte Doktorarbeit

Australien: Ein brasilianischer Känguru-Forscher hat mit einem Videobeitrag über seine Doktorarbeit einen kuriosen Tanzwettbewerb für Wissenschaftler*innen gewonnen. Weliton Menário Costa, ein Doktorand der *Australian National University (ANU)* in Canberra, ist der Gesamtsieger des „*Dance Your PhD Contest 2024*“, nachdem er die Jury mit seinem höchst kreativen und skurrilen Tanzbeitrag „*Kangaroo Time (Club Edit)*“ beeindruckt hatte, teilte die Hochschule mit.

Der unter seinem Spitznamen *WELI* bekannte queere Biologe und Singer-Songwriter kombinierte in dem farbenfrohen Video einen funkigen Beat und einen coolen Text mit Drag Queens und brasilianischen Tänzer*innen. Dabei geht es auch um verschiedene Känguru-Persönlichkeiten. Das Endprodukt sei „*sowohl unterhaltsam als auch lehrreich*“, hieß es seitens der Jury. *WELI* ist Hauptdarsteller und Regisseur in einer Person. Er habe die verschiedenen Charaktereigenschaften der Kängurus gekonnt mit Hilfe von verschiedenen Tanzstilen dargestellt, schrieb die ANU.

WELI verließ sein Heimatland Brasilien und zog 2017 nach Canberra, um seine Doktorarbeit über Tierverhalten zu schreiben. Drei Jahre lang untersuchte er die Verhaltensunterschiede einer Gruppe von mehr als 300 Östlichen Grauen Riesenkängurus im australischen Bundesstaat Victoria. „*Wir haben herausgefunden, dass Kängurus gerne in Gruppen Kontakte knüpfen, aber kleine-*

re soziale Kreise bevorzugen“, erklärte er. „*Und wie beim Menschen manifestieren sich Känguru-Persönlichkeiten schon früh im Leben.*“ Unter anderem zeigten auch bei den Beuteltieren die Geschwister oft ähnliche Wesensarten. Die Vielfalt der Tänze, von klassischem Ballett über Twerking bis hin zu brasilianischen Dance Moves, spiegelte die Bandbreite der Känguru-Persönlichkeiten in ihrem gesamten Spektrum wider, „*von mutigeren Typen bis hin zu schüchterneren Exemplaren*“, hieß es. In Anlehnung an die Beuteltiere wird in dem Video auch gehüpft und gekämpft.

Info: „*Dance Your PhD*“ ist ein weltweiter Wettbewerb, der seit 2008 ausgetragen wird. Dabei sollen Wissenschaftler*innen ihre Forschungsergebnisse tänzerisch zum Ausdruck bringen. Es wurden auch Tanz-Videos in den Fachbereichen Chemie, Physik und Neurobiologie eingereicht.

(<https://www.science.org/content/page/announcing-annual-dance-your-ph-d-contest>, <https://arstechnica.com/science/2024/02/kangaroo-time-tops-winners-list-for-2024-dance-your-ph-d-contest/>)

Zuckerberg baut „Prepper-Anwesen“ auf Kauai

Insel Kauai/Hawai'i: Der US-amerikanische Facebook-Gründer Mark Zuckerberg lässt auf der Insel Kauai ein Anwesen bauen, das Platz für einen 460 Quadratmeter großen unterirdischen Bunker bietet. Dieser habe einen Wohnraum, einen Maschinenraum und einen Notausstieg. Das Anwesen, dessen Baukosten auf rund 270 Millionen US-Dollar geschätzt werden, soll eine autarke Energie-, Essens- und Wasserversorgung bieten. Geplant sind 30 Schlafzimmer und die dazugehörigen Badezimmer. Aufgeteilt sind diese Zimmer auf ein Dutzend Baumhäuser, die mit Seilen verbunden sind.

Auf dem Anwesen befinden sich zudem zwei luxuriöse Villen, die mit Tunnels miteinander verbunden sind. Auf dem 1400 Hektar großen Gelände werde durch Viehzucht und Landwirtschaft schon heute eine Vielzahl an natürlichen Nahrungsmitteln produziert, heißt es in dem investigativen Artikel des ame-

rikanischen Magazins „*Wired*“. Das als Koolau Ranch bekannte Grundstück liegt auf Kauai, der kleinsten der vier Hauptinseln Hawai'i's. Ihren Spitznamen „*Garteninsel*“ verdankt sie den tropischen Regenwäldern, die einen Großteil der 1.430 Quadratkilometer großen Fläche bedecken. Auf Kauai leben rund 73.000 Einwohner*innen

Der 39-jährige Multimilliardär und seine 38-jährige Ehefrau Priscilla Chan wollten unbedingt verhindern, dass Aufnahmen des Mammut-Bauprojekts auf der Insel veröffentlicht werden. Privatsphäre geht dem Techmilliardär über alles.

Recherchen des „*Wired*“-Magazins hatten Anfang Dezember Details über den Bau des Anwesens veröffentlicht. Zuckerberg konnte die Veröffentlichung des Artikels mit vielen Details zum geplanten Bau der autarken Anlage „für den Fall der Fälle“ nicht verhindern, bemühte sich dann aber, die vom Landkauf und den Bauarbeiten betroffene Bevölkerung mit wohlätigen Aktionen für sich zu gewinnen. (Magazin „*Wired*“: *Inside Mark Zuckerberg's Top-Secret Hawaii Compound. 14.12.23*, <https://www.kleinezeitung.at/20.12.23>, <https://www.watson.ch/digital/leben/309077768-luxus-prepper-mark-zuckerberg-baut-in-hawaii-bunker-fuer-weltuntergang>)

Muschelgeld wird von den Salomonen verschifft

Salomonen: Fast 4.800 Kilogramm des Tolai-Muschelgelds werden jährlich aus der Western Province der Salomonen in die Provinz East New Britain von Papua-Neuguinea verschifft. Ermöglicht wird dies durch die *East New Britain Tolai Shell Money Foundation*.

Die Stiftung hat kürzlich den Gesamtwert des Tabu-Muschelgelds in der Provinz von 30 Millionen PNG-Kina im September 2023 auf 60 Millionen Kina im Dezember 2023 erhöht.

Die Muscheln werden mit Schlauchbooten von den Salomonen (Westprovinz) in die Autonome Region Bougainville gebracht und dann weiter auf die Insel Neubritannien verschifft.

Die Muscheln werden in einem langen Prozess gereinigt, zerkleinert und dann in dünne Schilfrohrstreifen eingefädelt.

Das fertige Produkt wird auf dem Markt von Kokopo (Hauptstadt der Provinz East New Britain) zu einem Stückpreis von 60 bis 70 K verkauft. Die Standardeinheit der Tabu-Währung ist ein "Param" - eine Schnur, die etwa die Armlänge eines Erwachsenen hat und etwa 300 Muscheln enthält.

Der wirtschaftliche Wert des Tabu-Muschelgeldes ergibt sich aus dem Aufwand, der für seine Herstellung betrieben wird. Sein kultureller Wert ergibt sich daraus, durch wie viele Rituale und Zeremonien das Muschelgeld den Besitzer gewechselt hat. (Postcourier 10.01.24)

Sicherheitsmanagerin ausgezeichnet

Papua-Neuguinea: Die Sicherheitsmanagerin des Bergbaukonzerns *Ok Tedi Mining Limited* (OTML), Anna Ila, wurde am 27. November letzten Jahres bei den „Women in Safety“-Awards in Sydney (Australien) mit dem „Leader of the Year Award“ ausgezeichnet.

Es ist die erste Auszeichnung für OTML, die die Bedeutung der Sicherheitsinitiativen des Unternehmens am Arbeitsplatz hervorhebt und gleichzeitig das Engagement des Unternehmens für geschlechtsspezifische Vielfalt und Inklusion in allen Aspekten seiner Tätigkeit unterstreicht.

Anna Ila zeigte sich erfreut über die Auszeichnung und erklärte: „Die Anerkennung, die ich durch diese Auszeichnung erhalten habe, zeigt die unglaubliche Arbeit, die Frauen leisten, um Veränderungen im Bereich der Sicherheit herbeizuführen und dafür zu sorgen, dass die Arbeitsplätze heute sicherer sind als gestern, insbesondere im Bergbau, wo unsere Mitarbeiterinnen aufgrund der Art unseres Geschäfts Risiken ausgesetzt sind, die ihre Sicherheit und ihr langfristiges Wohlergehen beeinträchtigen können“, erklärte Ila.

Ila stellte in ihrer Einreichung bei der Jury von „Women in Safety“ wichtige Aspekte des OTML-Sicherheitsplans 2023 vor, darunter den Aufbau einer integrativen Arbeitsbeziehung mit den OTML-

Geschäftspartnern, einen gezielten risikobasierten und „strategischen“ Ansatz beim Management von Sicherheitsrisiken sowie die Konzentration auf große Gefahren und Verhaltenssicherheit.

Info: „Women in Safety“ ist ein Netzwerk von Frauen, die in Australien und im asiatisch-pazifischen Raum im Bereich Sicherheit tätig sind. Dieses Netzwerk führt Diskussionen über Gesundheits- und Sicherheitsprobleme, Herausforderungen und Verbesserungen mit dem Ziel, die Arbeitsplätze für Frauen sicherer und gesünder zu machen. Die öffentliche Preisverleihung in Sydney fand statt, um Frauen im Bereich der Sicherheit zu würdigen. Von fast 100 Nominierungen schafften es 24 Finalistinnen in das Auswahlverfahren.

(<https://oktedi.com/otmls-safety-manager-scoops-international-womens-safety-award/>, PNG Business News 03.01.24)

Premierminister ist „Pacific Person of the Year“

Salomonen: Der viermalige salomonische Premierminister Manasseh Damukana Sogavare ist vom dem pazifikweiten Magazin „*Islands Business*“ zur „Pacific Person of the Year 2023“ gekürt worden. Der Herausgeber des Magazins, Richard Naidu, erklärte die Wahl mit dem großen Einfluss des langjährigen Politikers in Ozeanien. Zum einen habe er es geschafft, die Pacific Games- die im November 2023 in Honiara stattfanden- auf die Salomonen zu holen. Viele hätten ihn für diesen „Traum“ verspottet, trotzdem habe Sogavare daran festgehalten und es mit Unterstützung pazifischer Anrainerstaaten geschafft, ein friedliches Sportereignis auszurichten.

Zum anderen habe der Premier im vergangenen Jahr auch großen Einfluss auf die internationale Politik genommen. Er habe u.a. vor den Vereinten Nationen gesprochen und sich in vielen internationalen Gremien engagiert.

Info: Sogavare wurde am 17. Januar 1955 in der Provinz Oro in Papua-Neuguinea als Sohn von Choiseul-Eitern geboren, die dort als Missionare der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten tätig waren.

Er erwarb einen Bachelor-Abschluss in Rechnungswesen und Wirtschaft an der University of the South Pacific (USP) und einen Master-Abschluss in Management Studies an der University of Waikato in Neuseeland.

Manasseh Sogavare wurde am 24. April 2019 nach den Parlamentswahlen vom 3. April 2019 zum vierten Mal zum Premierminister der Salomonen gewählt. Sogavare bekleidete das Amt des Premierministers erstmals von Juni 2000 bis Dezember 2001, dann erneut von April 2006 bis Dezember 2007 und vor dieser Wahl von November 2014 bis November 2017.

Sogavares politische Karriere begann 1997, als er bei den Parlamentswahlen 1997 den Sitz im Wahlkreis East Choiseul gewann. Dies ist seine sechste aufeinanderfolgende Amtszeit als Abgeordneter für den Wahlkreis Ost-Choiseul im Parlament.

(<https://www.forumsec.org/damukana-sogavare/>, <https://islandsbusiness.com/latest-magazine-articles/person-of-the-year-sogavare/>, Pacific Beat 01.01.24)

„Miss Pacific Islands“

Nauru: Die 23-jährige Moemoana Safa'ato'a Schwenke aus Samoa hat die Wahl zur *Miss Pacific Islands* gewonnen, die am ersten Februarwochenende in Nauru stattfand. Die amtierende „Miss Samoa“ gewann den Titel bei der 35. Miss-Pazifik-Inseln-Wahl genau 26 Jahre, nachdem ihre Mutter ebenfalls diesen Titel errungen hatte: Mary Jane McKibbin-Schwenke hatte 1997 den pazifischen Schönheitswettbewerb unter dem damaligen Namen „Miss South Pacific“ gewonnen.

Moemoana Safa'ato'a wurde in Samoa geboren und wuchs zwischen Samoa, Neuseeland und Australien auf, wo ihre Familie seit einigen Jahren lebt. Die neue *Miss Pacific Islands* ist eine kreative und darstellende Künstlerin, die seit 2013 für ihre Arbeit als Senior Tutorin am *Matavai Pacific Cultural Arts Centre* bekannt ist, wo sie die Pasifika-Kultur fördert und bewahrt. Schwenke hat einen *Bachelor of Arts in Indigenous Studies and Environmental Humanities* von der

University of Wollongong in New South Wales (Australien). Sie ist auch als Kämpferin gegen die Folgen des Klimawandels bekannt und setzt sich dafür international ein.

In diesem Jahr kämpften sieben Kandidatinnen um die Krone - sie vertraten Amerikanisch-Samoa, Tonga, Palau, Nauru, Papua-Neuguinea, die Marshall-Inseln und Samoa.

Info: Im Gegensatz zu anderen internationalen Schönheitswettbewerben gibt es bei der Wahl zur *Miss Pacific Islands* eine Sarong-Kategorie (statt Bademode) und eine Kategorie für traditionelle Kleidung (statt Abendgarderobe), in der von pazifischen Traditionen und Kulturen inspirierte Kleidung von Pasifika-Designer*innen von den Kandidatinnen vorgeführt wird. (NZ Herald 05.02.24)

IM MEMORIAM

† Parlamentarier Efeso Collins

Am 21. Februar 2024 verstarb der neuseeländische Parlamentsabgeordnete Fa'anānā Efeso Collins unerwartet nach einem Spendenlauf in Auckland. Der 49-Jährige brach zusammen, nachdem er am „*Child-Fund Water Run*“ teilgenommen hatte, einem Wohltätigkeitslauf, der darauf abzielt, Aufmerksamkeit zu erregen und Geld zu sammeln, um Kindern im Pazifik sicheres, sauberes Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Die Teilnehmenden liefen dabei jeweils mit zwei Wasser-Eimern um die Wette. Trotz der schnellen Reaktion des ärztlichen Teams vor Ort konnte Collins nicht wiederbelebt werden.

Collins wurde als jüngstes von sechs Kindern im Vorort Ōtara von South Auckland geboren. Seine Eltern kamen in den frühen 1960er Jahren aus Samoa nach Neuseeland. In den letzten Jahren hatte er sich wieder vermehrt mit der samoanischen Sprache beschäftigt und den matai-Hauptlingstitel Fa'anānā aus dem samoanischen Dorf seiner

Mutter erhalten. Bevor er in die Kommunal- und Landespolitik einstieg, war Efeso als Pädagoge tätig, arbeitete als Berater in den Bereichen Führungskompetenz und interkulturelle Kommunikation, veröffentlichte Forschungsarbeiten über Jugendbanden und -betreuung und entwickelte Mentorenprogramme für Jugendliche. Er war der Erste in seiner Familie, der eine Universität besuchte und einen Master-Abschluss in Pädagogik erwarb.

Im Jahr 2022 kandidierte Collins erfolglos für das Bürgermeisteramt von Auckland und belegte den zweiten Platz hinter seinem Konkurrenten Wayne Brown. Im Oktober 2023 wurde er dann als Abgeordneter der *Green Party* bei den Parlamentswahlen gewählt, wo er erst kürzlich seine Antrittsrede hielt. Zuvor war er sechs Jahre lang als Mitglied des Stadtrats des Bezirks Manukau in Auckland für die *Labour Party* tätig. (Artikel von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Infostelle. ABC Pacific, 21.02.2024, *The Green Party of Aotearoa New Zealand greens.org.nz*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

Papstbesuch im August

Papua-Neuguinea: Der Vorsitzende der Föderation der katholischen Bischofskonferenzen Ozeaniens, Bischof Anthony Randazzo, freut sich auf den für den August 2024 angekündigten Besuch von Papst Franziskus in Papua-Neuguinea. Der Papst werde seinen dreitägigen Besuch in der Hauptstadt Port Moresby beginnen und dann vermutlich noch Lae oder Madang besuchen, so der Bischof. „*Ich bin mir sicher, dass alle religiösen Führer, Kirchen- und Regierungsvertreter dem Papst einen herzlichen, traditionellen kulturellen Empfang bereiten werden*“, erklärte der Bischof weiter.

Für den 87-jährigen Papst Franziskus wird es der erste Besuch in Papua-Neuguinea sein. Ein päpstlicher Besuch in PNG, Osttimor und Indonesien war für 2020 geplant, musste aber kurzfristig wegen der

COVID-19-Pandemie abgesagt werden.

Papst Johannes Paul II., einer der Vorgänger des jetzigen Papstes, hatte Papua-Neuguinea 1984 und 1995 besucht.

Info: Rund 25 % der geschätzten neun Millionen Einwohner*innen von Papua-Neuguinea gehören der Katholischen Kirche an.

(<https://catholicleader.com.au/news/pope-francis-to-visit-papua-new-guinea-in-august/> 30.01.24)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE
und
**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neudettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de